

Reinhard Jellen

ENTHEMMTE WIRTSCHAFT

KRISEN, POLITIK UND GRENZEN DER DEMOKRATIE

TELEPOLIS

Impressum

Reinhard Jellen:
Enthemmte Wirtschaft
Krisen, Politik und Grenzen der Demokratie

Herausgeber: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-936931-91-4

Copyright © 2012 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Inhalt

Impressum

Vorwort

Vielleicht sind wir alle schon die Insassen eines Gesamt-Irrenhauses

Deutschlands bekanntester Krisentheoretiker, Robert Kurz, über die New Economy, den Fall der Profitmasse, den Finanzblasen-Kapitalismus und das Empire (November 2002)

Der Staat entmachtet sich selbst

Werner Rügemer über die neue "Kultur" der Selbstbereicherung (Juni 2006)

Die Mutter aller Krisen

Gespräch mit dem Krisentheoretiker Robert Kurz (Oktober 2008)

Privatisierung als Ursache der Finanzkatastrophe

Gespräch mit Werner Rügemer über Cross Border Leasing (Oktober 2008)

Wer die Fäden zieht

Gespräch mit dem Soziologen Hans Jürgen Krysmanski über globale und nationale Macht- und Funktionseliten (Dezember 2009)

"Eine Million Menschen sitzen auf der Straße, weil wir nicht pünktlich Feierabend machen"

Interview mit Jörn Boewe über Ausmaß, Weisen und Folgen von unbezahlter Mehrarbeit in der Bundesrepublik Deutschland (März 2010)

Direkter Lobbyismus

Interview mit Kim Otto über das Wirken von "Leihbeamten" in deutschen Ministerien und der EU (Mai 2010)

"Dummheit schützt nicht vor Komplizenschaft"

Interview mit Jürgen Roth über kriminelle Strukturen des Finanzkapitals (Juni 2010)

Schleifung der Überkapazitäten

Interview mit Robert Kurz über die globale Wirtschaftskrise, die Krise der Staatsfinanzen und Gefahren von Deflation und Inflation (Juli 2010)

Deutschland hat die größten Bad Banks der Welt

Interview mit Leo Müller über die Verantwortung von Politikern und Aufsichtsbehörden für das Finanzdesaster (August 2010)

"Bewusst zu Lasten des Anlegers"

Interview mit Werner Rügemer über ein weitreichendes Urteil des Bundesgerichtshofs gegen die Deutsche Bank (März 2011)

"Keine zwangsläufige Dominanz des Westens"

Interview mit Hartmut Krauss über die Erosion der bürgerlichen Gesellschaft und die neue Weltordnung (April 2012)

Die Macht der Rating-Agenturen

Interview mit Werner Rügemer (Mai 2012)

"Alle Zentralbanken sind dabei, sich in Bad Banks zu verwandeln"

Interview mit Ernst Lohoff und Norbert Trenkle über die Wirtschafts- und Finanzkrise (August 2012)

Vorwort

Seit dem endgültigen Ende des "Goldenen Zeitalters" (Eric Hobsbawm) in Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre ist mit Zunahme des wirtschaftlichen Drucks immer wieder jenes Phänomen zu beobachten gewesen, dass demokratisch legitimierte Entscheidungsfindung durch eine mehr oder minder direkte Einflussnahme der Wirtschaft ersetzt wurde. Spätestens mit dem Beginn der rot-grünen Koalition wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, die Maßgaben der Wirtschaftseliten bereits vor der Abstimmung im Parlament durchzusetzen, indem man vorab argumentativ den politischen Handlungsrahmen so begrenzt, dass die darauf folgende Entscheidung nur noch in eine Richtung zielen konnte, nämlich die der "Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands" durch mehr "Deregulierung" und "Flexibilisierung".

Verließ sich die Regierung Schröder/Fischer zur Durchsetzung dieser politischen Coups am Anfang noch auf die Hilfe von Bild, BamS, Süddeutsche Zeitung und Sabine Christiansen, wurden alsbald auch Beraterkommissionen und Gremien eingesetzt, die mit großzügiger Unterstützung von Wirtschaftslobbyisten den Parlamentariern den Hauptteil der demokratische Arbeit abnahmen und im Rahmen eines "Austauschprogramms" sogar direkt in den Ministerien für ihre Zwecke tätig sein durften: Die Parlamentarier mussten sich nun nicht mehr mit dem Abfassen komplizierter Gesetzestexte beschäftigen, sondern brauchten diese

nur noch abzunicken. Die deutsche Steuergesetzgebung erweist sich zum Beispiel immer mehr als Bastelanleitung für einen Selbstbedienungsladen, von dem selbst Olaf Henkel als Kleinkind zu Weihnachten nicht zu träumen wagte.

Mit der innerhalb kürzester Zeit beschlossenen Einsetzung des Bankenrettungsschirms und der darauf folgenden "Schuldenbremse" in Deutschland wurde dann die Blaupause für die europaweite Entmachtung der Parlamente in Gestalt des ESM geschaffen, der wiederum gleichzeitig als Gesetz und Vertrag bindend ist und oberhalb der Entscheidungskompetenz der einzelnen Parlamente steht. Wir erleben also die Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln.

Wie es zu diesem Wahnsinn, der durchaus Methode hat, kommen konnte, zeichnet dieses Buch nach, mit Interviews aus dem Jahren 2002 bis in die Gegenwart, in dem die Tendenzen und Phänomene auf ökonomischer (Robert Kurz, Ernst Lohoff, und Norbert Trenkle), politischer (Werner Rügemer, Hans Jürgen Krysmanski, Leo Müller, Jürgen Roth, Kim Otto) und empirischer Ebene (Werner Seppmann, Solveig Koitz und Claudia Daseking) untersucht werden.



Reinhard Jellen

Reinhard Jellen wurde 1967 geboren, studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität Philosophie, Germanistik und Soziologie und ist seitdem freier Journalist und Northern Soul-DJ.

Vielleicht sind wir alle schon die Insassen eines Gesamt-Irrenhauses

Deutschlands bekanntester Krisentheoretiker, Robert Kurz, über die New Economy, den Fall der Profitmasse, den Finanzblasen-Kapitalismus und das Empire (November 2002)

Der im Juli 2012 verstorbene Kapitalismus-Kritiker und Wert-Theoretiker Robert Kurz war Mitherausgeber der Zeitschrift Krisis und schrieb regelmäßig für konkret. Seine bekanntesten Veröffentlichungen sind *Der Kollaps der Modernisierung* und das *Schwarzbuch des Kapitalismus*. Telepolis fragte den Fachmann für Krise und Zusammenbruch der Warenwirtschaft über die Lage des Kapitals im Allgemeinen und im Besonderen.

▶ Ecom, LetsBuyIt.com, WorldCom ... wer derzeit Nachrichten liest, bekommt den Eindruck, dass die Tage des Worlddotcommunism gezählt sind. Wenn Sie an das Krankenlager des Kapitalismus treten, welche Diagnose stellen Sie? Wie viele Tage geben Sie ihm noch? Kann man den Leichnam eventuell konservieren oder gar die Mumie zu neuem Leben erwecken?

Robert Kurz: Als radikaler Kritiker der herrschenden Zumutungsgesellschaft trete ich nicht gerade als Arzt an das Krankenlager des Kapitalismus. Die Diagnose eines Exitus letalis bezieht sich darauf, dass in der dritten industriellen Revolution der

Selbstwiderspruch dieser Produktionsweise historisch reif geworden ist: Einerseits beruht das System darauf, dass es menschliche Arbeitskraft für den irrationalen Selbstzweck der "Verwertung des Werts" in ständig erweitertem Umfang vernutzt; andererseits macht die von der Konkurrenz getriebene technologische Entwicklung menschliche Arbeitskraft in immer größerem Umfang überflüssig.

Kapitalismus wird realökonomisch zu einer weltgesellschaftlichen Minderheitsveranstaltung

An der Oberfläche des Weltmarkts stellt sich die absolute innere Schranke zunächst in zwei verschiedenen Formen dar. In den kapitalistischen Zentren entsteht ein neuer, mikroelektronisch aufgerüsteter Standard der Produktivität, der mit wachsender struktureller Massenarbeitslosigkeit einhergeht. Kaufkraft und Staatseinnahmen sinken, die Sozialsysteme und Infrastrukturen werden zurückgefahren. Die Binnenmärkte schrumpfen. Mangels Rentabilität finden deshalb immer weniger Realinvestitionen statt. Stattdessen globalisiert sich das Kapital: weniger durch Waren- und Kapitalexport als vielmehr durch eine transnationale Zerstreuung der Betriebswirtschaft (Ausnutzen des globalen Kostengefälles).

Kapitalismus wird realökonomisch zu einer weltgesellschaftlichen Minderheitsveranstaltung. Dieser Prozess geht einher mit einem Abheben der Finanzmärkte, die "fiktives Kapital" durch reine

Steigerung der Kurswerte bilden. An die Stelle der Realakkumulation durch die erweiterte betriebswirtschaftliche Vernutzung von Arbeitskraft tritt ein Finanzblasen-Kapitalismus, der Kapitalakkumulation nur noch simuliert.

In der kapitalistischen Peripherie dagegen brechen schon in einem frühen Stadium des Krisenprozesses ganze Volkswirtschaften und Weltregionen zusammen, gerade weil sie die mikroelektronische Aufrüstung mangels Kapitalkraft *nicht* mitmachen können. Dort steigt die Massenarbeitslosigkeit viel schneller und in katastrophale Größenordnungen an. Denn die Arbeitskraft wird nicht in relativ langsamen Schritten technologisch freigesetzt, sondern in großen Schüben durch allgemeinen Bankrott der auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähigen Produktion. Den Rest reißen sich die transnationalen Konzerne für ihre globale Vernetzung unter den Nagel. In den Zusammenbruchsregionen tritt an die Stelle der Realakkumulation eine Plünderungsökonomie von Warlords, Banden usw. Dabei wird nur noch die reproduktive Substanz ausgeschlachtet bis zur völligen Zerstörung.

Finanzblasen-Kapitalismus und Plünderungsökonomie sind die zwei Seiten derselben Medaille. Dabei findet keine reale Wertschöpfung im volks- und weltwirtschaftlichen Maßstab mehr statt. Der Aufblähung von Finanzwerten liegt keine Produktion zugrunde, eben so wenig natürlich den Plünderungsverhältnissen. Durch die Finanzblasen ist es aber möglich, "fiktives Kapital" in die

Realökonomie zu recyceln, das heißt Investitionen und Konsum werden mit Luftbuchungen bezahlt (mit Geld, das nicht am Warenmarkt verdient, sondern aus dem Nichts des spekulativen Prozesses gezogen wurde). Das war das Paradigma der 80er und vor allem der 90er Jahre. Deshalb schien es möglich, die strukturelle Massenarbeitslosigkeit im Westen statistisch herunterzumanipulieren, während die östlich-südliche Plünderungsökonomie an einen scheinbar noch funktionsfähigen Weltmarkt andocken konnte. Aber die Blasen können nicht beliebig aufgebläht werden, wenn kein selbsttragender Schub der Realakkumulation nachfolgt.

Inzwischen ist die Grenze erreicht, die Finanzblasen sind geschrumpft oder bereits geplatzt (Neuer Markt). Mit einer Zeitverzögerung von 6 Monaten bis 3 Jahren (je nach Produktionszyklus) schlägt das auf die Realökonomie zurück. In diesem Prozess befinden wir uns momentan. Mit dem Verschwinden der Blasen erweist sich ein Großteil der bis jetzt von Blasenkapital gespeisten Produktionsanlagen als Überkapazitäten. Die letale Logik läuft auf serielle Bankrotte und "Stillegung" ganzer Sektoren auch im Westen hinaus, bis zum allgemeinen Herzstillstand der planetarischen Reproduktion des Kapitals. Natürlich bricht eine ganze historische Formation, eine Produktionsweise, nicht in Stunden und Tagen zusammen. Es wird ein qualvoller Prozess über einige Jahrzehnte werden. Trotzdem

stirbt der Kapitalismus aufgrund seiner immanenten Kollaps-Dynamik in historischen Dimensionen gemessen viel schneller als etwa das Pharaonenreich oder das römische Imperium.

Was übrig bleibt, ist keine Mumie, sondern das Gespenst des Kapitalismus in den Menschen: die Subjektform der universellen Konkurrenz. Die absolute Schranke des Kapitalismus ist objektiv, aber damit entsteht nicht von selbst eine andere Produktionsweise jenseits von Markt und Staat, jenseits von Geld und Bürokratie der "Souveränität". Wenn keine transnationale soziale Bewegung kommt, die bewusst das moderne warenproduzierende System überwindet, werden wir alle zu Zombies des toten Kapitalverhältnisses, das heißt zu verrückten Subjekten einer entgrenzten Gewaltkonkurrenz, wie sie jetzt schon mit den Amokläufern und Selbstmordattentätern, den Ethno- und Gotteskriegern in Erscheinung tritt.

Das "Wegrationalisieren" von Arbeitskraft läuft schneller, als sich die Märkte erweitern können

▶ 1991 erschien Ihr Buch *Kollaps der Modernisierung*. Später entstanden netzwerkökonomische Theorien, die in der Abschöpfung einer Vielzahl von Mikroprofiten über die elektronische Durchdringung von bis dahin nicht vom Warenkreislauf erfassten alltäglichen Vorgängen einen Fluchtweg aus dem drohenden Kollaps durch den tendenziellen Fall der

Profitrate sahen. Was meinen Sie: Bleibt dem Kapitalismus doch noch ein Schlupflöchlein?

Robert Kurz: Das Problem ist nicht der tendenzielle (relative) Fall der Profitrate, sondern der absolute Fall der gesamtgesellschaftlichen Profitmasse. Fall der Profitrate heißt, dass pro investierter Kapitalsumme der "tote" Kostenanteil im Form des steigenden Einsatzes von Sachkapital (im Verhältnis zu der allein zusätzlichen Wert schöpfenden lebendigen Arbeitskraft) immer größer wird, der erzielbare Profit pro Kapitalsumme daher immer kleiner. Oder anders ausgedrückt: Die Kosten pro wertschöpfenden Arbeitsplatz steigen ständig an.

Dieser Fall der Profitrate kann jedoch kompensiert werden durch Erhöhung der eingesetzten Kapitalsumme, also durch Erweiterungsinvestitionen - falls diese rentabel sind. Das geht nur, wenn sich die Märkte qua Produktivkraftentwicklung und damit Verbilligung der Produkte schneller und weiter ausdehnen, als der Einsatz von Sachkapital pro Arbeitsplatz, pro Produkt und pro Kapitalsumme ansteigt. In diesem Fall wird zwar relativ weniger Arbeitskraft pro Kapitalsumme und pro Produkt eingesetzt, aber durch die überproportionale Ausdehnung der Produktion insgesamt wird unter dem Strich absolut mehr Arbeitskraft benötigt und damit absolut mehr Wert (und damit auch Profit) erzeugt. Das Paradebeispiel war die Entwicklung der Automobilindustrie und der anderen fordistischen Industrien.

In der dritten industriellen Revolution erlischt jedoch dieser Kompensationsmechanismus. Zwar verbilligen sich die neuen Produkte wie gehabt und die Märkte dafür erweitern sich entsprechend (die Rechnerkapazitäten der 70er Jahre kann man heute vom Taschengeld kaufen). Aber das "Wegrationalisieren" von Arbeitskraft läuft schneller und dehnt sich weiter aus, als sich die Märkte erweitern können. Das Verhältnis der beiden Faktoren hat sich umgekehrt. Eben deshalb werden Erweiterungsinvestitionen unrentabel. Als Konsequenz fällt die Profitmasse absolut. Das wird eine Zeitlang durch die Bildung von Finanzblasen verschleiert. Aber sobald diese Blasen verschwinden, zeigt sich der realökonomische Sachverhalt auch empirisch: Die betriebswirtschaftlichen Gewinne stürzen ab; quer durch alle Branchen müssen Überkapazitäten stillgelegt werden; es gibt eine Inflation von Bankrotten.

Genau darin besteht die manifeste kapitalistische Krise, die über bloße Konjunkturwellen hinausgeht. Das gab es schon früher, allerdings nur als zeitweilige Übergangserscheinung, als "Lücke" eines Strukturbruchs, als krisenhaftes Intermundium zwischen zwei industriellen Revolutionen, als Timelag zwischen einer auslaufenden und einer neu anlaufenden "langen Welle" der Kapitalakkumulation. Die dritte industrielle Revolution trägt jedoch keine neue "lange Welle" mehr. Nur scheinbar, vermittelt durch die Finanzblasen war an die Stelle der fordistischen Industrien ein neues Trägerkonzept der Akkumulation qua Internet- und Telekom-

Industrien getreten. Deren gesellschaftlicher Beschäftigungs- und damit Wertschöpfungs-Effekt ist jedoch minimal. Die Inhalte der fordistischen Industrien wie der dazugehörigen Dienstleistungen waren trotz Rationalisierung immer noch arbeitsintensiv, die Umsetzung der Blaupausen erforderte Millionen von zusätzlichen "Händen" menschlicher Arbeitskraft. Die Inhalte der dritten industriellen Revolution bedürfen dieser "Hände" nicht mehr (Reproduktion per Mausklick). An die Stelle der realen Wertschöpfung mussten deshalb jene spekulativen Finanzblasen treten, die nur platzen konnten. So wurde die emphatisch ausgerufene "Gründerzeit" der New Economy zum größten Flop der Wirtschaftsgeschichte.

Wenn sich trotzdem hartnäckig der Glaube hält, irgendwo in den elektronischen Strukturen könne eine Potenz von Wertschöpfung und Profitabschöpfung verborgen sein, so ist dies dem fetischistischen Bewusstsein der kapitalistischen Warenproduktion geschuldet. "Wert" ist jedoch keine dingliche Eigenschaft, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis von Menschen. Maschinenaggregate, Robot-Systeme, Netzwerkstrukturen usw. sind keine sozialen Subjekte, gehen keine gesellschaftlichen Verhältnisse ein und produzieren daher auch keinen "Wert", so wenig wie sie Autos, Handys oder Ferienreisen kaufen. Kapitalismus ist nun mal ein primitives gesellschaftliches Verhältnis, das auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft

beruht. Eine Vergesellschaftung über elektronische Netzwerke ist kapitalistisch nicht mehr darstellbar.

Kapitalistische Subjektivität und universelle planetarische Kommunikation schließen sich gegenseitig aus. Die "elektronische Durchdringung von bis dahin nicht vom Warenkreislauf erfassten alltäglichen Vorgängen" schafft keinerlei neuen Akkumulationsspielraum. Nicht in der *Warenzirkulation* entsteht Wert bzw. Profit, sondern allein in der Warenproduktion. Soweit zirkulative Vorgänge abgeschöpft oder besteuert werden, kann es sich nur um einen Abzug von der in der Produktion geschaffenen Wertmasse handeln. Wenn jedoch die gesellschaftliche Produktion von Wert sinkt, kann nicht die Zirkulation von Wert erweitert abgeschöpft werden.

Die postmodernen Modetheorien passen wunderbar zur kurzen Ära des Finanzblasen-Kapitalismus und seiner "Anything-goes"-Ideologie

▶ In den vergangenen Krisen des Kapitalismus konnte dieser sich über den Rückgriff auf autoritäre Staatsmodelle gesundstoßen. Seit Mitte der 1990er gibt es ein neues Phänomen der Krisenbewältigung: Wirtschaftliche Macht wird in Privilegien wie Patente oder Copyrights umgewandelt, die eine Dauerrendite sichern und insofern krisensicher sind, als sie zusammen mit Abhängigkeiten jenseits einer Preisbildung durch den Markt

funktionieren. Zieht sich der Kapitalismus in der jetzigen Krise in den behaglichen Bau eines neuen Feudalismus zurück?

Robert Kurz: Im Grunde drehen sich alle aufgeworfenen Fragen immer darum, was "Wert" eigentlich ist (Profit stellt nur eine vom Wertverhältnis abgeleitete Größe dar). Für das laut Marx fetischistisch bestimmte kapitalistische Bewusstsein bedeutet Wert ein rein relationales Verhältnis (subjektive Wertlehre). Sobald Menschen überhaupt in eine Beziehung treten, stellen sie dieser Auffassung zufolge auch schon eine Wertbeziehung her. Damit wird jedoch ein spezifisch historisches Verhältnis, das moderne warenproduzierende System, auf ideologische Weise ontologisiert.

Diese kapitalistische Basisideologie spitzt sich in der Postmoderne bis zur Absurdität zu, und zwar in dreifacher Hinsicht. Erstens wird die soziale "Individualisierung" bis zur letzten Konsequenz getrieben, um die Menschen in abstrakte Gesellschaftsatome zu verwandeln, die ihre eigene Gesellschaftlichkeit als fremdes Außen erleben müssen: Alle Beziehungen bis in die Intimität hinein sollen sich in "Kundenbeziehungen" verwandeln ("Qualitätsmanagement"). Eine solche Anforderung ist jedoch nicht mehr lebbar und erzeugt Alltagskatastrophen am laufenden Band.

Zweitens wird die Differenz von Wesen und Erscheinung negiert, jegliche "Substantialität" geleugnet und damit auch die Arbeitssubstanz des Kapitals. Wert ist jedoch nicht nur Form,

sondern auch Substanz, nämlich vergangene oder "tote" Arbeit, ein Quantum verausgabter menschlicher Energie in der Form einer "Realabstraktion".

Drittens wird die Differenz von Zeichen und Bezeichnetem, von Realität und Virtualität, von Sein und Schein völlig eingeebnet; die erkenntnistheoretische Flachheit bringt den Kult der Beliebigkeit hervor. Dass es keine absolute Realität gibt, heißt jedoch noch lange nicht, dass in Bezug auf eine bestimmte historische und gesellschaftliche Konstellation (aber auch in Bezug auf die Natur) alle Gegenstände dieselbe Dignität hätten oder sich auf derselben Oberfläche darstellen ließen. Zwar ist die Schwerkraft bekanntlich an sich eine bloß relative Angelegenheit; aber trotzdem wäre es wenig bekömmlich, auf dem Himmelskörper Erde im 10. Stock aus dem Fenster zu springen.

Alles in allem passten die postmodernen Modetheorien natürlich wunderbar zur kurzen Ära des Finanzblasen-Kapitalismus und seiner "Anything-goes"-Ideologie. Jetzt heißt es "Rien ne va plus", sowohl für die Blasenökonomie wie für das Beliebigkeitsdenken. Der Anti-Essentialismus wird höchst essentiell mit der Nase auf den negativ-essentiellen Charakter des Kapitals gestoßen.

Natürlich gibt es die fetischistische Illusion über den Charakter von Wert und Profit schon seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise in immer neuen Varianten; der

Postmodernismus stellte nur eine äußerste Zuspitzung dar. Die subjektive Wertlehre entstand bereits im 19. Jahrhundert und bildete über die darauf bezogene sprachtheoretische Vermittlung von Saussure eine Quelle der postmodernen Theorien.

Eine andere, ältere Variante derselben Illusion ist die Theorie vom "politischen Wert" oder "politischen Preis", das heißt die Vorstellung, dass Werte, Preise und Profite durch politischen Ukas, durch reine Macht- oder Herrschaftsverhältnisse bestimmt werden könnten. Aber die Kapitalverwertung ist ein objektivierter Prozess, der nicht auf den subjektiven Befehl der Macht reagieren kann. Wenn beispielsweise ein bestimmter Standard der Produktivität und damit der Rentabilität auf dem Weltmarkt qua Produktivkraftentwicklung gesetzt worden ist, dann kann daran keine politische Diktatur rütteln. Der Produktivitätsstandard samt allen ökonomischen Konsequenzen ist mit Panzern, Raketen, Geheimpolizei, Folterknechten usw. nicht im mindesten zu beeindrucken.

Deshalb hat sich auch der Kapitalismus noch nie "über den Rückgriff auf autoritäre Staatsmodelle gesundgestoßen". Der autoritäre Staat ist ein Durchsetzungs- und Krisenmodell des Kapitals in einem ganz äußerlichen Sinne. Auch die Demokratie selbst reagiert als Apparat auf den ökonomischen Notstand repressiv, aber damit kann sie diesen Notstand nur verwalten (solange sich die Menschen das gefallen lassen), nicht jedoch

bewältigen. Entweder entstehen aus dem objektiven inneren Prozess der kapitalistischen Ökonomie neue Potentiale der Verwertung und Akkumulation, also auch der neuen zusätzlichen Vernutzung von Arbeitskraft, oder der ökonomische Notstand wird sich immer weiter verschärfen.

Natürlich ist es denkbar, dass eine Diktatur oder eine demokratische Notstandsverwaltung große Massen der Bevölkerung durch Gewalt und bürokratischen Terror niederhält, aber das ist etwas anderes als ein "Gesundstoßen des Kapitals", das eben seinem Wesen nach auf die stetig erweiterte Vernutzung von Arbeitskraft auf dem gegebenen Produktivitätsstandard und keinem anderen angewiesen ist. Die politische Macht kann Kapitalakkumulation unterstützen und flankieren (sie ist ja nichts als der "politische Ausdruck" des Kapitalverhältnisses), aber nicht autonom hervorbringen.

Auch so genannte wirtschaftliche Macht (Kontrolle qua *Eigentumstitel* über Geldkapital, Produktionsmittel etc.) kann nicht als solche Wert schöpfen, sondern nur von einer produzierten Wertmasse *abschöpfen*. Patente oder Copyrights als solche erzeugen keinen müden Euro Profit, sondern nur, wenn das entsprechende Wissen, Know-how etc. kapitalistisch produktiv angewendet wird. Die Erlöse für Patente usw. stellen einen Abzug vom produktiv erwirtschafteten Mehrwert bzw. Profit dar, den der Eigentümer dieses Titels vom "fungierenden Kapitalisten", der

dieses Patent anwendet, für sich erheben kann.

Dabei verhält es sich ähnlich wie beim zinstragenden Kapital, also wenn jemand, der selbst keine kapitalistische Produktion betreibt, Geld an ein Produktionsunternehmen verleiht. Der Zins, den er dafür erhält, ist nichts als ein Abzug vom erwirtschafteten Profit, den der "fungierende" Unternehmer an den Geldbesitzer zahlen muss. Wenn das Produktionsunternehmen unrentabel wird oder bankrottiert, oder wenn das geliehene Geld für Hirngespinste oder unproduktive Ausgaben verpulvert worden ist (wie großenteils in der New Economy), wird die Krise des Schuldners bekanntlich auch zur Krise des Gläubigers. Nicht anders verhält es sich bei den Gebühren für Patente, Copyrights etc.

Dabei ist es egal, ob und welche Vermittlungskanäle dazwischen liegen (staatliche, kommunale, juristische etc.). Wenn Kosten für Patente oder Copyrights im Unterschied zum Zins des Finanzkapitals nicht einer Preisbildung durch Märkte unterliegen, heißt das noch lange nicht, dass es sich deswegen um "krisensichere" Einkünfte handelt. Einem Nackten kann niemand mehr in die Tasche fassen. Das gilt für Individuen ebenso wie für Behörden oder Institutionen. Mit einem Wort: Alle abgeleiteten Einkünfte, Gebühren, Gewinne, Zahlungen sind letztlich abhängig von gelingender reeller Kapitalverwertung, und wenn diese nicht mehr funktioniert, gibt es auch keine davon abgeleitete "Dauerrendite" mehr, welcher Art auch immer. So zu denken, ist

die Illusion der Besitzer von Geldkapital oder Eigentumstiteln, die nicht realisieren, an welchen kapitalistischen Vermittlungszusammenhang ihre "Ansprüche" gebunden sind.

Weil man begrifflich nicht mehr weiter weiß, wird neuerdings in ganz verschiedener (ökonomischer, sozialer, politisch-militärischer) Hinsicht von einer Wiederkehr irgendwie feudaler Verhältnisse, einem "neuen Mittelalter" usw. fabuliert. Das ist einfach Quatsch. Feudalismus ist ein agrar- und naturalwirtschaftliches persönliches Abhängigkeitsverhältnis. Auf der Basis der anonymen allgemeinen Wert- und Geldform kann es weder eine gesellschaftliche Reproduktion über persönliche Abhängigkeiten geben noch eine Abgabenwirtschaft in Form von Naturalien oder Arbeitsdiensten. Ein Geld-Feudalismus wäre ein Widerspruch in sich. Es sei denn, das Geld wächst demnächst auf den Bäumen oder auf dem Acker.

Aus Stilllegung entsteht kein Profit

▶ Über neue Systeme des "Urheberrechtsschutzes" wie Digital Rights Management werden derzeit weltweit traditionelle Zugangsrechte der Bevölkerung zu Informationen enteignet (vgl. Content is King! oder die Diktatur des Kleingedruckten). Eine weitere Expropriationswelle droht durch die Umwandlung der Sozialversicherungssysteme. Schaffen solche Vorgänge dem Kapitalismus neue Betätigungsfelder oder beschleunigen sie die Untergangsmechanik?

Robert Kurz: Noch einmal: Niemand ist von Natur aus zahlungsfähig. Zahlungsfähigkeit in der Geldform ist davon abhängig, dass man irgendetwas verkaufen kann, seine Arbeitskraft oder wenigstens seine Niere. Letzten Endes setzt Zahlungsfähigkeit die Involvierung in einen gelingenden kapitalistischen Verwurstungsprozess von Arbeitskraft voraus. Wenn verliehenes Geldkapital nicht profitabel verwertet wird, dann ist es verloren und kann nicht zurückgefordert werden. Wenn die Anwendung eines Patents zu keinem profitablen Verwertungsprozess führt, dann verfällt der Anspruch ebenfalls. Der Inhaber des Patents kann zwar dessen weitere Anwendung untersagen, aber das ist rein negativ, davon hat er nichts.

Unprofitable Produktionsanlagen kann man stilllegen, aber aus der Stillegung entspringt natürlich kein Profit. Nicht zahlungsfähigen Bevölkerungsteilen kann man das Wasser, den Strom, das Telefon und natürlich auch den Zugang zum Internet sperren, aber auch das sind rein negative Vorgänge. Und wenn Leute, die jahrzehntelang in die Sozialversicherung eingezahlt haben, am Ende nichts mehr herausbekommen, weil wegen der veränderten Generationenverhältnisse nichts mehr da ist, entsteht daraus kein neues Kapitalanlagefeld. Stillegungen, Sperrung von Zugangsrechten, Entwertung von Ansprüchen sind Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise, aber wie sollte daraus ein neuer Spielraum der Verwertung entstehen? Es sind

immer nur negative Folgen davon, dass die Verwertung eben nicht mehr funktioniert.

Das Ziel kann nur eine gesellschaftliche Selbstverwaltung der vereinigten Individuen sein

▶ Hartzens Mission: Lohnverzicht, längere Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und Leistungskürzungen für Arbeitslose werden mit den Stichworten Flexibilisierung, Ich-AG und Eigenverantwortung durchgesetzt. Die Konzepte zielen allesamt auf die Selbstdisziplinierung der Lohnabhängigen und verbinden paradoxerweise das Konzept wachsender Selbstbestimmung mit der faktisch wachsenden Abhängigkeit der Menschen von ökonomischen Prozessen. Warum füllen sich eigentlich anhand solch kognitiver Dissonanzen nicht die Irrenhäuser? Und was sind die theoretischen und praktischen Kräfte, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten könnten?

Robert Kurz: Vielleicht sind wir alle schon die Insassen eines Gesamt-Irrenhauses. Die Verrücktheit der in sich widersprüchlichen Anforderungen springt ins Auge. Die Beamten der Arbeitsämter beispielsweise sollen ihre Klientel als "Kunden" behandeln und sie gleichzeitig bürokratisch schurigeln, sie in Hungerlohn-Jobs hineinzwingen. Die "Selbstverantwortung" in Bezug auf ein gesellschaftliches Zwangsverhältnis, das objektiv nicht mehr funktioniert, kann nur in soziale Katastrophen führen. Die Frage ist,

ob und wie lange sich die Menschen das gefallen lassen, wo die Schmerzgrenze liegt. Und die Antwort auf unerträgliche Zumutungen und unmögliche Anforderungen muss nicht emanzipatorisch sein; sie kann sich beispielsweise auch in rassistischen Ausbrüchen entladen.

Es gibt keine "objektive" Kraft, die per se schon die Alternative wäre oder diese in ihrer Existenz repräsentieren würde. Die Lohnabhängigen (ebenso wie die Elendsunternehmer oder Scheinselbständigen) sind an sich auch nur Subjekte der Konkurrenz. Die Kritik und Alternative kann allein aus der emanzipatorischen Verarbeitung der negativen Erfahrungen resultieren; dafür gibt es keinen privilegierten sozialen Ort. Es ist eine Leistung des Bewusstseins, die nicht selber wieder "objektiv" angelegt ist und deshalb auch ausbleiben kann. Ob die sich gegenwärtig formierende Bewegung gegen die Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise zu einer emanzipatorischen Macht wird, die dem Marsch in die Barbarei Einhalt gebieten kann, hängt von ihren Lernprozessen ab. Die Frage ist, ob sie sich bis zu einer Kritik an der gesellschaftlichen Form des modernen warenproduzierenden Systems aufschwingen kann oder ob sie in den kapitalistischen Kategorien befangen bleibt und sich zur Mitverwaltung der Krise degradieren lässt. Das ist eine offene Frage.

Die gegenwärtigen Vorstellungen ("Re-Regulation" des

Kapitalismus, Tobinsteuer usw.) greifen jedenfalls viel zu kurz und sind illusorisch. Nötig wäre eine grundsätzliche Kritik des gesamten kategorialen Systems einer gesellschaftlichen Reproduktion über die Entfremdungsmächte Markt und Staat. Also eine Kritik der abstrakten "Arbeit", der irrationalen betriebswirtschaftlichen Logik, der klassen-übergreifenden kapitalistischen Subjektform, der bürgerlichen Geschlechterverhältnisse, der demokratischen Selbstdisziplinierung, der fetischistischen Rechtsform und juristischen Illusion, der falschen nationalen Identitäten usw. Also kein "Klassenkampf" im blind vorausgesetzten Gehäuse der vorgefundenen gesellschaftlichen Formen mehr, sondern eine theoretische und praktische Kritik des gemeinsamen Bezugssystems, zu dem man erst einmal auf Distanz gehen muss.

Das Ziel kann nur eine gesellschaftliche Selbstverwaltung der vereinigten Individuen sein. Aber eine Selbstverwaltung in den kapitalistischen Formen wäre ein Widerspruch in sich, eine Selbstverhöhnung, Selbstausbeutung, Selbstunterdrückung im Namen irrationaler und falsch objektivierter Kriterien. Gerade um deren Abschaffung ginge es. Also um eine Selbstverwaltung jenseits von blinden Fetischmedien. Die Produktivkräfte der mikroelektronischen Revolution, hervorgetrieben vom Prozess der Konkurrenz, sind über das Fassungsvermögen des modernen warenproduzierenden Systems (seiner Vermittlungsformen) hinausgewachsen, die wir jedoch andererseits "verinnerlicht"

haben, die unsere Subjektform ausmachen. Um da herauszukommen, bedarf es erst einmal einer intellektuellen Fokussierung, einer theoretischen Reflexion, die sich einen Platz in der Öffentlichkeit erobert.

Das System der politischen Repräsentanzen ist ein Tummelplatz für Karrieristen, Intriganten und Streber

▶ Viele Menschen haben - auch angesichts dieser Entwicklungen - den Eindruck, dass Wählen noch nie so wertlos war wie heute. Andererseits steht gerade eine "Reform" der Krankenversicherung, die Abschaffung des Flächentarifvertrages und neue Kriege auf der politischen Agenda. Sind das Gründe, trotzdem wählen zu gehen?

Robert Kurz: Die Bundestagswahl ist ja inzwischen vorbei, aber dieser rituelle Akt war sowieso nahezu bedeutungslos. Die so genannte Politik, das politische System, das Bezugsfeld der politischen Parteien, das ist doch alles "tote Hose", was mögliche emanzipatorische Einwirkungen angeht. Eher geht ein ganzer Planet durch ein Nadelöhr, als dass durch Politik noch irgendetwas zum Guten gewendet werden könnte. Die "Form" Politik stellt ja nichts anderes als eine sekundäre Ebene und Ausdrucksform des Kapitalverhältnisses dar. An dessen objektiven historischen Schranken kann Politik nur noch eine vor geschaltete Instanz kapitalistischer Krisenverwaltung sein. Welche Alternative hätte denn zur Wahl gestanden?

Im Sinne auch nur einer Abwehr oder Eindämmung der ärgsten Zumutungen ist das System der politischen Repräsentanzen doch längst ein einziger Schrotthaufen, bestenfalls ein Tummelplatz für Karrieristen, Intriganten, Streber. Für ernsthaften Widerstand bedarf es einer außerparlamentarischen Bewegung, die sich nicht auf die Systemgesetze vergattern lässt, sondern die Möglichkeiten der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, des Wissens usw. einklagt. Auch bloß symbolische Bekundungen bringen kaum noch etwas; um der hemmungslosen Zumutungspolitik Einhalt zu gebieten, wären schon reale Eingriffe mit harten Bandagen notwendig (Massenstreik, Blockaden, Besetzungen, Boykott, Sabotage usw.).

▶ In den Feuilletons schlug das Empire in Gestalt der theoretischen Jedi-Ritter Toni Negri und Michael Hardt zurück. Was halten Sie von dieser spinozistischen Wunderwaffe?

Robert Kurz: "Empire" halte ich für ein miserables Buch. Hardt/Negri gehen meiner Ansicht nach von einem ganz falschen Begriff der "Immanenz" aus: nicht Transzendenz aus der Immanenz durch Systemkritik, sondern eine platte, auf sich zurückgeworfene Immanenz, in deren Kontext nahezu beliebige Entwicklungen hochgejubelt werden, bloß weil es sie "gibt". So haben Hardt/Negri die ganze Begrifflichkeit der New Economy adoptiert und besetzen die "Selbstverwertung" der Ich-AGs naiv positiv (peinlicherweise ist ihr Buch gerade pünktlich zum Platzen dieser Seifenblase

erschienen). Statt einer kritischen Analyse der kapitalistischen Weltkrise bieten sie nichts als einen Aufguss der ideologischen "Chancen"-Rhetorik, ohne jede begriffliche Differenzierung: Alles ist eins, alles ist per se schon "Verwertung", alles ist per se schon "Emanzipation" usw.

Alle Illusionen der letzten 150 Jahre über eine "politische" Wertbildung, über das Kapital als bloß äußerliches politisches Herrschaftsverhältnis etc. werden wiederholt. Und als Krönung tritt dann an die Stelle der radikalen Kritik an den gesellschaftlichen Formen die älteste juristische Illusion: Sie wollen ein "Weltbürgerrecht", einen "Weltsoziallohn" usw., wo es keinen Weltstaat gibt und geben kann. Im Grunde genommen läuft es auf eine illusorische Wiederholung des sozialdemokratischen Projekts einer "Anerkennung" im Rahmen des Kapitalverhältnisses auf einer fiktiven Weltebene hinaus, während die Globalisierung gerade die Grenzen kapitalistischer Reproduktion aufzeigt. Diese Vereinigung von operaistischem Kitsch und postmoderner Beliebigkeit war wohl der Schwanengesang einer Theorie, die in der kapitalistischen Immanenz stecken bleibt.

Der Staat entmachtet sich selbst

Werner Rügemer über die neue "Kultur" der Selbstbereicherung (Juni 2006)

Die Privatisierung führt genau zum Gegenteil von dem, was sie verspricht: nicht zu mehr Wettbewerb, sondern zu Monopolen, die Kommunen werden nicht entlastet, sondern belastet, die Preise werden nicht niedriger, sondern steigen, es entstehen keine neuen Arbeitsplätze, sondern es werden Stellen abgebaut, die Infrastruktur funktioniert nicht besser, sondern schlechter, der Konsument wird nicht zu seinem Vorteil, sondern zu seinem Nachteil bedient und die Umwelt wird nicht mehr geschont, sondern mehr in Mitleidenschaft gezogen. Zu diesen Einsichten kommt der der Fachmann für Korruptions- und Armutsforschung, der Publizist Werner Rügmer. Telepolis hat mit ihm über neue Formen der politischen Korruption gesprochen.

▶ Wenn man Ihren Ausführungen folgt, bekommt man den Eindruck, das Land werde von Kriminellen, Gesinnungslosen und Geisteskranken regiert, die das öffentliche Eigentum im Dienste von Privatunternehmen zu ihren Gunsten und zu Lasten der Bürger kaputt sanieren. Dann fragt man sich aber, warum immer noch ungebrochen die Politik der Privatisierung von Parteien und Medien erfolgreich propagiert wird. Haben sich die Mißerfolge dieser Politik noch nicht landesweit herumgesprochen? Warum hat die Justiz

bislang nicht reagiert?

Werner Rügemer: Die Handlungen erscheinen dann nicht als kriminell, gesinnungslos und geisteskrank, wenn sie nicht als solche öffentlich gebrandmarkt werden. Es gibt bisher nur sehr punktuellen Widerstand, unterhalb der offiziellen Schwelle von Politik und Medien. Zudem ist die Bevölkerung nicht einheitlich, vielmehr sozial so zerklüftet wie lange nicht mehr. Es gibt einige Millionen Menschen, die in unterschiedlichem Masse zu den Privatisierungsgewinnlern zählen. Seit Beginn der Privatisierung etwa um 1990 hat sich eine neue "Kultur" der Selbstbereicherung entwickelt, dadurch auch vermehrt sich der Reichtum explosionsartig.

Die "staatstragenden" Parteien einschließlich der Grünen - und in der Regierungspraxis auch die PDS, siehe Berlin - haben die Privatisierung im Programm, die großen Medien ebenso. Hinsichtlich der Wirtschaftskriminalität wird die Justiz ausgetrocknet; das hat im Dezember 2005 sogar der Bundesgerichtshof (BGH) aus Anlass der Kölner Müllkorruption kritisiert - ohne Folgen.

▶ Generell: Wie funktioniert Privatisierung in Deutschland? Sie schreiben, dass Deutschland nach dem Vorbild der Treuhand privatisiert werden soll...

Werner Rügemer: Privatisiert *wird*. Das von der Treuhand

durchgesetzte Muster wirkt, (noch) etwas gemäßigt, im Westen fort: "Der Investor" gilt unhinterfragt als Heilsbringer; Versprechen auf Arbeitsplätze brauchen nicht eingehalten zu werden; entgegen der Markt- und Wettbewerbs-Ideologie setzen die privaten Investoren staatliche Gewinngarantien und staatliche Subventionen durch; öffentliche Ausschreibungen werden umgangen; die staatlichen und kommunalen Rechnungshöfe haben nichts zu sagen; die Verträge unterliegen der Geheimhaltung, so dass die Stadträte und Parlamente quasi "blind" entscheiden.

Mit der Treuhand zog das Recht der Finanzoasen ein: Die meisten Eigentümer ehemaliger DDR-Betriebe und Immobilien haben ihren rechtlichen Sitz in der Schweiz, in Luxemburg, auf den Cayman Islands... Mit der Treuhand kamen massiv neue Akteure hinzu, die einerseits als Interessenvertreter der Unternehmen, gleichzeitig aber auch als Staats-Berater auftreten: US-Investmentbanken (Morgan Stanley, Merrill Lynch...) und US-Berater (Wirtschaftsprüfer wie Price Waterhouse Coopers, Unternehmensberater wie McKinsey, Wirtschaftsanwälte wie Freshfields) gestalten die Vertragsbedingungen. Auch beim "Cross Border Leasing" in Ost- und Westdeutschland und in (fast) ganz Westeuropa haben wir es mit diesem Treuhand-Syndrom und diesen Akteuren zu tun. Inzwischen beherrschen auch deutsche Banken und Berater dieses "Handwerk".

Der geheime "Toll-Collect"-Vertrag

▶ Haben Sie ein besonders treffendes Beispiel für diese Entwicklung?

Werner Rügemer: Nehmen Sie Toll Collect. Billigere und erfahrene Anbieter, die erfolgreiche Mautsysteme in der Schweiz und Österreich betreiben, wurden mit fadenscheinigen Begründungen ausgeschaltet. Der Vertrag des Verkehrsministeriums mit dem Konsortium aus Telekom, DaimlerChrysler und cofiroute wurde in der Schweiz unterschrieben, weil in dieser traditionellen Finanzoase die Notare nicht darauf achten müssen, ob der Vertrag andere Rechtsvorschriften verletzt.

Der 17.000 Seiten-Vertrag wurde den Bundestagsabgeordneten bis heute nicht vorgelegt. Selbst die Mitglieder des Haushaltsausschusses bekamen ihn auf nachhaltiges Verlangen hin nicht zu sehen; in nichtöffentlicher Sitzung bekamen sie nur eine Zusammenfassung auf 200 Seiten, die zudem von der Wirtschaftskanzlei Freshfields verfasst war - also von den Beratern, die selbst den Vertrag verfasst haben. Auf erneutes Verlangen einzelner Abgeordneter, die sich auf das Informations-Freiheits-Gesetz beriefen, antwortete die Bundesregierung jetzt, im Mai 2006: Der Vertrag kann auch nicht in einer um Betriebsgeheimnisse bereinigten Fassung vorgelegt werden, weil die Beamten des Verkehrsministeriums *nicht entscheiden können*, was zu den Betriebsgeheimnissen zählt und was nicht! Als das Konsortium den Mautbetrieb zum vereinbarten Zeitpunkt 2003

nicht aufnahm und der Staat Milliardensummen verlor, zögerte die Regierung ein halbes Jahr, auf der Erfüllung des Vertrages zu bestehen.

Als die Regierung dann doch die vereinbarten Konventionalstrafen und Schadenersatzzahlungen einklagen wollte, konnte sie den Vertrag nicht interpretieren. Sie beauftragte deshalb neue Berater, wieder gegen ein "ordentliches" Honorar, den Vertrag durchzusuchen, den die anderen Berater verfasst haben. Der Staat entmachtet sich also selbst.

Wann das Schiedsgerichtsverfahren zu einem Ergebnis kommt, ist unklar. Es ist weiter zu vermuten, dass die Regierung die wesentlichen Verwertungsrechte dem privaten Konsortium überlassen hat. Telekom, DaimlerChrysler und cofiroute verwenden ja die für die Mauterhebung erhobenen Daten auch für viele weitere Dienstleistungen (Speditionsabrechnungen und -logistik, Verkehrs- und Warenlenkung...) und verdienen daran. Das deutsche Mautsystem soll zudem als Prototyp für die Einführung in vielen anderen Staaten der EU und darüber hinaus dienen - der deutsche Staat verzichtet also auf enorme Einnahmen, die er gerade jetzt bitter nötig hätte und obwohl ja die Privatisierung angeblich zur Entschuldung des Staats beitragen soll.

Genialer Werbetrick

▶ Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand

und Privaten, die sogenannte Public Private Partnership (PPP)?

Werner Rügemer: Das Schlagwort Public Private Partnership (PPP) wurde durch das Gutachten "Public Private Partnership im öffentlichen Hochbau" popularisiert. Das Gutachten wurde 2003 im Auftrag des Verkehrs- und Wohnungsbauministerium von Price Waterhouse Coopers und Freshfields erstellt; es empfiehlt, dass Staat und Kommunen zukünftig alle Schulen, Ministerien, Strassen, Gefängnisse usw. von privaten Investoren bauen und betreiben lassen sollen.

PPP ist aber in der Finanzbranche bereits seit Ende der 80er Jahre ein Begriff. Schon zum Beispiel die etwa zwei Dutzend großer Müllverbrennungsöfen, die seit 1989 in Deutschland gebaut wurden, stellen eine Form des PPP dar: Staat und Unternehmen wie RWE und Eon gründen gemeinsame, privatrechtliche Gesellschaften. Sie ließen die Öfen bauen, betreiben sie seitdem, die jeweiligen Stadtverwaltungen spielen das Inkassobüro.

Der Begriff "Partnership" soll natürlich "Partnerschaft" suggerieren, also ein nettes, freundschaftliches, gleichberechtigtes Verhältnis. Das kann man für einen genialen Werbetrick halten. Das ist so ähnlich wie bei den Begriffen "Entwicklungsland" und "Entwicklungshilfe": da wird suggeriert, dass einem armem Staat zu einer ordentlichen Entwicklung verholfen werden soll. Da werden aber von der Weltbank, von Privatbanken und westlichen

Regierungen harte Auflagen gemacht, zum Beispiel, dass Staatsvermögen verkauft werden muss, dass westliche Unternehmen Aufträge bekommen müssen usw., wenn neue Kredite vergeben werden sollen.

Bekanntlich haben sich die sogenannten "Entwicklungsländer" unter diesen Bedingungen nicht zu autonomen, demokratischen Staaten entwickeln können. Es blühte die Korruption, eine einheimische Elite profitierte, ein großer Teil der Bevölkerung ist entwurzelt und verarmt, die Staatsverschuldung wuchs. Das scheint auf den ersten Blick nichts mit der Entwicklung in Deutschland und in Europa zu tun zu haben.

Doch wenn man genauer hinsieht, dann erkennt man, eigentlich ohne große Schwierigkeiten, dass hier dieselben Akteure (Konzerne, Banken, Berater) und dieselben Methoden angewandt wurden, die seit der Privatisierung der DDR und der anderen ehemals sozialistischen Staaten auch in Europa usw. angewandt werden. Auch die ehemalige DDR wurde zu einem Marktteilnehmer zweiter Klasse, zur verlängerten Werkbank, mit erhöhter Arbeitslosigkeit, mit niedrigeren Löhnen, mit weniger Rechten von Arbeitnehmern, mit verächtlichem Status, mit der (scheinbaren) Notwendigkeit ewiger Staatszuschüsse... Und diese Entwicklung greift längst auch in westdeutschen Unternehmen und Kommunen...

Erlöse beim Verkauf sind Einmal-Effekte

▶ Wie beurteilen Sie das Argument, Privatisierung sei ein geeignetes Instrument, um die Staatsverschuldung abzubauen? Schließlich ist es bekannt, dass in Deutschland die Staatsschulden jede Stunde um 6 Millionen Euro steigen...

Werner Rügemer: Schon die "Entwicklungsländer", in denen die Privatisierung als Mittel gegen die Staatsverschuldung eingesetzt wurde, zeigen, dass das Gegenteil bewirkt wurde. Diese Staaten sind noch stärker verschuldet als vor der Privatisierung. Inzwischen haben wir aber auch mitten in Deutschland den gleichen Effekt.

Der Staat Bundesrepublik hat zentrale Bereiche wie Post, Bahn, Bundeswehrlogistik privatisiert, und er ist stärker verschuldet als zuvor. Städte wie Berlin und Mülheim an der Ruhr, die das meiste öffentliche Vermögen privatisiert haben - Wasserwerke, Kanalisation, Wohnungen, Energielieferung - sind mehr verschuldet als zuvor. Die Erlöse der öffentlichen Hand beim Verkauf erweisen sich als Einmal-Effekt.

Er wird durch den Kontext der verwandten Maßnahmen, die mit der Privatisierung in engstem Zusammenhang stehen, aufgesogen: Die Heiligsprechung der "Investoren" führt zu deren sozialer Ent-Pflichtung, beispielsweise zahlen sie keine Steuern mehr, im Gegenteil, sie fordern und erhalten staatliche Zuschüsse und Steuerfreistellungen.

An vielen Beispielen - Bahn und Post, Kölner Messehallen, Rathaus Gelsenkirchen, Wasser-und Abwasserverband Beilrode-Arzberg in Sachsen, Bildungszentrum Ost in Frankfurt/Main usw. - habe ich im einzelnen nachgewiesen, wie sich die beratergestützte Verhandlungsmacht der privaten Seite, die standardisierten Gewinngarantien und die verdeckten Subventionen auf die Dauer als neue, zusätzliche Quelle der Staatsverschuldung erweisen.

▶ Vermuten Sie hinter diesem Vorgehen eine bewusste Strategie? Wie kommt es zu der in Ihrem Buch dargestellten Verschmelzung von Staats- und Unternehmensinteressen? Wie sichern sich die Unternehmer Einfluss auf die Politik? Wie wichtig ist für diese Entwicklung die politische Korruption?

Werner Rügemer: Natürlich handelt es sich um eine bewusste Strategie. Die Akteure verfügen ja über dieselben Daten, die ich zusammengestellt habe, und sie haben ja noch viel mehr Daten als ich. Die Interessen sind vielfältig zusammengesetzt, politisch, ökonomisch, kulturell. Es setzt sich das US-Vorbild durch, deshalb sind die US-Akteure seit der Treuhand in Deutschland - wie auch in der Europäischen Union - so präsent und aktiv wie nie zuvor.

Deutsche Unternehmen können endlich so "frei" agieren wie sie das eigentlich schon immer tun wollten, aber nach dem 2. Weltkrieg lange daran gehindert waren. Wie schon in der Endphase der Weimarer Republik findet eine personelle und Interessenfusion

der Eliten statt, gleichzeitig deren Erweiterung. Eliten aus Staat, Politik, Privatwirtschaft, Medien, Sport, Wissenschaft, Unterhaltung verteidigen gemeinsam angesichts der Millionen Arbeitslosen und Armen ihre neuen, zusätzlichen Bereicherungsmöglichkeiten. Gleichzeitig entwickeln sie gemeinsame öffentliche Repräsentationsformen. Die psychologisch-kulturellen Erpressungs-, Konsensbildungs- und Befriedungsmethoden wurden hochprofessionell weiterentwickelt.

Den alten Formen der politischen Korruption - Daueralimentierung der kapitalfreundlichen Parteien CDU, CSU, FDP (inzwischen auch SPD) durch Unternehmen; Konzern- und Bankbeiräte mit Landräten, Kirchenpräsidenten, Generalmusikdirektoren und Bürgermeistern - wurden neue hinzugefügt: Beraterverträge, Geschäftsführerposten und Aufsichtsratsmandate für Politiker. Ausgeschiedene Politiker vermarkten ihre Beziehungen und gründen Beratungsbüros.

Konzerne kaufen sich Journalisten aus "Spiegel" und "Handelsblatt" usw. als Lobbyorganisatoren. Finanzinvestoren ("Heuschrecken"), die Unternehmen und Wohnungsgenossenschaften ausschlachten, stellen Politiker und Botschafter als Berater an: der Ex-Chef der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, wurde Berater von Fortress, Lothar Späth, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, wurde Berater von Merril Lynch, Theodor Waigel, der als Bundesfinanzminister die "Aufsicht" über die Treuhand

führte, wurde Berater der Texas Pacific Group, der ehemalige Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU im Bundestag, Friedhelm Merz, berät Apellas/Soros und die RAG undsoweiter.

Interessen konservativer Eliten

▶ Wie kam diese politische Strategie in Deutschland überhaupt erst zustande?

Werner Rügemer: Grob gesagt kamen die Interessen der deutschen "konservativen" Eliten und die Interessen der US-Eliten erneut zusammen: Nach dem 2. Weltkrieg wurden "die Deutschen" vom Nationalsozialismus befreit, allerdings nur von der Spitze des politischen Personals (Hitler, Göring und diese Art böser Buben), alle anderen Eliten blieben, vor allem die wirtschaftlich-finanzielle.

Diesmal ab 1990 wurden "die Deutschen" vom Sozialismus und vom Sozial- und Rechtsstaat "befreit". Der ökonomische Inhalt war beide Male in etwa derselbe. Man sollte sich daran erinnern, dass die Privatisierung im großen Stil in den USA Anfang der 80er Jahre begann, und zwar unter der Präsidentschaft eines gewissen Ronald Reagan, der sich in seinen vorherigen Leben erstens als Schauspieler und zweitens als Pressesprecher von General Electric eingeübt hatte. Die Kombination Schauspieler, Konzernsprecher, Staatspräsident ist sehr aufschlussreich und wurde in der einen oder anderen Form vorbildlich.

Die Privatisierung in den USA richtete sich gegen die innerkapitalistischen Reformen des "New Deal"; zu ihm hatten eine verschärfte Börsenaufsicht und Anti-Kartellgesetze, aber auch öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, öffentliche Investitionen, Mindestlöhne, staatliche Energieunternehmen u.ä. gehört. Das wurde von den englischen "Konservativen" unter einer gewissen Maggie Thatcher und der Europäischen Kommission übernommen, die großen Unternehmen und Banken in Deutschland, England und Europa sahen sich ebenso ihren langgehegten Wünschen nahe.

Beispiel WM

▶ Wie sehen Sie die Zukunft, wenn der Trend in Deutschland zur Privatisierung ungebrochen weitergeht?

Werner Rügemer: Die staatlich subventionierte und staatlich mitorganisierte Privatisierung gehört ja zu den profitabelsten Kapitalverwertungen überhaupt. Die meisten Privatisierungsverträge laufen wie bei Cross Border Leasing zwischen 20 und 30 Jahren. Soviel langfristige Sicherheit der Kapitalverwertung gibt es sonst nirgends im entfesselten und krisenanfälligen Kapitalismus.

Es werden, volkswirtschaftlich gesehen, keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, im Gegenteil. Die vorhandene ökonomische Substanz, die in etwa einem Jahrhundert Reformkapitalismus geschaffen

wurde und sich in Stadtwerken, Wasserwerken, Kliniken, Bahn- und Postgesellschaften, Schulen und Universitäten, Rathäusern, Kindergärten usw. manifestiert, wird ausgezehrt. Zudem ist der erste Schritt einer Privatisierung niemals der letzte. Die Phantasie, die Gier der Privatisierer ist unerschöpflich. Citymaut, Straßenbenutzungsgebühr, Klohäuschen mit Bezahlung - alles schon im Gange. Die Fußball-Weltmeisterschaft zeigt im Exzess, dass die Privatisierung immer noch weiter über den schon erreichten Zustand hinausgehen kann. Fußballtrainer sagen nichts mehr bei öffentlichen Pressekonferenzen, weil sie die Vorstellung ihrer Mannschaft gegen Honorar mit einem privaten Sponsor vereinbart haben. Jede Minute Anglotzen eines Fußballstars muss bezahlt werden.

Das zeigt aber auch, dass das System nur funktioniert, wenn eine kritische Masse an Menschen mitmacht. Es ist wie bei der Börsenblase der "New Economy": sobald eine nennenswerte Zahl von Akteuren aussteigt, bricht das Kartenhaus zusammen. Auch für diesen Fall, der erfahrungsgemäß eintreten kann, haben die Privatisierer in der beschriebenen Weise vorgesorgt. Beim Platzen der Börsenblase haben ja dann logischerweise nur die Kleinanleger viel Geld verloren.

▶ Kennen Sie ein positives Beispiel für Privatisierung und wie müsste eine solche Ihrer Meinung nach aussehen?

Werner Rügemer: Wenn man sich auf die Alternative "staatlich oder privat" einlässt, sitzt man in der Falle, die von den Neoliberalen aufgestellt wurde und wird. Die Rechtsform spielt heute eigentlich keine entscheidende Rolle. Staatliche und kommunale Unternehmen orientieren sich seit über einem Jahrzehnt am Vorbild der Privaten. Landesbanken, in deren Vorständen Parteibuchkarrieristen und in deren Aufsichtsräten Landesminister sitzen, organisieren mit ihren Filialen in Luxemburg und der Schweiz die Steuerflucht der Vermögenden nicht anders als die Dresdner und die Deutsche Bank.

Bei Post und Bahn ist der Staat (noch) Hauptaktionär, aber Beschäftigte werden entlassen, Niedriglöhner werden eingesetzt wie in rein privaten Konzernen. Gleichzeitig gibt es kleine Stadtwerke, die vorbildlich im Interesse der Bürgermehrheit arbeiten, jedenfalls soweit dies unter unseren Verhältnissen (noch) möglich ist. In meinem Buch habe ich beispielsweise die Wassergenossenschaft Hartau vorgestellt, in Sachsen.

Das ist eine privatrechtliche Unternehmung, eben eine Genossenschaft. Genossenschaften, die die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung gemeinschaftlich regeln, gibt es zu Dutzenden in Deutschland. Sie sind privat, funktionieren technisch und finanziell, sind nicht verschuldet, leben vom Engagement der Bürger, der Genossen. Obwohl sie "privat" sind, werden sie von Behörden, Banken und Mehrheitsparteien nicht geliebt, teilweise

heftig bekämpft.

Bei der vorherrschenden "Privatisierung" geht es also gar nicht darum, dass Bürger unabhängig vom Staat für sich selbst sorgen, sich selbständig zusammentun. "Privatisierung" bedeutet in der Praxis die einseitige Machtübernahme großer Konzerne und Investoren. Das klingt klischeehaft, aber ich kann nichts dafür, dass der Kapitalismus sich trotz aller Beschwörung von Innovation und Kreativität im Grunde mit sehr primitiven Mustern präsentiert. Bürger wie in Hartau werden von den großen Privatisierern behindert. Die Hartauer Genossenschaft zeigt, wie es gehen könnte. Ich hoffe, dass sie durchhalten und dass andere es ebenso tun.

Neuer Typ gemeinschaftlicher Interessevertretung

▶ Warum regt sich kein Widerstand, oder wird dieser totgeschwiegen? Wie kann man sich überhaupt als Konsument gegen diese Entwicklung wehren? Sind Parteien überhaupt der richtige Adressat für Proteste gegen diese Politik?

Werner Rügemer: Es gibt viel mehr Widerstand als öffentlich und überregional bekannt wird. Die großen Medien mauern, sie gehören zu den Privatisierungsgewinnlern. Ich erfahre sehr viel an Widerstand, weil ich mit vielen Bürgerinitiativen gegen Privatisierung und zahlreichen Stadträten und Abgeordneten in Kontakt bin. Ich habe aber keine Möglichkeit, dies in großen

Medien darzustellen.

Der Widerstand ist aber in der Tat bisher nur punktuell, in einzelnen Orten. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gegen die örtlichen Medien und "staatstragenden" Parteien durchzuführen, erfordert eine ungeheure Kraftanstrengung. Überall dort, wo bei wichtigen Privatisierungsvorhaben und etwa bei Cross Border Leasing Bürgerentscheide durchgeführt werden konnten, fielen sie ganz eindeutig gegen Privatisierung aus. Ich habe auch schon Fälle erlebt wie in Rüsselsheim, wo nach einer gut besuchten Bürgerversammlung die Stadtratsmehrheit sofort das Vorhaben gestoppt hat. Das wird überregional überhaupt nicht bekannt. Aber wenige Initiativen sind so weit gekommen. Bürgerentscheide zur Bahn würden eindeutig gegen die Privatisierung ausfallen, aber auf Bundesebene dürfen sie nicht stattfinden.

Parteien sind heute immer ein möglicher, oft notwendiger, aber nie entscheidender Adressat für Proteste. Wie geschildert sind die Parteien einschließlich der Grünen, zumindest auf Bundesebene, programmatisch für Privatisierung. Die alten und die neuen Formen der politischen Korruption und die Austrocknung der Kontrollinstanzen und der Justiz haben das politische System so verändert, dass die entscheidende Aktivität "von unten" und mit einem neuen Typ gemeinschaftlicher Interessenvertretung kommen muss.

Das ist ungemütlich, erfordert viel Arbeit und erscheint erst mal nicht im üblichen Sinne erfolgversprechend. Aber daran geht meiner Meinung nach kein Weg vorbei. Die vorherrschende Praxis der Privatisierung zeigt, dass das bisherige demokratische System im Sinne der Bürgermehrheit gescheitert ist und dass die Gemeinschaft mit dem Kern einer kooperativen Ökonomie neu erfunden werden muss.

Die Mutter aller Krisen

Gespräch mit dem Krisentheoretiker Robert Kurz (Oktober 2008)

Robert Kurz gilt seit seinem Standardwerk *Der Kollaps der Modernisierung"* als einer der profiliertesten Kritiker des derzeitigen Wirtschaftssystems. Anders als viele andere Ökonomen beschäftigte er sich in seinen Analysen nicht mit einem erwünschten Soll-Zustand, sondern mit etwas, das Medien, Politiker und Ökonomen nicht ständig, dafür aber in periodischen Abständen umso stärker beschäftigt: Der Krise.

▶ Herr Kurz, Sie wurden bereits 2002 nach dem Zusammenbruch der *New Economy* für Telepolis interviewt. Was hat sich seitdem verändert?

Robert Kurz: Damals platzte die spezielle Finanzblase des astronomisch überbewerteten Dotcom-Sektors. Der damit verbundene Börsenplatz des "Neuen Markts" wurde liquidiert, und das führte zu einem allgemeinen Aktiencrash. Weil sich aufgrund dieses Aderlasses das Recycling von Finanzblasen-Geld in die so genannte Realwirtschaft (Investitionen, Bau, Konsum) entsprechend verminderte, gab es eine kurze Rezessions- bzw. Stagnationsphase der Weltkonjunktur. Aufgefangen wurde diese Teilkrise durch einen Zinssenkungs-Wettlauf der Notenbanken, vor allem durch die Dollarschwemme unter der Ägide von Alan

Greenspan.

Auf diese Weise entstand eine neue, noch viel größere Finanzblase, nämlich die berühmte Immobilienblase in den USA und in Teilen Europas sowie Asiens. Weil die Preise für Immobilien aller Art extrem stiegen, konnten die Häuser und Wohnungen mit Hypothekenkrediten beliehen werden, die in weit größerem Umfang als die vorherigen Finanzblasen Konsum und Investitionen befeuerten. Davon wurde eine globale Defizitkonjunktur genährt, die den pazifischen Defizitkreislauf einseitiger asiatischer Exporte (als Teil transnationaler Konzernstrategien) in die USA stark erweiterte und auf der das chinesische und das indische "Wachstumswunder" wesentlich beruht.

Seit 2005 wurde davon auch die europäische Exportkonjunktur mitgenommen, nicht zuletzt der deutsche Maschinenbau. Die Aktien-Indizes stiegen weltweit fast wieder auf die alten Höchststände. Für ein positivistisches Denken, das immer nur zusammenhanglose "Tatsachen" hochrechnet, schien sich schon eine neue Ära der Prosperität zu eröffnen bis weit ins 21. Jahrhundert hinein. Jetzt ist im Unterschied zu 2002 nicht bloß eine spezielle Blase geplatzt. Die Hypothekenkrise hat sich auf das gesamte Banken- und Kreditsystem ausgeweitet und die weitere Umschuldung des in Jahrzehnten aufgehäuften globalen Schuldengebirges grundsätzlich in Frage gestellt. Das ist viel dramatischer als der damalige Zusammenbruch des New-

Economy-Segments. Deshalb werden auch die Rückwirkungen auf die Weltkonjunktur entsprechend drastischer ausfallen und der Absturz der Aktienkurse wird sich nicht mehr so leicht in eine neue lange Aufwärtsbewegung umkehren lassen.

▶ Vielfach wird der Vorwurf erhoben, einzelne böse Manager mit ihrer Habgier und sonstigen Charakterfehlern hätten die weltweite Krise am Finanzmarkt verschuldet. Andere meinen, die Krise hätte strukturelle Ursachen, die mit der steigenden Schwierigkeit der Verwertung des Kapitals zusammenhängen. Können Sie Ihre Ansicht über die gegenwärtige Finanzkrise erklären?

Robert Kurz: Die Suche nach subjektiv Schuldigen ist die bevorzugte Art und Weise kapitalistischer Vernunft, auf objektive Krisen zu reagieren, weil das Selbstzweck-System der "Verwertung des Werts" und die davon bestimmten Daseinsbedingungen die historische Grundlage dieser Vernunft bilden und für sie als "naturgegeben" erscheinen. Die Widersprüche werden auf die individuelle "Ethik" abgeschoben. Daran knüpfen sich ideologische Traditionen, etwa der Antiamerikanismus und der Antisemitismus.

"Es geht um die Verwertungslogik selbst"

Die Krise wird dabei auf angebliche negative Eigenschaften von "Kulturen" oder Kollektivsubjekten zurückgeführt. Aber auch diejenigen, die von "strukturellen Ursachen" reden, sind davon oft nicht unberührt. Denn mit "Struktur" oder "System" ist in der Regel

nicht der Kapitalismus als solcher gemeint, sondern nur ein bestimmtes "Modell", eine bestimmte Moderations- oder Regulationsweise des blind vorausgesetzten kapitalistischen Formzusammenhangs. Deshalb wird gegenwärtig etwa ein "angelsächsisches Modell" für die Krise verantwortlich gemacht. Aber es geht hier nicht um ein "Modell", das auf denselben Grundlagen durch ein anderes ersetzt werden könnte, sondern um die Verwertungslogik selbst, egal unter welcher Regulationsweise oder "Wirtschaftspolitik".

Laut Marx ist die "Substanz" von Wert und Verwertung (Mehrwert) die Verausgabung abstrakter menschlicher Energie in dieser gesellschaftlichen Form. Arbeitskraft kann aber nur auf der jeweiligen Höhe des von der Konkurrenz gesetzten Produktivitätsstandards angewendet werden. Darin liegt ein systemischer Selbstwiderspruch, der auf wachsender historischer Stufenleiter in Erscheinung tritt. Je höher die Produktivkraft durch Verwissenschaftlichung, desto geringer die Wertsubstanz der einzelnen Ware und desto größer die Vorauskosten der Produktion. Die Bewegung dieses Widerspruchs führt dazu, dass die Märkte unaufhörlich wachsen müssen und die Verwertung immer stärker vom Kredit als Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert abhängig wird.

In der 3. industriellen Revolution der Mikroelektronik kulminiert dieser Widerspruch. Wachstum geht nur noch durch wachsende Verschuldung auf allen Ebenen, also durch einen immer größeren

Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert, der real nicht mehr eingelöst werden kann, weil die Produktivitätssteigerung die Wertsubstanz aushöhlt. Bereits in den 80er Jahren begann sich der "Finanzüberbau" von der realen Mehrwertproduktion zu entkoppeln. Globale Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Prekarisierung einerseits und die Expansion von "fiktivem Kapital" andererseits bildeten die Kehrseite derselben Medaille.

Seit den 90er Jahren begann der Prozess eines Recyclings von Finanzblasen-Kapital in die Realökonomie. Produktion und Konsum wurden immer weniger von realen Profiten und Löhnen getragen, sondern zunehmend von Einkommen aus fiktiven Wertsteigerungen auf der Zirkulationsebene (Kaufen und Verkaufen von Finanztiteln). Das erzeugte die optische Täuschung von konjunkturellen Aufschwüngen, die jedes Mal mit der Aufblähung von Finanzblasen einhergingen. Die gesellschaftliche Spaltung in scheinbar grenzenlos wachsenden "abstrakten Reichtum" und prekarisierte Massenarmut fand vor diesem Hintergrund statt. Die dichte Kette von Finanzkrisen seit Ende der 80er Jahre war ein Hinweis auf den kapitalistisch unproduktiven Charakter dieser Entwicklung.

"Akt der Verzweiflung"

Mit der jetzigen neuen Qualität der Finanzkrise wird auch in dieser Hinsicht ein Kulminationspunkt erreicht. Die sich vollziehende

"Kernschmelze" des Kreditsystems erschwert das Aufblähen von neuen Finanzblasen oder macht sie ganz unmöglich. Die neue Geldschwemme der Notenbanken füttert nicht mehr indirekt die Konjunktur, sondern verwaltet nur noch die Konkursmasse der Finanzblasen-Ökonomie.

▶ Das Platzen der Immobilienblase war eine Krise, die bereits lange Zeit von einigen Wirtschaftswissenschaftlern vorausgesehen wurde. Nachdem die Politik über Jahre Bedenken gegen spekulative Geschäfte ignoriert hat, gibt sie sich nun überrascht,. Ist das Naivität oder steckt hier Strategie dahinter?

Robert Kurz: Jene jetzt herumgereichten Ökonomen der "Kassandra-Fraktion" haben zwar auf die Krisenpotenz der Immobilienblase aufmerksam gemacht, aber darin nur eine oberflächliche "Fehlentwicklung" oder einen "Auswuchs" gesehen, ohne den inneren Zusammenhang mit der schwindenden Basis der realen Verwertung und der Defizitkonjunktur zu erkennen. Deshalb gehen sie auch davon aus, dass das Platzen dieser Blase nur zu einer vorübergehenden Delle in der Weltkonjunktur führen wird und es danach munter auf ein Neues gehen kann. Die politische Klasse war in den letzten Jahrzehnten weltweit und parteiübergreifend mit fliegenden Fahnen zum Neoliberalismus und dessen Deregulierungs-Postulat übergegangen, gerade weil dadurch die schon damals sichtbar werdenden Schranken der Kapitalverwertung scheinbar überlistet werden konnten.

Die aktuelle Kehrtwende mit ihren bizarren Zügen einer wundersamen Wandlung von Hardcore-Neoliberalen zu Staatskapitalisten ist eher als Akt der Verzweiflung zu werten. Wie schon die neoliberale Wende eine blinde Flucht nach vorn war, so ist es diese Umkehrung erst recht. Das hat weder mit Naivität noch mit einer großen Strategie zu tun, sondern mit der strukturellen Ausweglosigkeit der kapitalistischen Institutionen, die dennoch für die ökonomischen und politischen Eliten als einzig mögliche Form von Gesellschaftlichkeit erscheinen.

▶ Peer Steinbrück hat einen so genannten 8-Punkte-Plan zur Beseitigung des Bank-Unheils vorgelegt. Was halten Sie von seinen Vorschlägen?

Robert Kurz: Dieser optimistisch so genannte Plan ist ein hilfloses Quatschprogramm und sowieso schon nach wenigen Tagen Makulatur. Er enthielt nur ebenso banale wie wohlfeile Forderungen nach "mehr Transparenz" der Bankgeschäfte, völlig unbestimmte Überlegungen zur Re-Regulierung und das populistische Anwamsen an den Volkszorn gegen "zu hohe Managergehälter" als bloßes Ablenkungsmanöver.

Was bei Steinbrück nur verschämt angedeutet wird, scheint jetzt aber beim G-7-Gipfel an Klarheit zu gewinnen: nämlich die allgemeine Staatsgarantie, die weitgehende Verstaatlichung der Banken und der Übergang zur "kreativen Buchführung" (Änderung

der Bilanzierungsregeln). Das ist dieselbe Masche wie bei den "kreativen" Änderungen der Arbeitslosenstatistik und der Inflationserhebung. Damit wird aber nichts bewältigt, sondern das Problem nur auf die Staatsebene gehoben. Die Masse der faulen Kredite lässt sich aber nicht so leicht kaschieren wie die Sozialstatistik.

▶ Nachdem der Staat beim Existenzminimum für Hartz-IV-Empfänger knausert, hat er nun zum Erhalt von Banken auf einmal Milliardensummen übrig. Woher kommt das?

Robert Kurz: Er hat diese Summen gar nicht übrig. Nur ist er eben nicht bereit, für die Existenz von "überflüssigen" Menschen zu nach kapitalistischen Kriterien abenteuerlichen Finanzierungsmethoden zu greifen, für den Erhalt des Finanzsystems dagegen schon. Die nicht vorhandenen Summen (Billionen, nicht Milliarden) müssen, das ist die eine Möglichkeit, auf den globalen Finanzmärkten durch zusätzliche Anleihen beschafft werden, was aber unter den neuen Bedingungen schwierig werden dürfte.

"Galoppierende Inflationierung"

Der Staat müsste hohe Zinsen zahlen, was das allgemeine Zinsniveau nach oben treibt und die Zinssenkungspolitik der Notenbanken konterkariert, oder er müsste die Steuern drastisch erhöhen. Beides würde der ohnehin abstürzenden Konjunktur vollends den Garaus machen. Die andere Möglichkeit besteht darin,

dass die Notenbanken dem Staat einfach aus dem Nichts geschöpftes Geld ohne als Sicherheit hinterlegten Gegenwert direkt überweisen; womöglich auch den strauchelnden Konzernen, um die Weltwirtschaftskrise hinauszuzögern. Das hieße also, die institutionellen Schranken der Geldschöpfung zu liquidieren und direkt zur Notenpresse zu greifen wie in der Kriegswirtschaft des 1. Weltkriegs. Das bedeutet nichts anderes, als dasselbe Mittel, das jetzt als Ursache der Finanzkrise beklagt wird, umso hemmungsloser und in einer neuen Dimension anzuwenden.

Das Resultat wäre die galoppierende Inflationierung, die sich jetzt schon leise andeutet. Wenn ein Kaffee sagen wir 30 Euro kostet, führt sich ein so induziertes Wachstum ad absurdum, während gleichzeitig sämtliche Spargelder wertlos werden. Die momentan als "vertrauensbildende Maßnahme" verkaufte Staatsgarantie könnte schnell ins Gegenteil umschlagen, wenn die Modalitäten der Finanzierungsfrage konkret werden. Ironischerweise wendet sich so der bisherige Finanzierbarkeitsterror der antisozialen Krisenverwaltung gegen das kapitalistische System selbst.

Sozialisierung der Verluste, Lafontaine und Attac

▶ Trügt der Eindruck, als würden nun, nachdem jahrelang die Gewinne, die durch Spekulation zu holen waren, in private Taschen geflossen sind, die Verluste sozialisiert und vielleicht sogar mit den staatlichen Hilfspaketen den Verursachern der Krise und

Gewinnabgreifern erneut Unsummen von Geld in den Rachen geworfen?

Robert Kurz: Im Kapitalismus werden schon immer die Gewinne privatisiert und in der Krise die Verluste sozialisiert, das gehört zum System und ist nichts Neues. Und schon immer war die Spekulation nicht die Ursache der Krise, sondern die Folge mangelnder realer Verwertungsmöglichkeiten, die sich schließlich in der Krise niederschlagen. Das populäre Ressentiment gegen die "Finanzhaie" hat nichts mit emanzipatorischer Kritik zu tun, sondern entspringt dem falschen Urvertrauen in einen "gesunden" Kapitalismus, der gerade die Krisen hervorbringt.

"Ehrbar" ist in dieser Gesellschaft das Gewinnabgreifen schlechthin; jeder grundanständige Mittelständler ist ein Gewinnabgreifer, ganz zu schweigen von den Betreibern der Billiglohn-Klitschen. Dieses Gewinnabgreifen ist noch nicht einmal ein subjektives Willensverhältnis, sondern eine objektive Systemnotwendigkeit; die Manager stellen nur deren Funktionäre dar. Wenn das allgemeine Volksvorurteil angesichts der Finanzkrise bloß die Banker als windige Gewinnabgreifer denunziert, muss es selber als Mentalität von willigen Arbeitstieren denunziert werden, die sich nach "normalen", "seriösen" Gewinnabgreifern sehnen. Im übrigen lebte ja das scheinbar "reguläre", "realökonomische" Gewinnabgreifen der defizitären Export- und Dienstleistungskonjunktur in den letzten Jahren gerade vom "deficit spending" der Finanzblasen-

Ökonomie.

Die Liebhaber des "anständigen" Kapitalismus sollten eigentlich dankbar sein, dass ihnen die Spekulation auf diese Weise noch eine Galgenfrist beschert hat, denn sonst wäre die "Mutter aller Krisen" schon viel früher gekommen. Allerdings hat diese Krise eine Dimension angenommen, die das Sozialisieren der Verluste selber prekär macht. Wenn der Staat das Kommando übernimmt, werden die Banker faktisch seine Angestellten, und die Unsummen werden nicht Ackermann und Co. in den Rachen, sondern in das schwarze Loch der globalen Konkursverwaltung geworfen.

▶ Gibt es Ihrer Meinung nach überhaupt einen Politiker welt- und bundesweit, der richtige Maßnahmen erwägt?

Robert Kurz: Soll ich jetzt "Obama" sagen? Der wird wahrscheinlich den Schlamassel in den USA ausbaden müssen und hat Chancen auf eine "schwarze" Sündenbock-Karriere, weil sich seine reichlich inhaltsarme und bloß medienwirksame "Change"-Kampagne als völlig hohl entpuppen muss. Da hilft kein Charisma mehr. Die so genannte Politik ist einfach die Form der Menschen- und Systemverwaltung als andere Seite des Kapitalverhältnisses. Wer in die Politik geht, hat den Löffel der "Gestaltung" schon an die systemischen Kriterien, an die fetischistische Matrix der Verwertung des Werts abgegeben. Deshalb kommt auch die politische Linke immer wieder im Kapitalismus "an". Die Politik

kann nur die klaffenden Widersprüche verwalten und Löcher nur stopfen, um neue aufzureißen. Pech, dass unter den gegebenen Umständen das politische Ohr am Puls der Demoskopie keine Chance erlauscht, sondern eher die dumpfe Drohung von völkischen Aufwallungen eines Massenbewusstseins, das nach Opfern sucht, wenn den betulichen Normalos die kapitalistischen Daseinsbedingungen unterm Hintern weggezogen werden.

▶ Man behauptet heutzutage, seinerzeit hätte die Koalition aus SPD und Grünen erst die Grundsteine dafür gelegt, dass die Finanzkrise bis auf Deutschland durchschlägt. Ist da etwas dran? Wenn damals ein Finanzminister Oskar Lafontaine seine Politik hätte erfolgreich durchsetzen können, würde es in Deutschland besser aussehen?

Robert Kurz: Es gibt eine bruchlose Kontinuität der neoliberalen Wende von der Kohl-Administration über Rot-Grün unter Schröder bis zur jetzigen großen Merkel-Koalition. Zwischentöne sind da nur Krampf; kosmetische Modifikationen aufgrund der unterschiedlichen ideologischen Färbungen waren unwesentlich. Selbstverständlich hat Rot-Grün die Weichen mitgestellt für die Entwicklung, die zur heutigen Krise führen musste, etwa durch Steuerbegünstigungen für das "große Fressen" der Übernahme-Schlachten. Das war nur die Kehrseite von Hartz IV. Rot-Grün folgte damit aber nicht nur dem neoliberalen Mainstream, sondern auch der objektiven Dynamik des kapitalistischen Krisenprozesses.

"Lafontaine ist ein Nostalgiker des nationalen Keynesianismus"

Nach dem Ende der fordistischen Prosperität und dem Scheitern der keynesianischen Regulation an der inflationären Entwicklung Anfang der 80er Jahre konnte weiteres Wachstum nur noch durch die Expansion des "fiktiven Kapitals" simuliert werden, die von der neoliberalen Deregulierung exekutiert wurde. Rot-Grün war eine kapitalistische Regierung, was sonst? Als solche konnte sie nur den bodenlos gewordenen Verwertungsbedingungen im Rahmen der Globalisierung Rechnung tragen. Lafontaine und seine Gefolgsleute sind keine Kapitalismuskritiker, sondern Nostalgiker des nationalen Keynesianismus, der längst nicht mehr tragfähig ist. Als Regierungspolitik wäre das schon damals gescheitert.

Die Beschwörung des "Modells Deutschland", das sich vom Weltkapital abkoppeln könnte, ist nicht nur eine Illusion, sondern im Kern nationalistisch und reaktionär. Solche Töne sind jetzt auch von Merkel und Steinbrück zu hören, die so tun, als wäre das Übel aus den USA über die unschuldigen und soliden Deutschen gekommen, die in Wirklichkeit von Anfang an kräftig mitgemischt haben bis zu den selber "gierigen" Jedermann-Kleinspekulanten, die sich jetzt mehr denn je als die Geprellten gerieren. Das Lafontaine-Programm ist nur demoskopisch und "stimmungsmäßig" wirksam, solange es nicht als Regierungspolitik praktisch werden muss. Wo sich die Linkspartei an

Landesregierungen beteiligt (Berlin), trägt sie die sozialen Restriktionen als "Sachzwänge" mit. Deshalb gibt es dort wie einst bei den Grünen eine Realo-Fraktion, die Lafontaine als Bauernfänger eindämmen möchte, um regierungsfähig zu werden. Das ist bei einer weiteren Verschärfung der Krise gar nicht so unwahrscheinlich. Auf der Welle des urplötzlich hereingebrochenen "pragmatischen" Staatskapitalismus könnten linke Realos reiten, die schnell hoffähig werden, wenn sie als Schülermitverwaltung der Krise die Legitimation liefern.

▶ Attac wird in der Öffentlichkeit als Forum für die schärfste Kritik am neoliberalen Finanzkapitalismus wahrgenommen. Was halten Sie davon analytisch und praktisch?

Robert Kurz: Die Kritik von Attac ist nicht scharf, sondern stumpf und war schon immer ähnlich wie die Lafontaine-Ideen auf keynesianische Nostalgie geeicht. Eine isolierte Kritik des Neoliberalismus taugt nichts, weil sie nicht den inneren Zusammenhang der neoliberalen Wende mit den Grenzen der realen Kapitalverwertung analysiert, sondern diese Doktrin bloß zur "falschen" Wirtschaftspolitik erklärt, die durch eine Art Putsch durchgesetzt worden sei. Wenn jetzt die kapitalistischen Eliten den Neoliberalismus genauso hektisch über Bord werfen wie einst den Keynesianismus, zeigt sich daran nur, dass der Kapitalismus nicht identisch ist mit einer bestimmten Regulationsweise.

"Struktureller Antisemitismus"

Erst recht taugt eine isolierte Kritik des Finanzkapitalismus nichts, weil sie das Verhältnis von Realökonomie und Finanzüberbau auf den Kopf stellt und die Spekulation für eine Krise verantwortlich macht, die ihren Ursprung eben in der Verwertungslogik selbst hat. Auch Attac wollte nie etwas anderes als einen "guten" Arbeitsplatz-Kapitalismus. Es ist längst kritisiert worden, dass diese Art "Kapitalismuskritik" reaktionär ist und bewusst oder unbewusst, gewollt oder ungewollt einen "strukturellen Antisemitismus" enthält, weil sie nicht die Grundlagen des Kapitalismus angreift, sondern bloß das Volksvorurteil vom "raffenden Kapital" bedient, das für alle sozialen Übel verantwortlich gemacht wird und schon seit 200 Jahren mit den Juden in Verbindung gebracht wird.

Die Verteidigung von Attac gegen diesen Vorwurf war immer bestenfalls halbherzig und zweideutig. Deshalb gab und gibt es im Dunstkreis von Attac auch Sympathien mit dem Judenfresser Ahmadinedschad, der zur "antiimperialistischen" Lichtgestalt stilisiert wurde und soeben öffentlich eine "jüdische Weltverschwörung" zur Ursache der Finanzkrise erklärt hat. Aktuell scheint sich Attac bloß bestätigt zu fühlen, statt zu realisieren, welche Geister durch die isolierte Kritik der Spekulation geweckt werden. Wenn Attac jetzt mit der großen Finanzkrise, dem Ende des Neoliberalismus und dem Übergang zur Re-Regulierung und Verstaatlichung von Banken seine Blütenträume reifen sieht und

mit Arbeitsminister Scholz auf eine Rückkehr des keynesianischen Sozialstaats hofft, kann sich diese Option nur in kürzester Zeit blamieren. In Wirklichkeit wird der Kapitalismus auf seine realen Verwertungsbedingungen reduziert.

Als Folge ist eine globale Depression absehbar, nicht die Rückkehr zum "reellen" Wachstum nach den "Verirrungen". Der neue Staatskapitalismus wird ein hässliches Gesicht zeigen und die repressive Krisenverwaltung dramatisch verschärfen. Vielleicht erscheint selbst Hartz IV im Rückblick noch als relativ gemütlich. Was dann? Muss Attac schließlich die Rückkehr der Finanzblasen-Ökonomie fordern, weil es unfähig ist, die kapitalistischen Daseinsbedingungen als solche in Frage zu stellen? Oder löst man sich in einen massenideologischen Strudel auf, der die schlimmsten Befürchtungen bestätigt? Oder hilft nur noch Beten, nachdem wir immerhin Papst geworden sind?

▶ Was folgt auf diese vernichtenden Krise?

Robert Kurz: Von einer "vernichtenden" Krise zu sprechen, steht in einem eigenartigen Missverhältnis zu der Frage, was "danach" kommt. Das linke Urvertrauen in die Regenerationsfähigkeit des Kapitalismus entspricht nur noch den Kommentaren in der Wirtschaftspresse, die auch schon vom "Kapitalismus danach" sprechen, während sich das wahre Ausmaß der Krise erst zu enthüllen beginnt. Natürlich wird es z.B. technische Reaktionen der

Börsen nach oben geben, vielleicht genährt von kurzfristigen Hoffnungen auf ein Greifen der staatlichen Maßnahmenpakete. Aber die Dynamik des Krisenprozesses ist nicht mehr auf ein früheres Niveau zurückzudrehen, wenn nicht neue reale Verwertungspotentiale entstehen, die nirgends in Sicht sind.

Jede temporäre Stabilisierung kann nur den nächsten, umso heftigeren Krisenschub vorbereiten. Erforderlich wäre eine autonome soziale Gegenbewegung jenseits des nationalen Rahmens, die sich die Lebensinteressen nicht von den Krisenverwaltern ausreden lässt, und die jede soziale, geschlechtliche, ethnische oder "rassische" Ausgrenzung radikal negiert. Die ist aber ebenso wenig in Sicht wie neue Verwertungspotentiale. Also kann man nur sagen, dass sich die gesellschaftliche Desintegration auch in den kapitalistischen Zentren einschließlich der "unschuldigen" BRD in einem bisher nicht vorstellbaren Maße fortsetzen wird.

Privatisierung als Ursache der Finanzkatastrophe

Gespräch mit Werner Rügemer über Cross Border Leasing (Oktober 2008)

Cross Border Leasing wurde lange Zeit als sicheres und einfaches Mittel zur kommunalen Haushaltssanierung empfohlen. In der Krise entpuppt es sich als hochspekulatives Finanzsystem, welches die Städte nun teuer zu stehen kommt. Ein Gespräch mit dem Privatisierungsexperten Werner Rügemer

▶ Herr Rügemer, können Sie uns zum Anfang erklären, worum es sich bei Cross Border Leasing handelt, bzw. erläutern, wie Cross Border Leasing offiziell sein soll und wie es in der Realität funktioniert?

Werner Rügemer: Zunächst einmal ist Cross Border Leasing eines dieser modernen strukturierten Finanzprodukte. Es ist ein Finanzprodukt, das ähnliche Merkmale hat, wie die sogenannten faulen Hypothekenkredite in den Vereinigten Staaten, wo Kredite an Häuslebauer zu Zehntausenden gebündelt worden und dann zu einem spekulativen Finanzprodukt gemacht worden sind. Diese sind wieder und wieder verkauft worden, wobei die Käufer, nämlich andere Banken zum Kauf solcher Kreditbündel wiederum bei anderen Banken Kredite aufnehmen mussten usw.. Ein solches

Finanzprodukt ist auch Cross Border Leasing. D.h. es ist viel komplizierter als es in der Öffentlichkeit dargestellt worden ist. In der Zeit bis 2004 hat man in Europa etwa siebenhundert, davon allein in Deutschland etwa zweihundert solcher Verträge abgeschlossen.

Barwertvorteil

Offiziell ist das wie folgt vorgestellt worden: Eine Stadt verkauft für 30 Jahre Teile ihrer Infrastruktur - ihre Kanalisation, ihr Schienennetz, ihr Wasserleitungssystem, auch Schulen etc. - an einen amerikanischen Investor, mietet sie für den gleichen Zeitraum und kauft sie nach 30 Jahren wieder zurück. Die Stadt macht das, weil der Investor in den USA einen erheblichen Steuervorteil für diese so genannten steuerbegünstigten Auslandsinvestition bekommt und weil der Investor von diesem großen Steuervorteil, der über 30 Jahre fließen soll, der Kommune einen kleinen Teil abgibt. Das ist der sogenannte Barwertvorteil: Eine einmalige Cash-Zahlung in Höhe etwa von vier Prozent der Kaufsumme. Geworben wurde damit, dass die Städte durch diese sogenannte "leichten Unterschrift" unter einem Vertrag ein bis zweistellige Millionenbeträge in die Haushaltskasse bekommen und ihre überschuldeten Haushalte somit ein wenig entlasten konnten.

▶ Und wie sieht hiervon die Realität aus?

Werner Rügemer: Die Realität sieht so aus, dass die eigentlichen Akteure und Profiteure, insgesamt fünf Banken sind. Das hängt mit einer Finanzpraktik zusammen, die heutzutage üblich ist, also nicht nur in diesem Fall, sondern auch von den sogenannten Heuschrecken, den Private Enquity Fonds betrieben wird. Der Investor hat erst einmal nur geringes Eigenkapital und muss sich den größten Teil der Kaufsumme, etwa 85 Prozent, von Banken leihen. Da geht es um große Summen.

Eine mittlere Stadt wie Recklinghausen verkauft z.B. ihre Kanalisation für 400 bis 500 Millionen Dollar und Großstädte wie Köln oder Leipzig für ein bis zwei Milliarden. Also leiht sich der Investor den größten Teil von Darlehensbanken und diese rechnen damit, dass sie für diesen Riesenkredit auch 30 Jahre ordentlich Geld bekommen. Die Stadt durfte aber nur den sogenannten Barwertvorteil von vier Prozent der Kaufsumme behalten. Die restlichen sechsundneunzig Prozent wurden an weitere drei Banken durchgereicht. Zwei Banken heißen Schuldübernahmebanken, welche die Aufgabe haben, mit diesem Teil des Kaufpreises, der ihnen überlassen worden ist, 30 Jahre lang im Namen der Stadt die Leasing-Rate zu bezahlen, damit diese ihre Anlage auch weiter benutzen kann.

Abwegige Sicherheitsmaßnahmen

Dann gibt es noch eine dritte, eine sogenannte Depotbank, welche

ebenfalls einen Teil dieser Kaufsumme zur Verwaltung bekommen hat. Diese soll den Rückkaufpreis nach dreißig Jahren bereit stellen und an den Investor auszahlen. D.h. die eigentlichen Profiteure dieses über 30 Jahre währenden globalen Geldkreislaufs sind diese drei Banken: Die Darlehensbanken, die für diesen Zeitraum Zinsen kassieren, ohne viel dafür tun zu müssen und vor allem die drei treuhänderischen Banken, die für die Stadt diese Riesensumme bekommen und mit dieser frei wirtschaften können. Diese können also mit diesem enormen Betrag andere Banken aufkaufen, andere Darlehen vergeben und so weiter. Das Problem, was hierbei entstehen kann kommt daher, dass der Investor in diesen Verträgen verschiedene Sicherungsmaßnahmen eingebaut hat. Er will ja sicherstellen, dass er seine Leasingraten dreißig Jahre lang pünktlich und vollständig bekommt.

Deswegen ist hier vereinbart worden, wenn das sogenannte Rating, die Bonitätseinsstufung, der drei treuhänderischen Banken auch nur ein bisschen, also z.B. von AAA auf A- absinkt, was noch weit von einer Insolvenz entfernt ist, die Städte diese Banken wechseln müssen. Im Moment müssen mehrere Städte mit neuen Banken verhandeln, welche die Verwaltung dieser Summen übernehmen sollen. Das ist zur Zeit aber schwierig, weil alle Banken Probleme haben und ein Bankenwechsel sehr kompliziert und aufwendig ist: Amerikanische Anwälte müssen die Verträge erst einmal richtig interpretieren, denn sie sind nie ins Deutsche übersetzt worden.

Dann muss der Investor, die Darlehensbanken, die drei Treuhänderbanken und nicht zuletzt die Stadt zustimmen. Das kostet schon eins bis drei Millionen Euro. Dieselbe Prozedur bezieht sich auch auf die Versicherungen, denn die Städte mussten ihre verkaufte Anlagen gegen Beschädigung, Stillstand etc. versichern, weil für den Investor sichergestellt werden muss, dass diese 30 Jahre lang läuft.

Kostspieliger Versicherungswechsel

Über den Wechsel der Versicherung verhandeln im Moment auch einige Dutzend deutsche Städte, denn in den Verträgen war auch festegelegt, wenn das Rating dieser Versicherungen absinkt, die Städte sich ebenfalls neue Versicherungen suchen müssen. Wie es der Zufall will, der weitaus häufigste Versicherer bei deutschen Cross Border Leasing-Geschäften ist der größte Versicherungskonzern der Welt: American International Group (AIG) und dieser war bekanntlich einer der Konkurskandidaten, der nur durch eine Einhundertmilliardendollar-Spritze der amerikanischen Regierung vorläufig gerettet worden ist. Dessen Rating ist selbstverständlich gesunken und jetzt müssen sich mehrere deutsche Städte neue Versicherungen suchen. Ein solcher Versicherungswechsel ist nun erste einmal als solcher teuer, weil wiederum amerikanische Spezialanwälte eingeschaltet werden müssen und zweitens die Versicherungsgebühren zur Zeit steigen.

▶ Also kann man sagen, dass die Probleme mit Cross Border Leasing nicht nur die Folge, sondern tatsächlich auch die Ursache des gegenwärtigen Finanzdebakels sind?

Werner Rügemer: Genau. Das ist das was in der medialen und politischen Öffentlichkeit noch geleugnet wird. In der Öffentlichkeit wird das Problem unter der Fragestellung untersucht, was nun auf die Städte zukommt. Die Städte werden quasi als Opfer der Finanzkrise dargestellt. In Wirklichkeit waren sie Akteure dieser Finanzkrise, weil sie solche Instrumente mit ermöglicht haben, die – genauso wie die faulen amerikanischen Hypothekenkredite - zu dieser Finanzkrise geführt haben. Jetzt stoßen wir aber auf eine weitere Ebene. Diese Cross Border Leasing-Transaktionen sind wie bereits erwähnt ein strukturiertes Finanzprodukt. Das heißt also, kein Investor, der irgendwo einen Dreißigjahres-Vertrag mit irgendeinem Mieter abschließt, wartet, bis der Schuldner in 30 Jahren seine letzte Rate bezahlt hat, sondern verkauft die Verträge - wie bei diesen amerikanischen Hypothekenkrediten – sofort nach Abschluss weiter. D.h. also der Investor, der einen Dreißigjahresvertrag hat, verkauft diesen an eine Bank und genauso verkaufen die beiden Darlehensbanken ihre Zinsforderungen für 30 Jahre an den Investor ebenfalls weiter. All diese Verträge und Forderungen zwischen den etwa sieben Vertragspartnern werden zu einem weiteren Finanzprodukt und weiter verkauft. Dabei ist aber inzwischen ein Problem aufgetaucht:

Denn im Falle, dass dieser Geldfluss an irgendeiner Stelle unterbrochen wird, bricht das Kartenhaus Cross Border Leasing langsam in sich zusammen. Inzwischen haben nämlich in den USA die jeweils zuständigen Finanzämter erkannt, dass es sich bei Cross Border Leasing um "unsaubere Scheingeschäfte" handelt.

▶ Seit wann ist das so?

Werner Rügemer: Die Erkenntnis ist in den USA über die Jahre herangereift. Die erste Station war 2004, als der amerikanische Kongress beschlossen hat, dass solche Verträge nicht mehr steuerlich begünstigt werden. Das hat zunächst keine Konsequenzen für die vor 2004 geschlossenen Verträge gehabt, aber es hat die amerikanischen Finanzämter für diese Scheingeschäfte sensibilisiert.

"Zusätzliches Risiko für die Kommunen"

Mittlerweile haben mehrere Gerichte in den USA die Beurteilung dieser Transaktionen durch die Finanzbehörden als Scheingeschäfte bestätigt. Also wollen die Investoren aus den Verträgen aussteigen.

▶ Was geschieht nun?

Werner Rügemer: Es entsteht ein zusätzliches Risiko für die Kommunen, insofern die Investoren, wenn sie bei ihren deutschen

Vertragspartnern eine Verletzung des Vertrags finden würden, diesen außerordentlich kündigen und mit Schadensersatzforderungen gegenüber den deutschen Städte aussteigen könnten. Das wird den Investoren relativ leicht gemacht, weil sie in den Verträgen ihre Interessen sehr weitgehend haben durchsetzen können. Z.B. wenn es eine deutsche Stadt nicht schafft, innerhalb einer Frist, die meist 90 Tage beträgt, nach dem gesunkenen Rating der beteiligten drei Banken oder des Versicherungsunternehmens einen Ersatz zu finden, wäre das ein außerordentlicher Kündigungsgrund für den Investor. Das wäre für diesen die einfachste und günstigste Weise aus den Verträgen herauszukommen.

▶ Müssen in diesem Fall die Kommunen ihre Infrastruktur wieder zurück kaufen?

Werner Rügemer: Dann würde die Depotbank das bei ihr angelegte Geld, das für den Rückkaufpreis gedacht war, an den Investor zurückzahlen müssen und die Städte hätten ihre Anlagen wieder, wobei wir dann hoffen müssen, dass die Depotbank das Geld gerade zur Verfügung hat.

▶ Was passiert, wenn die Depotbank über diese Summen im Moment nicht verfügt?

Werner Rügemer: Dann bleibt die Stadt zahlungspflichtig und hat zwei Optionen: Entweder die Stadt verliert ihre Kanalisation oder

das jeweilige Bundesland, welches Gewährsträger für die Stadt ist, oder die Bundesrepublik Deutschland muss diesen Cross Border Leasing-Vertrag in ihr großes Rettungspaket aufnehmen.

▶ Dann steht evtl. den Deutschen noch die eine oder andere Überraschung bevor?

Werner Rügemer: Das könnte sein. Die Cross Border Leasing-Verträge stellen noch einmal drauf gesetzte Finanzprodukte dar und jetzt, da der Geldkreislauf versiegt, bricht das Kartenhaus zusammen.

▶ Können Sie mir bitte erklären, wie ein Mensch, der denken kann, in einer Kommune einem Cross Border Leasing-Vertrag zustimmen kann?

Werner Rügemer: Das fragen sich heutzutage zurecht viele Bürger. Bzw. es gab schon zum Zeitpunkt vor dem jeweiligen Vertragsabschluss Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide, die ab und an erfolgreich gewesen sind. Ich kenne zwei (allerdings kleinere) Städte, wo durch Bürgerentscheide ein Vertragsabschluß verhindert werden konnte: Kulmbach und Bergisch-Gladbach. Aber die sogenannten Verantwortlichen, d.h. die Kämmerer, Oberbürgermeister und Mehrheitsfraktionen haben dem zugestimmt. Warum? Es wurde ihnen diese Transaktionen von den Beratern, die als seriös und verlässlich gelten, also sehr häufig der Deutschen Bank oder der Tochtergesellschaft von Daimler

Chrysler, der Daimler Chrysler Financial Services oder der jeweilige Landesbank, der Westdeutschen Landesbank, der Sachsen LB, der Bayern LB, der Nord LB, der Landesbank Baden-Württemberg und sogar auch in manchen Fällen der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau empfohlen. Dies wurde leider einfach geglaubt ohne genauer hinzusehen. Dabei wurden die Verträge aus Kostengründen nicht einmal ins Deutsche übersetzt. Dies hätten aber die Städte verlangen können, denn wenn man Verträge dieser Größenordnung über 30 Jahre laufen hat, kann man sich nicht auf einen Global Player wie Deutsche Bank verlassen, die bekanntlich vor allem ihr eigener Gewinn interessiert. Es wurde einfach nicht auf gleicher Augenhöhe verhandelt, sondern nur naiv geglaubt.

▶ Jetzt ist das Kartenhaus dabei, einzustürzen. Gibt es momentan schon konkrete Beispiele für Cross Border Leasing, wo Kommunen Geld verloren haben oder die Infrastruktur beschädigt wurde?

Werner Rügemer: Nein. So weit geht es zur Zeit nicht. Wir sind in der Phase, wo die Städte rechtlichern Beistand und für den Wechsel von Versicherungen und Banken bezahlen müssen. D.h. allmählich wird der Barwertvorteil aufgezehrt, während man wieder in neue Verhandlungen eintreten und Berater engagieren muss.

Eingriff in Eigentumsrechte

Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass gewisse Risiken schon vor der Finanzkrise eingetreten sind, die zu Kosten geführt haben

und weiter führen werden. Denn die Städte sind durch die Verträge in ihrer Verfügung über ihre Anlagen eingeschränkt. D.h. z.B. hatte man in Stuttgart vor, eine neue Neckarbrücke zu bauen. Hier intervenierte der amerikanische Investor, weil die neue Brücke ein paar Meter über das Gelände des Stuttgarter Klärwerks verlaufen sollte, was dieser gekauft hatte. Dies wurde als Eingriff in sein Eigentum interpretiert. Daraufhin musste die Stadt Stuttgart umplanen, die Brücke wo anders bauen, Zufahrtsstrassen verlegen, was zu Mehrkosten von mehreren Millionen geführt hat. Es gibt auch Fälle, wo öffentliche Verkehrsbetriebe gebrauchte U-Bahnzüge und Straßenbahnen nicht nach Polen weiterverkaufen durften und betriebsbereit im Depot halten mussten, weil der Investor den Geschäften nicht zugestimmt hat.

Ein anderes Beispiel: Die Lutherstadt Wittenberg hat ihre Kanalisation veräußert. Schon früher waren die Kanalisation und die dazu gehörenden Klärwerke überdimensioniert und in der Zwischenzeit sind weitere 15.000 Einwohner abgewandert, jedoch darf die Stadt Wittenberg ihre Kanalisation im Wert nicht verkleinern. Also steigen die Abwassergebühren, weil diese auf immer weniger Einwohner umgelegt werden müssen. Also entstehen auf diesem Wege für die Bürger neue Kosten.

▶ Gibt es für die Städte eigentlich eine legale Handhabe, um aus dem Cross Border Leasing wieder auszusteigen?

Werner Rügemer: Diese Transaktionen sind Instrumente der modernen Finanzwelt, die ja in die Finanzkrise geführt haben. Da wurden dreistellige Millionen- und Milliardenbeträge bewegt, ohne dass irgendein Arbeitsplatz oder eine neue Dienstleistung entstanden ist und es ist auch kein einziger Zentimeter Kanalrohr neu verlegt oder repariert worden. Man muss schon einmal sehen, was das für eine Art Wirtschaft sein soll. Inzwischen wird das in den USA zumindest auf der rechtlichen und steuerlichen, wenn auch noch nicht auf der politischen Ebene erkannt. Ich würde sagen, wenn es sogar schon in den USA Gerichtsurteile gibt, die besagen, dass es sich hier um "unsaubere Scheingeschäfte" (so eine wörtliche Formulierung) dreht und Bußgelder für die Investoren verhängen, müsste man in Deutschland verstehen können, dass hier Verträge gegen Recht und Gesetz abgeschlossen worden sind.

Es ist falsch oder unvollständig beraten worden. Es sind deutsche Vorschriften missachtet worden, etwa die Vorschrift, dass entscheidungsrelevante Unterlagen in deutscher Sprache vorliegen müssen. Das war bei diesen Verträgen nicht der Fall und es gibt weitere Verletzungen von Vorschriften, so dass ich nach all den Erkenntnissen, die wir jetzt über diese geheimen Scheingeschäfte haben, dafür plädieren würde, dem deutschen und europäischen Recht Geltung zu verschaffen und diese Verträge einseitig zu kündigen. Das können wahrscheinlich aber nicht einzelne Städte von sich aus machen, sondern die Bundesregierung müsste sich

mit diesem Thema beschäftigen.

▶ Sehen Sie einen Politiker, der in diese Richtung denkt?

Werner Rügemer: Den sehe ich bislang noch nicht. Aber wenn man in diese Richtung gehen will, muss man gegen das sogenannte Rettungspaket der Bundesregierung zur sogenannten Stabilisierung der Finanzmärkte vorgehen, wo ja überall vermieden wird, die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen und ihre genauen Praktiken darzustellen. Auch müsste man die Praktiken, die gegen einheimisches Recht verstoßen, für unwirksam erklären und nicht staatlicherseits dort auch noch Geld hinein stecken um diese zusammengebrochenen Geldkreisläufe künstlich am Leben zu erhalten. Das Geld, das für diese Art Rettung vorgesehen ist, sollte man den Städten für die Sanierung der Infrastruktur direkt zur Verfügung stellen.

Das Rettungspaket: Blankoscheck für die Banken

▶ Herr Rügemer, man kann nicht gerade behaupten, dass mit dem Rettungspaket der Bundesregierung Ross und Reiter der gegenwärtigen Finanzkrise benannt werden. Haben Sie ein besonders prägnantes Beispiel für eine Institution, die ihre Verantwortung dafür nicht zur Kenntnis nimmt?

Werner Rügemer: Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann hat erklärt, er und seine Bank würden sich schämen, wenn sie

solche staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen würden und es wurde von der medialen Öffentlichkeit mit einer kleinen Empörung zur Kenntnis genommen, dass sich der Herr Ackermann, der doch an diesem Rettungspaket mitgearbeitet hat, sich nun darüber lustig macht. Das zeigt aber, dass man in den Medien gar keine Ahnung hat, wie dieses Rettungspaket wirklich aussieht.

Denn die Deutsche Bank profitiert tatsächlich ganz enorm von solchen staatlichen Geldern: Zum einen im Falle der IKB, der Bank bei der in Deutschland erste Ausläufer der Finanzkrise bereits Mitte 2007 wahrnehmbar waren. Diese Bank hat sich über ihre Briefkastenfirma in Delaware (was ich immer das Liechtenstein der USA nenne) mit verbrieften Hypothekenkrediten in den USA verspekuliert und es war die Deutsche Bank, die als erste gemerkt hat, dass diese IKB in Schwierigkeiten kommt, worauf Herr Ackermann persönlich den Finanzminister zur Hilfe gerufen hat. Warum aber hat die Deutsche Bank dies zuerst gemerkt? Sie war es nämlich selbst, die der IKB diese faulen Hypotheken und verbrieften Spekulationsprodukte verkauft und ihr dafür die Kredite gegeben hat. Diese IKB wurde dann mit Geldern der staatlichen Bank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) mit bisher etwa 10 Milliarden Euro gerettet werden. Das hatte unter anderem Zweck, dass der Deutschen Bank die Kredite zurück gezahlt werden konnten.

▶ Es entbehrt also nicht einer pikanten Note, wenn z.B. Herr

Henkel behauptet, dass gerade die öffentlichen Banken und Banken mit staatlicher Beteiligung wie die IKB am unprofessionellsten gearbeitet hätten?

Werner Rügemer: Der zweitgrößte Aktionär der IKB war zu der Zeit, als sie die Krise herbeigeführt hat und die staatliche KfW noch keine Mehrheitsbeteiligung hatte, die Stiftung Industrieforschung, also eine Tochtergesellschaft des Bundesverbandes der deutschen Industrie und im Aufsichtsrat der IKB saßen Unternehmensvertreter wie z.B. der Chef von Eon, Herr Hartmann. Wie man weiter weltweit sieht, ob es die USA, England, Frankreich oder Holland sind, es müssen die großen Privatbanken ja vor der Pleite gerettet werden und das ganze Rettungspaket richtet sich in Deutschland auch an Privatbanken. Es ist also rein demagogisch, wenn Herr Henkel meint, hier hätten vor allem die staatlichen Banken versagt.

Indirekte Subventionen in Milliardenhöhe

Aber wir waren ja bei Herrn Ackermann: Dieses Spiel wie bei der IKB, wo in der Realität, aber heimlich und hinten rum und vor der Öffentlichkeit abgeschirmt die Deutsche Bank sehr wohl enorme staatliche Hilfe in Anspruch nimmt treibt diese mit viel größeren Aufwand bei einer anderen vor dem Konkurs geretteten Bank, nämlich der Münchener Hypo Real Estate. Die musste auch mit einer Unterstützung von 50 Milliarden gerettet werden, wovon 20

bis 30 Milliarden staatliche Garantien und Zuschüsse sind. Auch diese Bank hat ihre spekulativen Geschäfte über ihre irische Tochtergesellschaft in Dublin wesentlich mit Hilfe von Krediten der Deutschen Bank abgewickelt.

Die Deutsche Bank hat nun auch die Geschäftsführung der Hypo Real Estate übernommen und kann auf diesen Wege dafür sorgen, dass auch hier ihre Interessen bedient werden. Dieses demagogische Spiel des Herrn Ackermann können die Öffentlichkeit und die Medien bisher nicht durchschauen, weil sie nicht wissen, wie die Deutsche Bank wirklich an diesem Rettungspaket partizipiert.

▶ Die Hypothekenkrise in Amerika ist eine der bestangesagtesten Krisen überhaupt gewesen. Seit Jahren ist es klar, dass diese faulen Kredite irgendwann einmal platzen müssen. Bis vor zwei Wochen hat aber die Bundesregierung behauptet, diese Krise hätte keine Auswirkungen auf Deutschland. Nun ist binnen kürzester Zeit ein Rettungspaket von 500 Milliarden Euro geschnürt worden. Kann man da noch an die Naivität unser Politiker glauben oder steckt dahinter eine bewusste Strategie?

Werner Rügemer: Die Banken selbst haben zum einen die absehbaren Verluste nur scheibchenweise und über ein ganzes Jahr verteilt der Öffentlichkeit mitgeteilt und zum anderen wussten wahrscheinlich tatsächlich Bankenvorstände nicht genau, wie viele

Verluste wirklich anstehen, weil das Besondere dieser neuen Finanzprodukte, dieser spekulativen Wertpapiere, die auf der Basis dieser faulen Hypothekenkredite vergeben wurden, ist, dass diese außerbinanziell geführt werden, in sogenannten Zweckgesellschaften, sogenannten "Special Purpose Entities" und zudem noch in der Regel domiziliert in Finanzoasen wie im US-Bundesstaat Delaware oder in Dublin sind, so dass es tatsächlich sein kann, dass hier eine Mischung aus Kalkül und Selbsttäuschung im Spiel war und dass der tatsächliche Umfang der Verluste erst allmählich bekannt geworden ist. Und wir sind ja damit noch gar nicht am Ende.

▶ Werden mit dem Rettungspaket nicht genau jene belohnt, welche die Krise in Gang gesetzt haben?

Werner Rügemer: Ja. Jene, welche diese Rettungspakete in den wichtigen Industrieländern, also USA, England, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Belgien geschnürt haben, gehen alle gleichermaßen so vor, dass die Verursacher der Krise jetzt gleichzeitig die Retter sind. Da wird bis auf wenige Ausnahmen gar kein Personal ausgetauscht. Das beste Beispiel ist in den USA der Finanzminister Henry Paulsen, der in den Anfängen der Krise seinen Posten als Chef der großen amerikanischen Investmentbank Goldman Sachsaufgegeben hat und der jetzt als Chef der Rettungsmannschaft präsentiert wird und der seine Manager aus seiner früheren Goldman Sachs dazugeholt hat. In ähnlicher Weise,

wenn auch nicht so direkt geht es auch in den anderen Staaten zu.

▶ Steckt Kalkül dahinter, wenn Banker erst einmal den Karren gegen die Wand fahren um sich dann vom Staat tüchtig subventionieren zu lassen?

Werner Rügemer: Ja, aber diese Inanspruchnahme großer Staatshilfen, -garantien und –zuschüsse ist gar nicht so neu wie es dem Publikum vorgemacht wird. Ich habe seit zehn Jahren in meinen Veröffentlichungen über die Mechanismen der Privatisierung oder neuerdings von Public Partnership immer wieder darauf hingewiesen, dass die geheime Praxis eine andere ist als die offizielle Ideologie.

Staatliche Gewinngarantien

D.h. bereits Jahre vor Ausbruch der Finanzkrise, etwa bei dem Verkauf der DDR-Betriebe durch die Treuhand oder im Westen beim Verkauf der Wasserwerke in Berlin und in anderen Städten, die aus ihrem Eigentum etwas privatisiert haben, überall steht kleingedruckt in den Verträgen, dass der Staat die Gewinngarantie zu übernehmen hat. Z.B. hat die Treuhandanstalt, die von 1990 bis 1994 arbeitete, zwar einige Zehntausend ehemalige DDR-Betriebe verkauft und privatisiert, aber sie betrieb dies in einer Weise, dass letztendlich die damit verbundenen staatlichen Subventionen sehr viel höher waren als der Verkaufspreis. D.h. am Ende der vierjährigen Tätigkeit der Treuhandanstalt hatte sie die Betriebe

und die dazu gehörenden Immobilien verkauft, aber sie hatte am Ende auch 270 Milliarden Schulden! Das muss man erste einmal können, dass man etwas verkauft und hinterher trotzdem enorme Schulden hat. Möglicherweise ist das ein besonders krasses Beispiel, aber auf verschiedenen Wegen haben es die Befürworter der Privatisierung (und diese sind im wesentlichen auch die Akteure welche die Finanzkrise verursacht haben) geschafft, dass im Kleingedruckten staatliche Garantien für ihre Gewinne festgeschrieben worden sind. Dies ist wahrscheinlich auch der Hauptgrund, weswegen diese Verträge bis zum heutigen Tag geheim bleiben. Also ist das Phänomen, dass die Banker und Finanzakteure nach dem Staat rufen, nicht so neu, sie tun es jetzt nur direkter und öffentlich, aber der Staat als Garant der Gewinne ist ein grundlegendes Element des neoliberalen Wirtschaftens, welches seit etwa 20 Jahren die Welt beherrscht.

▶ Hat es in diesem Zeitraum die staatliche Unterstützung zugenommen?

Werner Rügemer: Ja. In diesen zwei Jahrzehnten hat die Finanz- und Bankenbranche weiter heftig in allen möglichen Staaten Lobbyarbeit betrieben und es durchgesetzt, dass die Praktiken die vorerst in den USA entwickelt worden sind, wie etwa die Zulässigkeit von Hedge Fonds und die steuerbegünstigte Tätigkeiten von Private Equitiy fonds auch in Deutschland, Frankreich, England, Italien zugelassen worden sind und damit

haben sich diese Aktivitäten auch verstärkt. In Deutschland sind dann auch solche Praktiken, die ganz eng mit den Ursachen der gegenwärtigen Finanzkrise zusammen hängen, nämlich z.B. gezielt sogenannte Zweckgesellschaften in Finanzoasen zu gründen, in die man riskante Transaktionen und Spekulationen auslagert um sie nicht in den Bilanzen führen zu müssen, mit übernommen worden.

Erpressung des Staates

Insofern ist klar, dass in den letzten 20 Jahren diese Art Wirtschaft noch weiterzugenommen hat. Und mit Beginn der neoliberalen Ökonomie ist der Umstand, dass sich in der sogenannten freien Wirtschaft die Banken unter der Hand immer auf ihren Staat verlassen konnten, eine Gewohnheit geworden. So konnten die Akteure dieser Krise mit dem Bewusstsein arbeiten, dass wenn es schlimm kommen sollte, rettet uns der Staat, denn der gibt uns jetzt schon im Geheimen diese Gewinngarantien.

▶ Ist es ihrer Meinung nach wahr, dass die Politik machtlos wird, da sie ja im Sinne der Wirtschaft durchaus sehr machtvoll agieren kann?

Werner Rügemer: Wie man bei den irrsinnig hohen Summen für das Rettungspaket sieht, kann dieser völlig überschuldete Staat plötzlich dreistellige Milliardensummen herbeizaubern, wo vorher in den Parlamenten und Kommunen um jeden Cent gerungen wurde. Dies tut der Staat aber nicht aufgrund seiner machtvollen

Position. Und er tut es auch nicht, wenn die Bevölkerung gleichfalls unter einer Finanzkrise leidet. Schließlich gibt es Hunderttausende Menschen in Deutschland, die nicht mehr so viel Geld haben, dass sie ordentlich essen können, die hungern und es gibt Millionen von Haushalten, die völlig überschuldet sind, aber diesen Rufen ist der Staat nicht gefolgt. Sondern der Staat springt dann ein, wenn er von den Banken mit der Behauptung erpresst wird, würde man sie nicht retten, müsse die Realwirtschaft Pleite gehen.

▶ Was halten Sie denn von der Ansage, dass der Kollaps einer Bank gravierende Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat?

Werner Rügemer: Ich glaube, da ist mehr Angstmache dabei als Realität. Aber in einem gewissen Sinne stimmt sie auch, weil eben gerade in den zwei Jahrzehnten die Unternehmen, vor allem große Konzerne immer mehr dazu übergegangen sind, nur noch auf Kredit hin überhaupt arbeiten zu können. Die Wirtschaft ist also immens kreditabhängig geworden, das ist schon richtig. Aber wenn man tatsächlich das Hauptziel hätte, die Produktion der Realwirtschaft aufrecht zu erhalten, dann würde der Staat seine knappen Mittel nicht den Banken zur Verfügung stellen, die ja ohnehin z. Zt. die Realwirtschaft kaum tangieren. Die ganze Finanzkrise ist ja gerade deshalb entstanden, weil sich die Banken gegenseitig nur selbst und nicht genug die Realwirtschaft repräsentiert haben. Das Wesentliche wäre also heute, wenn der Staat schon Geld ausgibt, dass er diese Garantien und Zuschüsse,

die er nun für die Banken hergeben will, in die Realwirtschaft pumpen würde. Das wäre ein rationaler Rettungsplan, den wir auch brauchen.

▶ Hat der Staat eigentlich die 500 Milliarden Euro?

Werner Rügemer: Nein, der hat sie nicht. Aber zunächst einmal muss man sich vergegenwärtigen, was das für eine Absurdität ist: Dieser Staat, der jetzt den Banken Geld in verschiedener Form, sei es durch Garantien oder direkte Zuschüsse und Beteiligungen, zur Verfügung stellen will, ist ja selbst bei den gleichen Banken mit einem ungleich größeren Betrag verschuldet! Und für einen Teil dieser Zuschüsse, die der Staat den Banken geben will, müsste er sich selber bei ihnen wieder verschulden. Das ist ein völlig absurdes Spiel.

▶ Wird mit dem satten Griff in die Haushaltskasse nicht erneut ein Sachzwang in Kraft gesetzt, gemäß dem man wieder beim sozialen Netz knapsen muss?

Werner Rügemer: Das wird sicherlich die Folge sein. Aber die wichtigere Feststellung, die man in dieser Sache machen muss, ist die, dass die handelnden Akteure nicht ausgewechselt werden. Es werden keine neuen demokratischen Kontrollmechanismen eingerichtet und die Finanzoperationen, die genau zu dieser Krise geführt haben, werden nicht abgeschafft oder verboten.

Kettenbriefsystem

Nehmen wir z.B. das zentrale Instrument, die Verbriefung von langfristigen Verträgen wie etwa Miet- oder Kreditverträge für Häuslebauer usw.. Das wesentliche Handlungsprinzip bei Banken ist heutzutage nämlich nicht mehr, dass sie Kredite vergeben und für die nächsten zwanzig Jahren Zinsen einstreichen. Zwar vergeben die Banken noch Kredite, aber im Unterschied zu früher warten sie nicht mehr zwanzig Jahre, bis die Häuslebauer ihre Kredite zurückgezahlt haben, sondern die Banken verkaufen diese Verträge sofort nach der Kreditvergabe weiter. Diese Verbriefung kaufen also wiederum andere Banken und damit diese Banken diese verbrieften Kredite kaufen können, müssen sie erneut bei anderen Banken Darlehen aufnehmen und das verkaufen diese dann wieder weiter und die nächsten Banken nehmen bei anderen Banken Darlehen auf um die Verbriefungen zu kaufen etc.. Genau dieses Spiel, dass Banken sich gegenseitig Kredite gegeben und sich mit spekulativen Wertpapieren überhäuft haben hat in die Finanzkrise geführt und wenn diese Rettungspakete wie angekündigt umgesetzt werden, dann können die Banken mit den gleichen Instrumenten und Akteuren und noch höheren Gewinnen so weiter machen wie bisher. D.h. diese Rettungspakete sind also die Vorstufe für die nächste Finanzkrise.

▶ Gesetzt den Fall, die Rettungspakete werden tatsächlich in Anspruch genommen, wie geht es dann weiter?

Werner Rügemer: Das wissen wir nicht genau, denn die Banken arbeiten zur Zeit daran, dass in der Öffentlichkeit nicht bekannt wird, welche Bank wie viel Zuschüsse in welcher Höhe und Form in Anspruch genommen hat. D.h. die Öffentlichkeit, aber auch die Parlamente können gar nicht wissen, was eigentlich mit diesen staatlichen Geldern gemacht wird. Es ist quasi mit einer Blankovollmacht den Banken vollkommen selbst überlassen, wie sie das unter sich regeln.

Wer die Fäden zieht

Gespräch mit dem Soziologen Hans Jürgen Krysmanski über globale und nationale Macht- und Funktionseliten (Dezember 2009)

Hans Jürgen Krymanski ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Münster und hat sich in seinem Buch "Hirten und Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen", das nun in einer zweiten und gründlich überarbeiteten sowie erweiterten Auflage erschienen ist, der Erforschung jener gewidmet, von denen Carl Schmitt in einer lichten Stunden sagte: "Eliten sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt." Inspiriert vom Modell der amerikanischen Herrschaftsstrukturforschung Power Structure Research, rückt er jenen zu Leibe, welche die monetär gefasste Welt regieren, dabei so einflussreich sind, dass sie öffentlich nicht in Aktion treten müssen und dennoch trotz aller Machtfülle gestürzt werden können.

▶ Herr Professor Krysmanski, Sie haben sich in Ihrem Buch den Superreichen und Eliten gewidmet. Was trennt einen Reichen von einem Superreichen?

Hans Jürgen Krysmanski: Wir hören ja in den Verteilungsdebatten immer wieder, dass Reichtum in unserer Gesellschaft schon bei Monatseinkommen über 5000 Euro und bei Vermögen von über 300 000 Euro beginnt (die Immobilie eingerechnet). Im

Reichensteuerkampf lässt sich dann gut Angst schüren ums ererbte Reihenhäuschen und Stimmung machen gegen die "neidvolle" Unterschicht, die nicht arbeiten und trotzdem auch so viel haben will. Interessant wird es natürlich erst bei Jahreseinkommmen von 250.000 Euro (Singles) beziehungsweise 500.000 (verheiratet). Dann kommen die noch besser Verdienenden hinzu, bis hinauf zu den Topmanagern in Industrie und Finanz mit ihren die Millionen- oder auch 10-Millionen-Grenze überschreitenden Gehältern.

Auch Spitzenpolitiker, die einige Jahre auf Parlamentsbänken oder Ministersesseln darben mussten, um dann mit lukrativen Vorstandsposten für geleistete Dienste entschädigt zu werden, spielen eine Rolle in dieser verqueren Verteilungsdebatte. Hier wird mehr verschleiert als aufgedeckt. Nicht, dass da nicht vieles aus dem Ruder liefe. Es ist eben so: Der Kampf um pekuniäre Vorteile reicht von ganz unten bis ganz nach oben, zerstört die soziale Solidarität und erzeugt ein Klima der uferlosen Korrumpierbarkeit. Letztendlich entsteht eine winner-takes-all-Mentalität, eine Ellbogengesellschaft - wobei für viele "winner", vor allem aus dem halbseidenen Bussi-Milieu der Spekulation und Schaustellerei, auch der gelegentliche Absturz vorprogrammiert ist. Nachzulesen in Gala.

"Richistan"

Aber oberhalb dieser ganz gewöhnlichen Gier-Gesellschaft gibt es

noch eine Region, die seit jeher die Frau und den Mann auf der Straße und auch Religionsstifter, Philosophen und sogar Ökonomen und Soziologen fasziniert hat. Der Wall Street Journalist Robert Frank nennt diese Region "Richistan" und beschreibt sie ausführlich und amüsant in seinem gleichnamigen Buch. Es ist das Land der Superreichen, vollkommen abgehoben, in einem den ganzen Erdball umspannenden nichteuklidischen Raum schwebend. Die Bewohner des Landes Richistan sind so reich, so superreich, dass unser Planet schon zerplatzen müsste, damit auch sie durch irgendeine Krise ernsthaft gefährdet würden oder gar abstürzten. Die Grenzen von Richistan sind fließend. Und es geht kaum noch um Einkommen, sondern vor allem um Vermögen. In harten Zahlen liegt die Grenze zwischen reich und superreich bei rund 500 Millionen Dollar frei verfügbarem Vermögen (also abzüglich der selbst genutzten Immobilien, der zum Lebensstil gehörenden langlebigen Güter wie Autos, Yachten usw.). Das bedeutet, dass im Kernland von Richistan weltweit rund 10 bis 20 Tausend Superreiche leben, mit einem Vermögen von jeweils über 500 Millionen Dollar. Unter ihnen sind - die Schätzungen gehen weit auseinander - rund 3000 Milliardäre - wohlgemerkt, weltweit und unter Einbeziehung der dunklen Ecken, sozusagen der Rotlichtbezirke von Richistan.

Unterschiedliche Typen von Superreichen

Wichtig und interessant ist nun aber, dass diesen inneren Zirkel

(nach konservativer Schätzung) mindestens 100.000 "ultra-high net-worth individuals" (UHNWIs) mit Vermögen zwischen 30 und 500 Millionen und 1 Million "high net-worth individuals" (HNWIs) mit Vermögen zwischen 5 und 30 Millionen Dollar umgeben. Hinzukommen, wiederum sehr konservativ geschätzt, rund 10 Millionen HNWIs mit Vermögen zwischen 1 und 5 Millionen Dollar. Diese letzteren Gruppen, die HNWIs, drängen selbstverständlich auch ins Land Richistan, ins Land der Superreichen. Doch die meisten werden an den Grenzen abgewiesen. Diejenigen, die eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, müssen dann oft gehobene Dienstleistungen für die Superreichen erbringen. Wir kennen sie als Spitzenkräfte des Investmentbanking, als Topmanager der Industrie, als Medienmogule usw. - und sogar einige Spitzenärzte, Unterhaltungsstars, Politiker schaffen es, durch die Mauer zu schlüpfen.

▶ Inwiefern hängt Superreichtum und Elitenbildung zusammen? Wie ist diese Elite strukturiert?

Hans Jürgen Krysmanski: Die Erhaltung der Luftschlösser von Richistan hängt genau an diesem Verhältnis von Superreichtum und Reichtum. Während Superreichtum sozusagen ein absoluter Begriff ist, handelt es sich bei Reichtum um eine relative Größe, die unter anderem auch die Eliten, die dienstbaren Funktionseliten umfasst, die aufgrund ihrer Leistungen zur Erhaltung des Gesamtsystems in diese Regionen aufgestiegen sind. Es ist ja

schwer, sich das Leben jener Gruppen und Schichten vorzustellen, welche die allerobersten Ränge der Listen des Forbes-Magazins oder der Londoner Sunday Times einnehmen. Was wissen wir schon über die meisten der hundert oder fünfhundert reichsten Amerikaner oder Europäer oder Asiaten. Da gibt es Familien mit über Generationen vererbten (und zum Teil gut versteckten) riesigen Vermögen. Da gibt es neureiche Entrepreneurs und Erfinder aus dem Milieu der neuen Technologien, der Finanzindustrie oder der Massenvermarktung. Und dann die durch korrupte Privatisierungspraktiken aufgestiegenen Oligarchen, Mafia-Milliardäre wie Berlusconi usw.

Diese unterschiedlichen Typen von Superreichen haben zunächst einmal kaum gemeinsame Interessen und Kulturen. Vereint aber sind sie durch das gemeinsame Bedürfnis, ihre zentrale und weitgehend abgedunkelte Stellung in praktisch allen Gesellschaften, also quasi ihre planetarische Stellung zu verteidigen. Und, wie der Name schon sagt, ihren Superreichtum unbegrenzt zu vermehren, vor Umverteilung zu schützen, als das Selbstverständlichste und zugleich Unangreifbarste von der Welt erscheinen zu lassen. Solche Absichten können in unserer komplexen Welt nur mithilfe eines umfangreichen "Dienstpersonals" befriedigt werden.

Immer perfektere Selektionsmechanismen

Und hier kommen unsere Eliten ins Spiel. Sind sie arriviert, so haben sie, wie gesagt, eine Arbeitserlaubnis in Richistan. Und für Nachwuchs wird gesorgt durch all diese Ausleseverfahren des Ranking, des Evaluierens gerade auch in den Bildungssystemen. Diese immer perfekteren Selektionsmechanismen dienen dazu, die Besten und Klügsten für Ausbau und Sicherung der "Infrastruktur" von Richistan zu rekrutieren. Bis vor kurzem jedenfalls strebten aus solchen Gründen die hellsten leeren Köpfe von Harvard, Yale und Stanford in die Zentralen des Investmentbanking, in die Stäbe der multinationalen Konzerne. Auch im Politik-Establishment gibt es entsprechende Positionen, und in den großen Rechtsanwaltskanzleien, in der Wissenschaft, den Medien, der Kultur. Und diese Elitepositionen werfen umso höhere Einkommen und Boni ab, je mehr sie dem Erhalt eines Systems dienen, das immer mehr Beobachter ein plutokratisches System nennen.

Funktionseliten

Vereinfacht gesagt: Funktionseliten sind unentbehrlich für das Weiterbestehen des Superreichtums. Und es wird - zum Beispiel über Förderungseinrichtungen, Stiftungen, Privatisierung des Bildungswesens usw. - alles getan, um diese Funktionalität zu optimieren. Insofern kann man von einem Machtkomplex oder Machterhaltungskomplex sprechen. Im Zentrum dieses Komplexes finden wir den Superreichtum, also die Geldelite oder den Geldadel, der oft sogar ziemlich ahnungs-, funktions- und

orientierungslos dahinluxuriert. Für die richtigen Ahnungen, Funktionen und Orientierungen aber steht ein Kranz von Funktionseliten bereit. Konzern- und Finanzeliten, kümmern sich um die Vermehrung des Reichtums. Politische Eliten sorgen für eine Verteilung des Reichtums von unten nach oben unter tunlichster Wahrung des gesellschaftlichen Konsens. Verwaltungs-, Wohlfühl- und Wissenseliten halten diese Gesellschaft des goldenen Kalbs, ihre Infrastruktur, ihre Kultur und Wissenschaft insgesamt am Laufen.

Propagandistische Funktion des Luxuskonsums

▶ Wer von den Superreichen ist öffentlich präsent?

Hans Jürgen Krysmanski: Diese ultimative Oberschicht - um die sich alles dreht und in deren Safes und auf deren Konten der von allen arbeitenden Menschen erzeugte Reichtum zusammenfließt - steckt in einer Zwickmühle. Einerseits möchte sie sich abschotten, in Ruhe und Muße genießen, beispielsweise den gerade für 90 Millionen Dollar ersteigerten Cezanne oder Picasso oder den für 21 Millionen Dollar erworbenen geschnitzten Art Deco Sessel oder die Turns mit der 150-Millionen-Megayacht oder den Rückzug in den Privatpalast an der Côte d"Azur. Andererseits müssen auch die Superreichen sich in dieser Mediengesellschaft auf irgendeine plausible Art rechtfertigen und deshalb auch sehen lassen. Schon von 120 Jahren hat der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen

auf die propagandistische Funktion des auffälligen Luxuskonsums hingewiesen. Die 500 Tausend Euro teure Extraanfertigung eines Ferrari signalisiert dem Golf GTI Fahrer, dass er "eigentlich", mit einigem Glück, doch "vielleicht" auch einmal in diese Kategorie aufsteigen könnte. Und schon ist dieser junge Mann auf diese Art von Glücksgesellschaft fixiert.

Gute Milliardäre

Aber die Mediengesellschaft will inzwischen durchaus mehr über die Superreichen wissen. Und einige von denen gefallen sich denn auch - und sogar mit einigem Recht - in der Rolle des guten Milliardärs. So trafen sich kürzlich öffentlichkeitswirksam in New York auf Einladung von Bill Gates und Warren Buffett ein Dutzend der reichsten Leute dieser Welt. Milliardäre wie New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg, George Soros, Eli Broad, Oprah Winfrey, David Rockefeller Sr. und Ted Turner redeten über die globale Finanzkrise (unter der sie ernsthaft kaum gelitten hatten), über den Sinn von Philanthropie, aber auch über die wohlfeile Lösung aller unserer Probleme durch Verringerung der Weltbevölkerung. Doch trotz des Wirbels drangen nicht viele Details über den Inhalt dieser Diskussionen an die Außenwelt, dafür nette Bilder und der Eindruck, man könne sich auf den Gemeinsinn der Superreichen schon verlassen. Dieser Art von Propaganda für die Segnungen der Plutokratie dienen auch bei uns Blätter wie "Gala", "Galore" und exklusive, nicht frei verkäufliche

Hofzeitschriften wie das "Patek Philippe Magazine" oder Credo, die Kundenzeitschrift der Fürstlich-Liechtenteinschen Privatbank LGT.

Und auch die Mainstream-Presse bekleckert sich hier mit Ruhm. So gab es 2007 einen Spiegel-Titel mit der Überschrift "Die Retter der Welt. Der Feldzug der Reichen gegen Armut, Aids und Klimawandel". Das Bild zeigte Superreiche und einige ihrer Domestiken - Bill Clinton, Bill Gates, Warren Buffet, Angelina Jolie, Richard Branson - wie sie als Superhelden den Erdball umkreisen. Das Magazin Newsweek stieß im April 2008 ins selbe Horn. Das Titelblatt verkündete: "Die Superklasse in Aktion. Wie eine neue globale Elite die Kreditkrise bekämpft und unsere Welt umformt".

Institutionen definieren Wirklichkeit

▶ Welchen gesellschaftlichen und politischen Einfluss besitzen die Superreichen und welche Kanäle benutzen sie dabei?

Hans Jürgen Krysmanski: Die Sache ist aber viel ernster. Die amerikanische Herrschaftsstrukturforschung (Power Structure Research) hat ziemlich überzeugend die Pfade nachgewiesen, wie in dieser "mächtigsten Demokratie der Welt" heute die zentralen politischen Entscheidungen ablaufen. Und dieses Herrschaftsmodell ist, wie McDonald"s, ein Exportschlager geworden. Auch in Berlin versucht man sich ja an einer Kopie. Die Richtlinien der Politik werden in den USA in Netzwerken festgelegt, die weitaus dauerhafter sind (auch was das Personal angeht) als die

jeweiligen Präsidentschaften. Es ist völliger Unsinn, den jeweiligen amerikanischen Präsidenten als den "mächtigsten Mann der Welt" zu apostrophieren. Wir sehen ja, wie Clinton oder Bush und all die anderen und demnächst Obama und vielleicht einmal Sarah Palin im (wohlgepolsterten) Machtvakuum verschwinden. Nein, in einer Demokratie hat entweder das Volk die Macht - und möglicherweise wären dann derzeit tatsächlich die Amerikaner (was nicht besonders erhebend wäre) das mächtigste Volk der Welt - oder die Macht hat sich in ganz anderen, langlebigen Herrschaftsstrukturen eingenistet. "Die Debatte über die Bestimmung Amerikas", sagte Al Gore im Präsidentschaftswahlkampf 2000, "wogte immer zwischen denen, die allein aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung das Recht des Regierens beanspruchten, und denen, die an die Souveränität des Volkes glaubten."

Elite-Universitäten, Stiftungen und Think Tanks

Das amerikanische Power Structure Research hat für die USA die entscheidenden Gesetzgebungsverfahren untersucht und gezeigt, wie Superreiche und Konzerne durch Fördermittel, Forschungsaufträge, Personal die wichtigsten Universitäten, Stiftungen und Denkfabriken in der Hand haben. Und von diesen Institutionen her wird "die Wirklichkeit definiert", werden Handlungsmöglichkeiten eingegrenzt und das politische Weltbild bestimmt. Über die Elite-Universitäten, die großen Stiftungen und Think Tanks wird ein großer Teil des "Einflussgeldes" verteilt, von

dort kommen die "Experten", die in einem Geflecht von formellen und informellen Diskussions- und Planungsgruppen Gesetzesvorlagen vorbereiten usw. Die Expertisen landen dann bei den Parteien, in Ausschüssen. Geld plätschert in die Wahlkassen der Abgeordneten und Senatoren und in die offenen Hände der Meinungsmacher. So ist relativ sichergestellt, dass nur Regelungen und Gesetze der ursprünglichen 'Auftraggeber' realisiert werden, wie sich leicht am Umgang mit der Finanzkrise, mit der Gesundheitskrise, mit der Ökokrise - und an den zunehmenden Frustrationsanzeichen bei Barack Obama - ablesen lässt.

▶ Wie sieht die Politik der Superreichen denn aus?

Hans Jürgen Krysmanski: Man kann sich das so vorstellen. Wenn ein Superreicher überhaupt über Politik nachdenken und nicht einfach seine Macher machen lassen will, so kauft er sich eben ein paar Philosophen, Wissenschaftler, Institute und lässt nachdenken. Und nicht alle Superreichen sind ja so sympathisch wie Jan Philipp Reemtsma, Rang 143 der Liste der reichsten Deutschen des Manager-Magazins (Oktober 2009) mit einem Vermögen von rund 650 Millionen, der sich ein eigenes "Hamburger Institut für Sozialforschung" hält. Auch Klaus Tschira (Rang 19, 5,4 Milliarden Euro) ragt mit seiner beachtlichen Wissenschafts-Stiftung aus diesen Kreisen hervor. Überhaupt sind es die Zirkel der großen Stiftungen und Think Tanks, in denen sich unsere superreichen Laiendenker weltweit anregen und beraten lassen.

Harvard University, New York Times und die Metropolitan Opera

Auch russische Oligarchen und in zunehmendem Maße chinesische Milliardäre gehen dort zur Schule. Man denke zum Beispiel an den seit Jahrzehnten betriebenen Nachilfeunterricht seitens des New Yorker Council on Foreign Relations. Aber es gibt noch viele andere Orte und Gelegenheiten, wo der Geldadel seine Interessen formulieren und Strategien entwerfen kann. Gut durchleuchtet vom Power Structure Research sind in den USA die Aufsichtsräte von Institutionen wie der Harvard University, der New York Times oder der Metropolitan Opera, ganz zu schweigen von Klubs und durchaus konspirativen Zusammenschlüssen wie etwa der berühmten Bohemian Grove. Solche Clubs, schreibt der amerikanische Soziologe Thomas Dye, "haben für die Oberschicht die gleiche Funktion, die in Stammesgesellschaften dem Klan zukam. Mit ihrer restriktiven Mitgliederpolitik, ihren Initiationsriten, privaten Zeremonien und der großen Betonung von Tradition ähneln diese Clubs den Geheimbünden, die es in vielen Primitivgesellschaften gibt. Sie verschaffen ihren Mitgliedern das Gefühl einer exklusiven Brüderlichkeit." Politik auf dieser Ebene ist eben Privatpolitik, privatisierte Politik, die sich um formale Strukturen, Demokratie, Verfassungen usw. nicht zu kümmern braucht. Dafür gibt es ja vor unserer Haustür das Beispiel der Politik Berlusconis. Und nicht ganz ohne Grund hat sich der Begriff

der Berlusconisierung auch bei uns schon etabliert.

Finanzeliten die Stichwortgeber großer Politik

Die Finanzkrise hat vollends sichtbar gemacht, wohin der Hase läuft. Er läuft, wenn überhaupt, rückwärts. Denn schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren - für ihre Auftraggeber im Hintergrund - die Finanzeliten der Wall Street, die "Finpols", wie der Soziologe Ferdinand Lundberg sie damals nannte, die maßgeblichen Stichwortgeber der großen Politik. Seit den Sechzigern dann befand sich diese Machtelite in einer Krise, es gab Gegensätze zwischen weltoffenen Handelsliberalen und konservativen Isolations-Ideologen, der Militär-Industrie-Komplex mischte mit, die neuen Informationstechnologien brachten neue Mitspieler in die Oberschicht. In den Achtzigern schienen sich die traditionellen amerikanischen Herrschaftsstrukturen gänzlich aufgelöst zu haben. "Corporate raiders" griffen die alten Businesseliten an. Mathematische Tüftler kreierten komplizierte Finanzinstrumente, welche die älteren Top-Manager selbst nicht mehr verstanden. Aber es scheint, dass gerade der finanzpolitische Tsunami alte, traditionelle Machtverhältnisse erst einmal wieder hergestellt hat. Das Establishment lebt. Oder ist es nur ein Zombie-Revival der "living dead"?

Die Weisheit derjenigen, die das Sagen haben

Jedenfalls scheint - repräsentiert durch dienstbare Geister wie

Henry Paulson, Ben Bernanke und Tim Geithner - das alte finanzpolitische Establishment erst einmal wieder das Ruder in der Hand zu haben. Die Autorität dieses traditionellen Establishments, schreibt David Brooks in der New York Times, "basiert auf keinem irgendwie gearteten System der checks und balances, sondern auf der Weisheit und der öffentlichen Verantwortung derjenigen, die jetzt das Sagen haben." Und wenn nunmehr zwecks Überwindung der Krise eine Wirtschaftspolitik in Gang kommt, die auf grüne Technologien, Gesundheitsreform, Infrastrukturausbau, Bildungsreform und Forschung setzt, so sei das, fährt Brooks fort, dennoch "keine Ära, in welcher die Regierung die Mächtigen zugunsten des Volks in die Schranken weist. Nein, dies ist eine Ära des aus Erfahrung klug gewordenen Establishments, in welcher die Regierungsaktivitäten dazu dienen, einen stabilen - und oft oligarchischen - Rahmen für das kapitalistische Projekt bereitzustellen."

Neue Elite

Aber es wird natürlich kräftig geklingelt für diese neue,"progressive" Politik des Establishments, auch bei uns. Da gibt es dann - um nur ein kleines Beispiel anzuführen - prätentiöse Symposien im Berliner Hotel Adlon, in denen unter dem Titel "Macht - Ethik - Geld" angesichts einer Welt der "Umsatzeinbrüche", der "Kreditklemme", des "Vertrauensschwunds gegenüber Finanzwelt und Politik", der "wachsenden Verschuldung

der öffentlichen Hand" und der zunehmenden Verunsicherung der Menschen nach Chancen "auf einen tiefgreifenden und zukunftsträchtigen Wandel" gesucht wird. Für eine Teilnahmegebühr von 1750 Euro soll Vermögenden an zwei Tagen vermittelt werden, wie sie "Leitfiguren" sein können, die "eigene und gesellschaftliche Zukunft nachhaltig gestalten" und den "Weg aus der Krise in der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer öko-humanen Marktwirtschaft" finden können. Unter dem Strich aber kommen die Veranstalter zur Sache: "Wie macht man gutes Geld in einer öko-humanen Marktwirtschaft ?" Dazu sagt einer der Teilnehmer, Daniel Goeudevert, einst Vorstandsmitglied der Volkswagen AG: "Wenn wir es schaffen, Moral und Ethik in unser wirtschaftliches Handeln mit einzubeziehen, werden wir noch größeren Erfolg haben. Zu deutsch: mehr Geld verdienen." Schön wär"s.

Keine Mindestvorgaben einer Herrschaftsethik

▶ Welchen Einfluss besitzt die "Privatisierung" von Wissenschaft und Politik dabei? Wie passen z.B. Gerhard Schröder, Joseph Fischer, Wolfgang Clement und Otto Schily in dieses Bild?

Hans Jürgen Krysmanski: Wo Regeln und Recht funktionalisiert werden, wo letztlich nur das Geldmachen zählt, werden sich auch die Funktionseliten nicht an die Mindestvorgaben einer Herrschaftsethik halten. Wo zwischen "Politik" und "Wirtschaft" die

Einkommen immer weiter auseinanderklaffen, darf man sich nicht wundern, wenn die ja nur auf Zeit gewählten politischen Eliten auf Kosten der Moral für ihren Lebensabend sorgen. Schon Topmanager eines mittleren Unternehmens verdienen das Mehrfache der Bundeskanzlerin oder eines Ministers. Wenn private gegenüber öffentlichen Leistungen derart aufgewertet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Privatisierung der Macht von manchen Politikern, vor allem solchen, die sozial von unten kommen, wörtlich, also monetär genommen wird. Selbstverständlich höhlt Privatisierung der Macht die demokratischen Strukturen aus, verdirbt im wahrsten Sinne den Charakter. Diesem Sog können sich die Einzelnen schwer entziehen. Ähnliches gilt im Übrigen für die Wissenschaft: Wem die öffentlichen Forschungsmittel entzogen werden, dessen Rückgrat beugt sich allmählich, denn um sogenannte Drittmittel zu ergattern, muss man kriechen lernen.

▶ Alle Macht geht vom Volk aus, so steht es im Grundgesetz Artikel 20, Absatz 2. Wie sieht ihrer Meinung nach die politische Willensbildung tatsächlich aus?

Hans Jürgen Krysmanski: Ich will nur einen Aspekt herausgreifen. Politische Willensbildung, lebendige Demokratie ist an die Entwicklung der Medien, an die Möglichkeiten medial vermittelter öffentlicher Debatten gebunden. Für mich hängt die Zukunft der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes sehr stark vom Schicksal

der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Um deren Zukunft ist ja überall ein entscheidender Kampf entbrannt. Derzeit beherrscht eine Handvoll großer Medienkonzerne die Weltöffentlichkeit. Die wollen mit aller, wirklich aller Gewalt auch die Kontrolle über das Internet erzwingen. Das ist ein battleground, der immer mehr ins Zentrum rückt. Denn mit der Welt der vernetzten Computer ist eine völlig neue Stufe dessen, was man im Marxismus Produktivkraftentwicklung nennt, erreicht. Diese neuen, auf allen Stufen der Produktion und Kommunikation präsenten Produktivkräfte erlauben es gerade den Beherrschten, den beherrschten Klassen, an neue Formen eines wissenschaftlichen Sozialismus zu denken. Ich verweise auf die kleine Schrift von Dietmar Dath, Maschinenwinter. Wissenschaftlicher Sozialismus, demokratische Planung auf der Basis der gegenwärtigen technologischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten, schreibt Dath, haben eine Zukunft, oder es wird keine Zukunft geben. Und in Wired Magazine steht: "Wir unterschätzen, wie sehr die Kraft unserer kybernetischen Werkzeuge in der Lage ist, unsere Köpfe umzubauen. Haben wir wirklich einmal geglaubt, dass wir täglich im Kollektiv virtuelle Welten konstruieren und bewohnen könnten, ohne dass dies unsere Weltsicht verändert? Die Kraft des Online-Sozialismus wächst. Diese Dynamik verlässt die Welt der Elektronen - vielleicht in Richtung Wahlen."

"Über die Identität der Gläubiger des Schuldners Staat wird nie

gesprochen"

▶ Wie schätzen Sie die Macht des Militär bei der Einflussnahme durch die Eliten ein? Spielen hier Geheimorganisationen wie Gladio eine Rolle? Welche Rolle spielen dabei scheinbar so weit getrennte Institutionen wie Geheimdienste und Kultur?

Hans Jürgen Krysmanski: In allen Ländern Europas steckten dem Militär noch lange Zeit die Schrecken des Zweiten Weltkriegs in den Knochen. Die unbelehrbare Kriegerkaste musste in Winkeln und Geheimorganisationen wie Gladio auf "bessere" Zeiten warten. Erst jetzt, und die Kundus-Affaire ist dafür ein Beispiel, fallen die Hemmungen der Militärapparate (samt Rüstungswirtschaft) und sie verlangen nach mehr Partizipation an der politischen Macht. In den USA war das anders. Zum Konzept einer Pax Americana gehörten auch Militärapparat und Kriegswirtschaft. Dort war das Militär, bestärkt durch den Weltkriegssieg und beschleunigt durch den Koreakrieg, nach 1945 fast selbstverständlicher Teil der Machtelite geworden. Der amerikanische Soziologe C. Wright Mills hat das schon 1956 in seinem noch heute lesenswerten Buch "The Power Elite" ausführlich beschrieben. Auch die Warnung Dwight D. Eisenhowers am Ende seiner Präsidentschaft vor einem Militär-Industrie-Komplex und die Protestbewegungen gegen einen "Pentagon Kapitalismus" in den Sechzigern und Siebzigern fanden ja nicht in einem luftleeren Raum statt. Generäle und Rüstungsindustrie stellen bis heute und sogar in wachsendem

Maße ein Machtzentrum dar, dem sich die amerikanische Politik nicht entziehen kann.

Man denke nur an das absolut wahnsinnig aufgeblähte Militärbudget. Darin wird ja beispielsweise auch das aus den Zeiten des Manhattan-Projekts zum Bau der Atombombe stammende sogenannte "Black Budget" mitgeschleppt: ein Geheimanteil des Pentagon-Budgets von 25 Prozent, aus dem quasi eine militärische Parallelregierung finanziert werden kann. Damit ist auch gerade Obama konfrontiert. Dieser Militärapparat wird derzeit zu einer weltumspannenden High-Tech-Kampfmaschine umgebaut, die in die Lage versetzt werden soll, zu jeder Zeit und an jedem Ort zentrale Machtstrukturen staatlicher und nichtstaatlicher Gegner "chirurgisch" auszuschalten. Seymour Hersh, der u.a. die Folterungen in Abu Ghraib aufgedeckt hat, sagt von solchen "elite assassination"-Programmen: "Diese Leute sind in bestimmte Länder gekommen, haben weder mit dem US-Botschafter noch mit dem örtlichen CIA-Chef Kontakt aufgenommen, haben bestimmte Leute, die auf ihrer Liste standen, aufgespürt, exekutiert und sind wieder verschwunden."

Vielfältigste Interessengegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse

Zur Frage nach konspirativer Kulturpolitik: Über die Rolle der Geheimdienste (und auch des Militärs) in der kulturellen

Hegemoniepolitik des Westens ließe sich natürlich vieles sagen. Dass auch hier die USA Vorreiter waren und sind, liegt auf der Hand. Das reicht vom einst im verdeckten Auftrag der CIA operierenden Congress of Cultural Freedom (der in der Nachkriegszeit in Europa Kultur- und Kunstförderung betrieb und die gesamte Intellektuellenszene prägte) über die wachsende Beteiligung des Pentagon an der Produktion von Hollywood-Blockbusters bis zur immer gezielteren Einflussnahme auf die Entwicklung von Computerspielen. Aber das ist wirklich ein weites Feld.

▶ Sie machen in ihrem Buch einen Konflikt in den USA zwischen der alten Elite, deren Macht auf den Besitz von Öl basiert und einer neuen Elite, deren Reichtum und Einfluss auf der Generierung neuer Techniken wie den PC oder das Internet fußt. Besteht dieser Konflikt auch momentan und wie äußert sich dieser?

Hans Jürgen Krysmanski: So einfach steht das im Buch nicht. Es gibt eben vielfältigste Interessengegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse (das ist immer noch ein nützlicher Begriff). Es gab schon immer Konflikte zwischen Finanz- und Industriekapital, zwischen Schwer- und Leichtindustrie, zwischen Rüstungs- und Friedenswirtschaft. Der Konflikt zwischen "Öl"- und "Internet"-Eliten durchzieht die letzten zwanzig Jahre. Da standen sich eben zuletzt ein kaum des Keyboards mächtiger Bush Junior und Elektronik-Freaks wie Al Gore gegenüber. Das alles hat einen realen

Hintergrund, für den auch diese beiden Figuren stehen. Einerseits geht es um unsere reale Welt, unseren Planeten mit seinen Ressourcen, seiner Ökosphäre, sozusagen um die handfeste, stoffliche Seite der Reproduktion von Gesellschaft. Andererseits aber ist unser Planet auch eine Sphäre allgemeiner Kommunikation, nicht zuletzt auch weltumspannender Finanztransaktionen und – was mir viel sympathischer ist - ein Raum unübersehbar vielfältiger kultureller und massenkultureller Äußerungen.

Auf dieser kommunikativen Ebene von Macht und Hegemonie geht es nicht mehr allein um den Stoffwechselprozess zwischen Gesellschaft und Natur (also krass: um den Kampf ums Öl, oder progressiv: um die Rettung der Ökosphäre), sondern um kulturelle Entwicklungen und Perspektiven. Die Frage ist dann zum Beispiel, steht die Obama-Administration wirklich für diese zweite Ebene, auf der sie sich eingeführt und vielleicht sogar angebiedert hat? Und da kommen wir dann zu den interessanteren strategischen Fragen einer Klassenauseinandersetzung, die nicht innerhalb der Eliten, sondern tatsächlich zwischen "oben" und "unten" stattfindet. Deshalb möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und hier G. William Domhoff zitieren, Autor des seit Jahrzehnten immer wieder Neuauflagen erfahrenden Bestsellers "Who Rules America?": "Werden die Fehlschläge in der Kriegführung (also ein Ausbleiben einer Vereinbarung mit dem Iran und eine weitere kriegerische

Politik im Irak, in Afghanistan und Pakistan) die USA im Inneren weiter destabilisieren? Wird sich die gegenwärtige Große Rezession weiter verschlimmern? Wird sich dadurch eine Kultur des Widerstands links von Obama entwickeln? Wird man auf den brutalen Sozialdarwinismus der politischen Cowboys hereinfallen oder die richtige Mischung aus Strategie und Taktik finden und eine ökonomische Vision, die für eine signifikante Minderheit aus Arbeitern und Liberalen attraktiv ist, formulieren?"

System der unverdienten Geldakkumulation muss erhalten bleiben

▶ Gleichfalls haben sie Antagonismen zwischen den amerikanischen und arabischen Fraktionen des Kapitals erforscht, die aber gleichzeitig in Firmenkonsortien wie der Carlyle-Group Seit` an Seit` stehen. Wie geht das zusammen?

Hans Jürgen Krysmanski: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Das gilt für alle Schichten und insbesondere dort, wo es um die kapitalistische Verwertungskonkurrenz, um die Befriedigung der Profitgier geht. Das System der unverdienten Geldakkumulation muss erhalten bleiben, das geht nur durch Bündnisse zwischen den Akteuren. Aber dann geht das Hauen und Stechen los, nicht nur zwischen amerikanischen, europäischen, arabischen, asiatischen usw. Kapitalfraktionen, sondern auch innerhalb der Konzernwelt selbst: zwischen Banken und Industrie, zwischen Managern und

Anteilseignern. Joussef M. Ibrahim, ein Sprecher reicher Investoren und shareholder aus der arabischen Welt, ging schon 2004 in einem Artikel in der International Herald Tribune mit den Konzerneliten der westlichen Welt ins Gericht, die sich Hunderte von Millionen Dollar in die Taschen steckten, während der Wert ihrer Konzerne durch Unehrlichkeit und Inkompetenz in den Keller sank. Er schrieb: "Diese Lenker gigantischer Konzerne sind Mitglieder eines winzigen Clubs, welcher die gewöhnlichen Investoren am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Schlimmer noch, die großen Banken und Investmentfirmen helfen jenen Bossen dabei, die Spuren zu verwischen. Sie fliegen Privatjets, bezahlt von den shareholders, sie genehmigen sich Privatlogen bei großen Sportereignissen und Shows. Sie sind Freunde, die zusammen tafeln, während sie von Aufsichtsratssitzung zu Aufsichtsratssitzung ziehen. Ein fauler Gestank breitet sich aus in den Führungsetagen der größten Konzerne. Und am Horizont zeichnet sich eine gewaltige Revolte der shareholder ab.

Die Praktiken der Konzerneliten bedrohen die globale Ökonomie. Es ist an der Zeit für die Reichen, die, wie beispielsweise die Araber, hunderte von Milliarden ihres Vermögens in diese großen Konzerne investiert haben, ihren Bankiers ein paar harte Fragen zu stellen: Wo ist mein Geld und was macht ihr damit?" Die Carlyle-Group steckt da mitten drin – aber über die ist schon viel geschrieben worden. Und die Bushs und ihre arabischen Freunde

grinsen sich immer noch an auf den Gala-Dinners der Carlyle-Group.

Bin Laden steht für das arabische Großkapital

Darüber hinaus kann man durchaus die begründete Vermutung haben, dass die gesamte Machtmaschinerie des Kampfes gegen den Terrorismus nicht zuletzt angeworfen worden ist, um mit den konkurrierenden Kapitalen, den Geldmächten des arabischen und asiatischen Raumes, fertig zu werden. Osama bin Laden mag zwar für den fundamentalistischen Islamismus sprechen, aber er steht verteilungspolitisch für Teile des arabischen Großkapitals. Auf diese Zusammenhänge verweist beispielsweise Loretta Napoleoni mit ihrem Buch "Modern Jihad. Tracing the Dollars Behind the Terror Networks".

SWIFT

Oder man denke an die jetzt durch die EU "legalisierte" Bespitzelung der "Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication" (SWIFT). Diese in Belgien angesiedelte Kooperative des internationalen Finanzkapitals bewegt täglich in 11 Millionen Transaktionen 6 Billionen Dollar zwischen 7800 Banken, Börsen, Investmentfirmen und anderen Finanzinstitutionen weltweit. SWIFT ist damit die Dienstleistungszentrale des globalen Finanzmarkts. Und nun wird durch das nunmehr verbriefte Spitzelrecht der Amerikaner demonstriert, dass der Reichtum

Europas nicht allein Europas Reichen gehört – was allerdings wiederum Europas Superreichen, die ohnehin global agieren, piepegal sein dürfte.

Chance für Systemwandel

▶ Können Sie in der obersten Oberschicht der EU und der Bundesrepublik ähnliche Spannungen ausmachen?

Hans Jürgen Krysmanski: Selbstverständlich. Wo Macht sich konzentriert, gibt es auch Machtkämpfe. Man denke an die Fehden des Feudalismus. Wenn man etwas verändern will, muss man sich mit diesen Konfliktstrukturen und Spannungen beschäftigen. Und dabei ist es ganz wichtig, zwischen dem Geldadel, den Superreichen, auf der einen Seite und ihren Funktionseliten – den Konzern-, Finanz- und Militäreliten, der politischen Elite, den Wissens-, Verwaltungs-, Wohlfühleliten – auf der anderen Seite zu unterscheiden. Mag der Geldadel seine teilweise völlig irrationalen Konflikte und Eitelkeiten doch unter sich austragen. Eine Veränderung des Systems ist von denen ohnehin nicht zu erwarten. Was natürlich nicht ausschließt, dass es auch unter den europäischen Superreichen interessante, verantwortungsvolle Personen und Gruppen gibt.

Aber meiner Ansicht nach besteht die Chance für einen Systemwandel eher darin, die in der gegenwärtigen Krise durcheinandergerüttelten Funktionseliten, welche den

Herrschaftskomplex ja in stillen Stunden ganz gut durchschauen (und auch in der ständigen Gefahr stehen, degradiert zu werden), dazu zu bewegen, über ihre eigene Rolle in diesem System nachzudenken. Sie kennen sich ja aus im Milieu. Sie können mit der vorhandenen Wissensmaschinerie umgehen. Sie könnten sich eigentlich in der großen Tradition der Aufklärung wiederfinden, die den Feudalismus zu Grabe trug. Irgendwie brauchen wir für eine demokratische, wissenschaftliche, planvolle Überwindung von Klassenherrschaft auch die Expertise dieser Funktionseliten. Und gerade mittels der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien könnten sie dazu beitragen, ein globales Netzwerk friedlicher Assoziationen, Projekte, Organisationen usw. aufzubauen, in dem, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Vielfalt der möglichen Eigentumsformen

▶ Sie schreiben in Ihrem Buch, dass die Eliten sowohl neue Eigentumsverhältnisse setzen (Stichwort Patente) als auch alte Zerstören (Stichwort Privatisierung). Können Sie uns mehr darüber erzählen? Welche Rolle spielt dabei der Cyberspace?

Hans Jürgen Krysmanski: Ja, das ist eben die Dialektik der Geschichte. Ohne dialektisches Denken (das gerade wegen des Cyberspace und seiner sowohl virtuellen als auch realen

Dimensionen eine große Zukunft vor sich hat) werden wir die Entwicklung unserer Geschichte nicht verstehen. Klare, rechtlich abgesicherte Eigentumsverhältnisse sind eine kulturelle Errungenschaft. Gleichzeitig zerstört kapitalistisches Eigentum, obgleich gerade dieses Eigentum nur auf der Basis von Rechtsverhältnissen entstehen konnte, durch seine Zügellosigkeit eben dieses Recht (Gunnar Heinsohn/Otto Steiger). Privatheit, Individualisierung sind historische Errungenschaften, gleichzeitig werden wir alle durch das Pochen auf die Privatisierung aller Güter systematisch enteignet.

Übrig bleibt eine Handvoll superreicher Privatleute, die allein noch über sich selbst verfügen und in diesem Sinne der verbleibende Souverän sind. Vor diesem Hintergrund geht es letztlich darum, die Vielfalt der möglichen Eigentumsformen wieder zu entdecken. Beim Eigentum geht es ja nicht nur um Enteignung und Aneignung, sondern auch um Teilen, Schenken usw. Es geht vor allem um neue Formen des genossenschaftlichen Eigentums. Auch hier spielt das Internet eine entscheidende Rolle. Denn mittels Cyberspace haben wir begonnen, uns diese Welt auf eine neue Weise wieder anzueignen. Das Wirtschaftsmagazin brandeins titelt: "Wissen ist der erste Rohstoff, der sich bei Gebrauch vermehrt". Deshalb finde ich – wenn man die dialektische Sichtweise nicht vergisst – zum Beispiel Google oder Wikipedia so wichtig. Das sind erste Schritte in eine historisch neue und vielversprechende Richtung der

gesellschaftlichen Nutzung von geistigem Eigentum und damit von Eigentum überhaupt (Jeremy Rifkin).

Michael Hardt und Antonio Negri schreiben in ihrem Buch "Empire": "Das Recht auf Wiederaneignung [das sie programmatisch fordern] meint zuallererst das Recht auf Wiederaneignung der Produktionsmittel. Die Menge benutzt nicht nur Maschinen zur Produktion, sondern wird auch selbst zunehmend zu einer Art Maschine, da die Produktionsmittel immer stärker in die Köpfe und Körper der Menge integriert sind. In diesem Zusammenhang bedeutet Wiederaneignung, freien Zugang zu und Kontrolle über Wissen, Information, Kommunikation und Affekte zu haben."

Unsichtbare Gläubiger

▶ Sie vergleichen in ihrem Buch den politisch eingesetzten Mechanismus der Staatsverschuldung mit der "ursprünglichen Akkumulation" bei Karl Marx. Können Sie für unsere Leser darlegen, was damit gemeint ist?

Hans Jürgen Krysmanski: Da muss ich doch mit einem Marx-Zitat antworten: "Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation. Wie mit dem Schlag der Wünschelrute begabt sie das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne dass es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbst wucherischer Anlage

unzertrennlichen Mühe und Gefahr auszusetzen." (Marx, MEW 23, 787)

Ursprüngliche Akkumulation heißt ja, nicht durch Arbeit, sondern durch Raub, Gewalt, Verbrechen und Korruption, aber auch durch subtile Mittel der Überredung, Verwirrung und allerlei indirekte Betrügereien an Geld zu kommen – also beispielsweise durch finanzielle Zaubertricks usw. Und ist das nicht ein toller Dreh: den Staat und damit die Steuerzahler zu veranlassen, Schulden über Schulden zu machen, und damit ja uns alle zu Schuldnern – ohne dass die Gläubiger sichtbar werden? Über die Identität der Gläubiger des Schuldners Staat wird ja praktisch nie gesprochen. Der Bund hat eine Billion Euro Schulden. Im kommenden Jahr müssen allein für die Zinsen im Haushaltsplan 40,4 Milliarden Euro angesetzt werden. Nach dem Sozialbudget (147 Milliarden Euro) ist dies der zweitgrößte Ausgabeposten im Budget der Bundesregierung. Wer also sind die Gläubiger, die vom Staat, dem sichersten aller Schuldner, Jahr für Jahr sichere 40 Milliarden an Zinsen einheimsen? Es sind nur in kleinem Umfange die Banken selbst, die agieren ja in erster Linie als Vermittler. Tatsächlich landen die Zinsen zum allergrößten Teil in den Taschen der Vermögenden, der Reichen. Das ist eine der sichersten Formen der Umverteilung von Reichtum und der Akkumulation von Superreichtum. Sie steht – mit den Fuggers, den Welsers usw. – am Anfang des Kapitalismus, sie hat sich durch dessen Geschichte

geschlichen, und sie steht möglicherweise am Ende des Kapitalismus in seiner bisherigen Gestalt.

Netze der Korruption

▶ Können Sie uns erklären, was Sie unter der "Refeudalisierung der Gegenwart" verstehen?

Hans Jürgen Krysmanski: In dem Augenblick, in dem Reichtum nicht mehr durch Arbeit, durch Produktion, durch die Realwirtschaft erzeugt wird, kehren Abhängigkeitsverhältnisse in die Gesellschaft zurück, die nicht auf dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beruhen, sondern auf Gewalt, Unterjochung, "Gottesgnadentum" usw. Ich rede ja nicht von schlichter Refeudalisierung. Wir können nicht wieder in den gleichen historischen Fluss steigen, die Spirale dreht sich weiter. Gleichwohl hat Jean Ziegler recht, wenn er von einer brutalen, massiven Refeudalisierung spricht, in der die neuen Kolonialherren, die multinationalen Konzerne, sich die Reichtümer der Welt aneignen. Er schreibt: "Diese neue Feudalherrschaft ist 1000 Mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der Französischen Revolution ..."

Ich selbst spreche von einer "kapitalismusbasierten High-Tech-Refeudalisierung". Damit meine ich, dass die meisten geschaffenen Reichtümer nicht mehr über freie Märkte verteilt und umverteilt werden, sondern über riesige, feingesponnene und vor allem hochtechnisch unterfütterte Netze der Korruption, in denen

Raubritter, Vasallen, Könige und Leibeigene des elektronischen Zeitalters sich auf gänzlich unökonomische, das heißt auf jeder wirklichen Ökonomie widersprechende Weise die Werte aneignen. Die von der Realwirtschaft abgekoppelten Finanztransaktionen sind alles andere, aber keine "Ökonomie". Und das geschieht zugleich – auch deshalb Refeudalisierung – zumindest Europa in den Kostümen und auf den Schlössern der alten Aristokratie, im höfischen Glanz von Bambi-Galas usw.

▶ Sie unterstellen in Ihrem Buch die Herrschaft von konkreten Personen, einer Elite, und zwar in Gestalt einer entsubjektivierten Herrschaft, der Wertform, wie geht das zusammen?

Hans Jürgen Krysmanski: Das ist ein alter Widerspruch auch in der linken klassentheoretischen Diskussion. Beschäftigen wir uns mit den Strukturen kapitalistischer Ausbeutung oder blicken wir auch auf die Namen und in die Gesichter der Kapitalisten, der Akteure? Ich denke wir brauchen beide Sichtweisen und wir brauchen ihre dialektische Verknüpfung. Gerade die Schriften von Marx sind dafür ein exzellentes Beispiel. Wer nur vom Neoliberalismus spricht, den es zu bekämpfen gilt, stiehlt sich aus der Verantwortung konkreter politischer Aktionen. Wer nur von den gierigen Bankern redet, denen auf die Finger geklopft werden muss, macht sich lächerlich und verliert sich schließlich im Aktionismus. Herrschaftskonflikte – Klassenkampf, wenn man so will - sind immer beides, Struktur und Handlung, objektiv und

subjektiv. Aber wie gesagt, das für diese Frage notwendige computergestützte dialektische Denken und auch ein – warum soll es das nicht geben? – dialektisches Forschen haben die Zukunft noch vor sich.

▶ Sie erwähnen in Ihrem Buch den Künstler Mark Lombardi. Was hat dieser mit ihrer Elitenkonzeption zu schaffen?

Hans Jürgen Krysmanski: Elitenforschung, Power Structure Research, wird nicht nur von professionellen Sozialwissenschaftlern getrieben, sondern auch von Journalisten, watchdog groups, politischen Parteien, Aktivisten in sozialen Bewegungen, Gewerkschaftern, Nerds und sogar von Künstlern. Der amerikanische Maler Mark Lombardi (1951-2000) nahm seinerzeit politische und Finanz-Skandale zum Anlass, großformatige Diagramme der beteiligten Personen und Personengruppen anzufertigen, die einerseits auf dem Kunstmarkt reüssierten, andererseits aber schmutzige Deals und kriminelle Aktivitäten der oberen Zehntausend festhielten. Lombardi hatte sich eine private Datenbank mit über 12 000 Karteikarten angelegt. Seine Kunst überschritt ständig die Grenze zum investigativen Journalismus und zum Verschwörungsdenken, so dass sich vor seinem mysterösen Tod – er wurde erhängt in seinem Atelier aufgefunden - auch das FBI für seine Diagramme zu interessieren begann. Für mich ist Lombardi ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass Power Structure Research auch Graswurzelforschung sein kann.

▶ Zuguterletzt: Wie wird es weitergehen? Werden die Guten siegen und die Bösen unterliegen?

Hans Jürgen Krysmanski: Ich hoffe, dass diejenigen, die sich selbst mittels Medienmacht zu Guten stilisieren, denen, die endlich böse auf dieses ausbeuterische System geworden sind, unterliegen werden.

"Eine Million Menschen sitzen auf der Straße, weil wir nicht pünktlich Feierabend machen"

Interview mit Jörn Boewe über Ausmaß, Weisen und Folgen von unbezahlter Mehrarbeit in der Bundesrepublik Deutschland (März 2010)

In der Debatte über den Arbeitsmarkt werden die Dimensionen und Auswirkungen unbezahlter Mehrarbeit kaum diskutiert, obgleich diese einen relevanten volkswirtschaftlichen Faktor zugunsten der Arbeitgeber darstellt. Telepolis sprach mit Jörn Boewe, der sich in dem Buch "ArbeitsUnrecht" mit einem Beitrag dem Thema widmete.

▶ Herr Boewe, laut einer Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung arbeiten in 84 Prozent der Betriebe die Menschen z.T. erheblich mehr als sie bezahlt bekommen. Welche Finten haben die Unternehmen entwickelt, um ihren Mitarbeitern diese Mehrarbeit abzupressen?

Jörn Boewe: Direkt angeordnet wird so etwas, wenn überhaupt, äußerst selten. Normalerweise kommen vielfältige psychologische Tricks zum Einsatz. Wenn z. B. jemand neu in ein Unternehmen kommt, wird sich dieser Mensch an den dort gängigen Verhaltensweisen orientieren. Wenn also alle Angestellten

üblicherweise eine halbe Stunde früher kommen und eine halbe Stunde später gehen, wird sich jeder Neueinsteiger zunächst genauso verhalten. Verbreitet ist auch die Masche, dass ein bestimmtes Arbeitspensum angeordnet wird, das innerhalb der Regelarbeitszeit gar nicht zu bewältigen ist. Normalerweise ist die Hemmschwelle bei den Beschäftigten hoch, darauf hinzuweisen, dass man dazu mehr Zeit braucht. Schließlich möchte man im Unternehmen nicht als wenig belastbar und leistungsfähig gelten. Ein dritter Punkt ist das, was in der einer Studie des DIW von Silke Anger als "Investition in die Karrierechancen" bezeichnet wird. Wenngleich meiner Meinung nach die Begrifflichkeiten schief sind, beschreibt sie den Sachverhalt korrekt: Lohnabhängige leisten oft ohne Klagen unbezahlte Mehrarbeit, um ihre Entwicklungsperspektiven im Unternehmen zu verbessern. "Verbessern" kann in diesem Sinne übrigens auch bedeuten, einfach nicht auf die nächste Entlassungsliste zu kommen.

Allerdings ist der Begriff "Investition" falsch, weil eine Investition mit bestimmten Anrechten verbunden ist, während die Mehrarbeit einfach ein Geschenk an den Unternehmer darstellt. Ob dieser sich im Gegenzug nun bei einer Stellenbesetzung erkenntlich zeigt, bleibt seine Sache. Dadurch, dass sich jemand für seinen Chef krumm macht, erwirbt er noch lange keinen Anspruch auf irgendetwas.

▶ Sind diese Methoden legal? Haben die Lohnabhängigen eine

Möglichkeit, diese juristisch unterbinden zu lassen? Sind hier die Gesetze zu unklar formuliert oder gibt es sie gar nicht?

Jörn Boewe: Das findet überwiegend in einer rechtlichen Grauzone statt. Klar illegal wäre die Sache, wenn gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen wird. Aber in der Praxis ist das oft gar nicht der Fall, oder die Verstöße sind nicht so einfach nachweisen. Das Gesetz wird z. B. übertreten, wenn regelmäßig länger als zehn Stunden gearbeitet wird. Oder wenn die durchschnittliche Arbeitszeit über den Zeitraum eines halben Jahres acht Stunden je Werktag überschreitet. Aber kein Gesetz verbietet es, dass Angestellte mit einer 38,5-Stunde-Woche jeden Tag eine halbe Stunde früher kommen und eine halbe Stunde später gehen, weil die Arbeit sonst nicht zu schaffen ist. Illegal wäre es nur, wenn der Arbeitgeber dies direkt anordnet - deshalb hüten sich die Chefs im Allgemeinen auch davor, gerade in den Unternehmen, wo so etwas systematisch betrieben wird. Wenn ein Chef seinen Unterstellten Arbeitsaufgaben erteilt, die in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten sind, läuft das rechtlich übrigens aufs selbe hinaus. Es liegt aber auf der Hand, dass so etwas vor Gericht nicht so einfach zu beweisen ist.

Andererseits ist niemand verpflichtet, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten. Nur kann es für den einzelnen Mitarbeiter unter Umständen äußert schwierig sein, sich dagegen zu wehren. Wenn es im Unternehmen einen Betriebsrat gibt, ist es einfacher, weil

dieser in puncto Arbeitszeit recht weitgehende Mitbestimmungsrechte besitzt: Er kann Überstunden verweigern, Zeiterfassungsregeln einführen und auf die Dienstplangestaltung Einfluss nehmen. Allerdings wird weniger als Hälfte der Beschäftigten in der Bundesrepublik von Betriebsräten vertreten, und bei einem nicht sehr geringen Teil dieser Vertretungen muss man davon ausgehen, dass sie ihnen eher die Interessen der Geschäftsleitungen am Herzen liegen. Rund 90 Prozent aller Betriebe kennen überhaupt keine Betriebsräte.

"Die Gewerkschaften sind kein homogener Block"

▶ Welche Möglichkeiten haben Gewerkschaften, diese unbezahlte Mehrarbeit zu unterbinden?

Jörn Boewe: Prinzipiell kann die Arbeitszeit durch Tarifverträge geregelt werden. Allerdings gibt es immer mehr Betriebe, für die solche Regelungen nicht gelten. Interessanter noch ist das Phänomen der Unternehmen, die einen Tarifvertrag unterschrieben haben, aber trotzdem systematisch auf unbezahlte Mehrarbeit setzen. Ein gutes Beispiel hierfür beschreibt die Lidl-Betriebsrätin Ulrike Schramm-de Robertis in ihrem gemeinsam mit Daniel Behruzi geschriebenen Erfahrungsbericht: "Ihr kriegt mich nicht klein", der vor kurzem bei Kiepenheuer und Witsch erschienen ist. Lidl hat bereits vor vielen Jahren Tarifverträge Im Einzelhandel unterschrieben und trotzdem ein System eingerichtet,

in dem die Leute permanent zu Mehrarbeit genötigt wurden und wahrscheinlich immer noch werden. Überall, wo es keine Betriebsräte gibt, die die Einhaltung kontrollieren und im Notfall auch vor Gericht ziehen, besteht die Möglichkeit, Tarifverträge zu unterlaufen. Die Gewerkschaften haben dies nach meiner Beobachtung viel zu lange vernachlässigt. Schaut man sich die aktuelle, erfreulich aggressive DGB-Kampagne zu den diesjährigen Betriebsratswahlen an, scheint es dort allerdings ein Umdenken zu geben. Allerdings ist es mit Kampagnen nicht getan. Betriebsräten gerade in kleinen und mittleren Betrieben, wenn sie dann einmal zustande gekommen sind, fehlt einfach das rechtliche und praktische Know-how für den alltäglichen Kleinkrieg im Unternehmen, und die Frage der Arbeitszeit ist immer eines der zentralen umkämpften Felder.

Wenn ein neuer Betriebsrat in einem bislang betriebsratsfreien Unternehmen anfängt, mit einer langjährigen Praxis unbezahlter Mehrarbeit aufzuräumen, kann er das ohne professionelle gewerkschaftliche Rückendeckung und Betreuung gar nicht schaffen. Und nach meiner Erfahrung gibt es auf dieser Ebene einfach nicht genug Gewerkschaftssekretäre, die das leisten können. In manchen Branchen werden diese Aufgaben nur noch von befristet Beschäftigten auf "Projekt-Basis" wahrgenommen.

▶ Und was kann der einzelne Angestellte tun?

Jörn Boewe: Wenn von mir unbezahlte Mehrarbeit verlangt oder erwartet wird, ist der erste Schritt, dass ich mir überlege: Will ich mir das auf Dauer gefallen lassen? Wenn ich nein sage, birgt das gewisse Risiken, aber den Arsch zusammen zu kneifen und dem Chef immer alles recht machen zu wollen, ist auf Dauer auch nicht gesund. Der nächste Schritt wäre, jede Überstunde aufschreiben, mit Tag, Uhrzeit und Anlass. Dann sollte man seinen Mut zusammennehmen und sich die Stunden vom Vorgesetzten abzeichnen lassen. Weigert der sich, sollte man auch das dokumentieren. Das allein wirkt manchmal schon Wunder.

Und wenn es einmal zu einer Auseinandersetzung vorm Arbeitsgericht kommt, hat man eine Chance, wenn man das alles konkret belegen kann - aber auch nur dann. Grundsätzlich sollte man sich professionelle Hilfe suchen. Damit wären wir wieder beim Thema Betriebsrat und Gewerkschaft.

▶ Offenbar sind die Gewerkschaften in kleinen und mittleren Betrieben nicht nur gering vertreten, sie setzen sich dort auch zu wenig ein …

Jörn Boewe: Ja. Gerade in kleineren und mittleren Unternehmen passiert zu wenig. Ich denke, das hat auch mit einem mangelnden Problembewusstsein zu tun. Für einen Gewerkschaftsfunktionär, der mental noch im vergleichsweise gesitteten rheinischen Kapitalismus lebt, hat sich das Problem im Grunde erledigt, wenn

der Tarifvertrag abgeschlossen ist. Die Kontrolle der Umsetzung, die nur auf betrieblicher Ebene funktionieren kann, wird vernachlässigt. Gewerkschaften, die so an die Dinge herangehen, bekommen derartige Verwerfungen gar nicht mit. Das hängt bestimmt auch damit zusammen, dass sich die Lebensrealität von Gewerkschaftsangestellten zunehmend von jener der Beschäftigten in den Betrieben unterscheidet. Andererseits: Die Gewerkschaften sind kein homogener Block. Insbesondere bei ver.di kann man die unterschiedlichsten Entwicklungen und Tendenzen beobachten. Dort findet man den verstocktesten 80er-Jahre-Korporatismus neben ausgesprochen modernen, phantasievollen und militanten Organizing-Ansätzen, die teilweise anmuten, als wären sie, sagen wir, dem Arsenal solcher Strömungen wie der Industrial Workers of the World oder der EuroMayday-Bewegung entlehnt.

Abgesehen von, dass ver.di als relativ junger Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Verbände per se eine heterogene Organisation ist, spielt vermutlich auch eine Rolle, dass einige Gewerkschaften in den letzten Jahren auf der unteren Apparatebene ihre eigenen Leute selbst zu halbprekären Bedingungen beschäftigen. Ich war vor ein paar Jahren Betriebsrat in einem mittelständischen Medienunternehmen. Einen Tag nach Weihnachten rief ich meine zuständige Gewerkschaftssekretärin an, um sie zu fragen, ob sie zu unserer Betriebsversammlung im

Januar kommen könnte. "Ich würde schon kommen", sagte sie, "aber ich weiß noch nicht, ob mein Vertrag verlängert wird." Das war am 27. Dezember 2005.

Es ist im Grunde skandalös, dass eine Gewerkschaft ihre Leute unter solchen Bedingungen arbeiten lässt. Andererseits gehört dieser neue Typus von prekären Gewerkschaftssekretären definitiv nicht mehr zum rheinischen Kapitalismus, sondern zur neuen Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts, ist also im Gegensatz zu den Führungsriegen in der Realität angekommen. Das sind Leute, die selbst unbezahlte Mehrarbeit leisten, weil sie hoffen, dass ihr Zeitvertrag nochmal um sechs Monate verlängert wird. Die Gewerkschaftsapparate haben diese Art von Jobs aus den selben Gründen geschaffen wie jedes andere Unternehmen auch: McKinsey hat ihnen gesagt, dass man das heutzutage so macht. Mittelfristig haben sie sich damit aber vielleicht eine Horde von radikalen Störern ins Haus geholt, was ich sehr ermutigend finde.

▶ In welchen Branchen sind solche Methoden besonders verbreitet?

Jörn Boewe: Besonders verbreitet ist dies nach meiner Beobachtung im gesamten Medienbereich und in Berufen, die erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren mit der Verbreitung des Internets entstanden sind. Natürlich auch in großen Teilen des Einzelhandels, wo mit unbezahlter Mehrarbeit von vorn herein

geplant wird, in der Gebäudereinigerbranche. Wenn Sie davon ausgehen, dass das überall außer in Großunternehmen eher die Regel als die Ausnahme ist, liegen Sie sicher nicht falsch.

▶ Wie erkennt man solche Unternehmen?

Jörn Boewe: Wenn in einer Branche besonders viele Teilzeitarbeitsverhältnisse existieren, ist das ein starkes Indiz dafür, dass dort unbezahlte Mehrarbeit bereits in die Kalkulation eingepreist ist.

▶ Ganz normal abhängig Beschäftigte müssen also wie in einer Werbeagentur schuften, ohne dass sie bei erfolgreicher Tätigkeit mehr Geld bekommen....

Jörn Boewe: Ja. Der Druck der Arbeitslosigkeit und die drohende Perspektive, in Hartz-IV-Verhältnisse abzurutschen, haben solche Mechanismen begünstigt.

"Historische Umbruchsituation"

▶ Sind diese Folgen Ihrer Einschätzung nach politisch gewollt?

Jörn Boewe: Eindeutig ja. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit den vier Hartz-Gesetzen einen ausgedehnten Niedriglohnsektor geschaffen, die Lohnkosten insgesamt gedrückt, die Arbeitsverhältnisse autoritärer gestaltet, Arbeitnehmerrechte eingeschränkt und generell das Verhältnis Lohnarbeit und Kapital

zu Gunsten des Kapitals verändert. Das waren keine Kollateralschäden, das war politisch gewollt.

▶ Welche Auswirkungen hat die unbezahlte Mehrarbeit auf Gesamtwirtschaft und Gesellschaft?

Jörn Boewe: Volkswirtschaftlich ist es gewissermaßen ein Geschenk an die Unternehmen, die dadurch Lohnkosten sparen. Was hier "gespart" wird, fehlt aber den Lohnabhängigen als Kaufkraft, d. h. die Binnennachfrage wird geschwächt. Konservativ geschätzt liegt dieser Verlust - wir könnten auch sagen: diese Umverteilung von unten nach oben - im hohen zweistelligen Milliardenbereich, also immerhin um die drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Aber ehrlich gesagt halte ich das nicht für das Schlimmste. Es heißt zwar, Zeit ist Geld, aber für einen Menschen, der seine grundsätzlichen existenziellen Bedürfnisse befriedigen kann, ist Zeit tatsächlich wichtiger als Geld. Ich weiß, dass mir in diesem Punkt eine Menge Leute widersprechen würden, aber ich denke, die liegen falsch. Das ist auch keine Ansichts- oder Geschmacksfrage. "Zeit ist der Raum zu menschlicher Entwicklung", wie Marx schreibt, und sie ist die einzige Ressource, die absolut nicht erneuerbar ist. Wenn eine Minderheit der Mehrheit systematisch Lebenszeit stiehlt, ist das schlicht asozial.

Falls Ihnen das zu existentialistisch klingt, hier noch eine ganz

profane Interpretation: Die Mehrarbeit der einen ist die Erwerbslosigkeit der anderen. Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung, aber auch des eher arbeitgeberfreundlichen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge, leistet jeder abhängig Beschäftigte in der Bundesrepublik in der Woche im Schnitt eine unbezahlte Überstunde, vielleicht auch etwas weniger. Zusätzlich lässt er 2,2 Urlaubstage verfallen. Das hört sich nicht viel an, aber dieses Arbeitsvolumen entspricht mehr als einer Million Vollzeitstellen. Eine Million Menschen sitzen auf der Straße, weil wir nicht pünktlich Feierabend machen.

▶ Blicken Sie dieser Entwicklung optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

Jörn Boewe: In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind Millionen Menschen in unwürdige, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt worden - in der Bundesrepublik Deutschland, einem der reichsten Länder, dem Mutterland der Sozialdemokratie, Europas Industrienation Nummer Eins mit starken Gewerkschaften usw. usf. Effektiven Widerstand dagegen hat es praktisch kaum gegeben. Dennoch bin ich vorsichtig optimistisch. Ich denke, wir befinden uns in einer historischen Umbruchsituation, in deren Verlauf es zu einer weitgehenden Neuformierung der Arbeiterbewegung kommen wird. Dabei wird es gewiss keine schnellen Lösungen geben, sondern eine Vielzahl oft sehr widersprüchlicher Entwicklungen. Die Entstehung der

Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) 2004 war so ein Beispiel. Bei aller Begrenztheit war das zweifellos ein Fortschritt, denn ab diesem Punkt war die bis dahin fast absolute Kontrolle der SPD über die Gewerkschaften gebrochen. Das hat neue Spielräume eröffnet. Das gilt auch für die darauf folgende bundesweite Etablierung der Linkspartei. Natürlich sollte man sich keine Illusionen machen - diese Partei ist eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Aber es ist phänomenal und auch erfreulich, wie sich die Parteienlandschaft der Bundesrepublik innerhalb der letzten fünf Jahre verändert hat. Und die Dinge werden weiterhin im Fluss bleiben. Eine Mitte-Links-Regierung im Bund unter Beteiligung der Linken ist nur eine Frage der Zeit. Vermutlich wird eine solche Regierung beträchtlichen Schaden anrichten, wenngleich vielleicht nicht soviel wie seinerzeit das Kabinett Schröder/Fischer. Es wird ein großes Gejammer geben, aber zugleich wird sich ein politischer Raum links der Linkspartei auftun, der nicht lange leer bleiben wird.

Oder denken Sie an den Streik bei der Deutschen Bahn 2007/2008. Die kleine Lokführergewerkschaft hat den großen DGB-Gewerkschaften gezeigt, wie man einen erfolgreichen Arbeitskampf führt. Fünfzehn Jahre zuvor war das noch ein Verein von Beamten, aber der Anschluss der DDR hat alles durcheinander gewirbelt. Ich will damit nicht sagen, dass die Zukunft in berufsständischen Organisationen liegt. Ich meine vielmehr, die

Neuformierung der Arbeiterbewegung wird nicht das Ergebnis einer bestimmten Linie, sondern sehr verschiedenartiger Anstrengungen sein - teils außerhalb, teils innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Selbst deren konservative Apparate müssen unter dem Druck, dass die Tarifbindung schwindet und der Niedriglohnsektor wächst, irgendetwas machen, wenn sie nicht von der Bildfläche verschwinden wollen. Denken Sie daran, wie ver.di im Einzelhandels-Tarifstreit 2008 gemeinsam mit globalisierungskritischen Gruppen Flashmobs organisiert hat. Das war schon eine kleine Kulturrevolution.

Noch wichtiger ist aber: Die Unternehmer haben dagegen geklagt, und ver.di hat das Recht auf diese Aktionsform im Arbeitskampf durch alle Instanzen verteidigt. Flashmobs machen kann jeder, aber einen Rechtsstreit darüber bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts durchhalten - das muss man sich auch leisten können, dazu braucht man Ressourcen, einen funktionsfähigen Apparat usw. Insofern war das eine gelungene Kombination sehr moderner Aktionsformen mit den Vorteilen, die eine Massengewerkschaft bietet. Wenn wir in dieser Richtung weiter marschieren, werden wir irgendwann Licht am Ende des Tunnels sehen, davon bin ich überzeugt.

Direkter Lobbyismus

Interview mit Kim Otto über das Wirken von "Leihbeamten" in deutschen Ministerien und der EU (Mai 2010)

Die Selbstentmachtung des deutschen Parlamentarismus zugunsten der Wirtschaft hat seit der rot-grünen Bundesregierung nahezu kolumbianische Qualitäten angenommen. Seit dem "Austauschprogramm Seitenwechsel" ist es nämlich offiziell erlaubt, dass sich Lobbyisten als "Leihbeamte" direkt in den Bundesministerien einquartieren. Dies ist aber öffentlich wenig bekannt. Sascha Adamek und Kim Otto haben in ihrem Buch "Der gekaufte Staat" mehrere brisante Fälle recherchiert, in denen Vertreter der deutschen Großindustrie als "Experten" an wichtige Gesetzesänderungen maßgeblich mitgewirkt und die Interessen ihrer Arbeitgeber in die Beschlüsse und Gesetzesvorlagen diktiert haben. Im Zuge der Recherchen der beiden investigativen Journalisten sah sich der Bundesrechnungshof veranlasst, die Ministerien dahingehend zu überprüfen. Telepolis sprach mit Kim Otto.

▶ Herr Otto, der Bundesrechnungshof hat die Ministerien angewiesen, die Zahl der für Wirtschaftsunternehmen tätigen Mitarbeiter bekannt zu geben. Liegen Ihnen diese Zahlen vor?

Kim Otto: Ja, die Zahlen liegen vor und sie haben uns wirklich

erschreckt: Allein zwischen 2004 und 2006 waren pro Jahr im Schnitt 100 Leihbeamte in den Ministerien - insgesamt rund 300. Auch heute sind noch Wirtschaftsvertreter der Konzerne in den Ministerien. Auch der Einfluss dieser Lobbyisten auf die Arbeit der Bundesregierung war enorm: Mehr als 60 Prozent der externen Mitarbeiter vertraten die Bundesregierung bei Veranstaltungen und Verhandlungen. Über 60 Prozent erstellten Leitungsvorlagen für Topbeamte. Über 25 Prozent waren an Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge beteiligt. Und über 20 Prozent der Leihbeamten haben sogar direkt an Gesetzen und Verordnungen formuliert.

▶ Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde nicht nur durch diverse Kommissionen, sondern auch mit dem "Austauschprogramm Seitenwechsel" der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, ihre Interessen direkt der Politik vorzugeben. Wie hat man sich diesen "Seitenwechsel" vorzustellen? Wer war für dieses "Austauschprogramm" verantwortlich?

Kim Otto: Die große Zäsur markiert tatsächlich der Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 1998. Ausgerechnet die in die Jahre gekommenen Alt-68er der Schröder-Fischer-Regierung öffnete neuen Formen des Lobbyismus Tür und Tor. So wartete Bundesinnenminister Otto Schily mit einer spektakulären Idee auf: einem "Personalaustauschprogramm" zwischen Bundesregierung und Wirtschaft. Vertreter von Konzernen sollten Schreibtische in

Bundesministerien beziehen, umgekehrt sollten Bundesbeamte mal die frische Luft der freien Wirtschaft schnuppern. Diese Idee hatte Schily zuvor mit dem Personalvorstand der Deutschen Bank, Tessen von Heydebreck, ausgeheckt. Auf staatlicher Seite machten fast alle Bundesministerien mit. Auf Wirtschaftsseite gehörten zu den Initiatoren die Deutsche Bank, BASF, Siemens, SAP, Lufthansa, ABB, DaimlerChrysler und Volkswagen - also die Crème de la Crème der deutschen Wirtschaft. Natürlich haben die Apologeten dieses neuen Regierungsstils dem Ganzen auch einen hübschen Namen verpasst: "Crossing-over".

"Bezahlte U-Boote"

Der Begriff stammt aus den USA - und hat seine Tücken. "Crossing-over" bedeutet in der Genetik laut Meyers Lexikon: "Genaustausch, Faktorenaustausch zwischen homologen Chromatidenpartnern bei der Chromosomenpaarung". Auf das politische Gefüge übertragen würde dies bedeuten: Die Wirtschaft überträgt ihr interessengeleitetes Wissen dem Staat, der seinerseits seine Informationen in die Wirtschaft einspeist - eben zum Zwecke der "Chromosomenpaarung", also der Entstehung eines gemeinsamen Ganzen. Die klassische Teilung von Profitinteressen und Gemeinwohlinteressen wird, folgt man dieser Idee, über den Haufen geworfen. Konsequent auf allen politischen Ebenen durchgeführt, entstünde ein ziemlich monströses Gesellschaftswesen, in dem ein Chromosom garantiert überflüssig

wäre: die Demokratie. Wer übrigens glaubt, die schlauen Konzernvertreter würden für ihr eingebrachtes Fachwissen von der Bundesregierung bezahlt, der irrt. Die "Leihbeamten" in den Ministerien bekommen ihr Monatssalär weiterhin von den Konzernen. Aber vielleicht überlassen die Unternehmen die Besten ihrer Besten quasi als karitative Leihgabe kostenlos dem Staat? Eine allzu naive Vorstellung. Mit ihren bezahlten U-Booten erwerben die Unternehmensvorstände enormen Einfluss auf Regierungshandeln und zudem jede Menge Insiderwissen. Und schließlich sind die Konzernvorstände ja auch nicht dem Allgemeinwohl, sondern ihren Aktionären verpflichtet

▶ Welche Gesetzesverstöße haben sich in den Ministerien beschäftigte Wirtschaftslobbyisten ihren Recherchen nach zuschulden kommen lassen?

Kim Otto: Wie für fast alles in Deutschland gibt es auch für solche absurden Fälle ein Gesetz. So verbietet § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz unter der Überschrift "Ausgeschlossene Personen" die klassische Vetternwirtschaft. Es ist schon ziemlich beeindruckend, wie genau die Erfinder dieses Gesetzes auf alle Lebenslagen vorbereitet sein wollten, um Kungeleien auszuschließen. Ausgeschlossen von Verwaltungsverfahren sind danach "Verlobte, Ehegatten, Verwandte und Verschwägerte gerader Linie, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten der Geschwister und Geschwister der

Ehegatten" und so weiter.

"Neuer Lobbyismus"

Die Verfasser dieses Gesetzes wollten glasklar unterbinden, dass unabhängige Beamte in Interessenkonflikte geraten, wenn ihre Entscheidungen ihre Verwandten betreffen. Doch nicht nur Familienbande sind verboten. In Abschnitt 5 des § 20 wird auch ausgeschlossen, *"wer bei einem Beteiligten gegen Entgelt beschäftigt"* ist. Doch genau das trifft auf die Lobbyisten aus der Wirtschaft zu. Das Verfahren ist für daher klar rechtswidrig.

▶ Können Sie einige besonders gravierende Folgen dieser Form von Lobbypolitik für die Bevölkerung nennen?

Kim Otto: In dem Buch "Der gekaufte Staat" decken wir zahlreiche Fälle des neuen verdeckten Lobbyismus auf. Ob bei der Auftragsvergabe für das milliardenschwere Lkw-Mautsystem, bei der Abfassung des Fluglärmgesetzes oder der Legalisierung der gefährlichen Hedgefonds, immer standen und stehen Vertreter von Großkonzernen Pate. Gerade das letzte Beispiel will ich erläutern: Ihren Spitznamen in Deutschland haben die Hedgefonds einem Mann zu verdanken, der ganz gern mal einen auf Kumpel macht. Franz Müntefering, bis zum Herbst 2007 Vizekanzler in der großen Koalition. Am 17. April 2005 durften sich die Leser der Bild am Sonntag erstaunt die Augen reiben, als "Münte", bis dato eher einer von der Fraktion "Wir müssen den Gürtel enger schnallen", zum

Generalangriff auf den globalen Finanzkapitalismus blies.

Auf die Frage der Zeitung: "Herr Müntefering, diese Woche haben Sie gegen die wachsende Macht des Kapitals gewettert. Ist Ihnen der Sozialismus lieber?", antwortete der Sauerländer: "Nein, aber Kapitalismus mag ich auch nicht. Ich wehre mich gegen Leute aus der Wirtschaft und den internationalen Finanzmärkten, die sich aufführen, als gäbe es für sie keine Schranken und Regeln mehr. Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir." Gut gebrüllt, Löwe, möchte man Franz Müntefering zurufen. Denn wie es dazu kam, dass der Luftraum über Deutschland überhaupt für die Heuschrecken geöffnet wurde, darüber spricht der gewiefte Politiker lieber nicht. Schließlich war es seine eigene Regierung, die die Ausbreitung dieser Form von Kasino-Kapitalismus möglich machte. Gesetzlich waren Hedgefonds als Anlagemöglichkeit für Inländer schlicht verboten. Ausgerechnet der berühmt-berüchtigte Sparkommissar und SPD-Bundesfinanzminister Hans Eichel kündigte vor der versammelten Bankenelite in Frankfurt am Main an, er werde ein "modernes Investmentgesetz" auf den Weg bringen.

Dieses sehe auch Vorschriften für Hedgefonds vor. Anders ausgedrückt: Das in Deutschland bis dato verbotene Angebot von

Hedgefonds sollte auch in Deutschland legalisiert werden. Hier wurde ein Damm gebrochen, den Deutschland wohlweislich gegen die Hedgefonds mit ihren gefährlichen Geschäftsmodellen errichtet hatte - auch angesichts der hochproblematischen Erfahrungen, die man in den USA schon seit Jahrzehnten mit diesem Finanzinstrument gemacht hatte. Das Gesetz wurde schließlich von einer Angestellten des Bundesverband Investment und Asset Management e.V mitformuliert worden. Die Dame hatte - just während der heißen Phase der Gesetzesformulierung, von Januar bis August 2003 - einen eigenen Schreibtisch im Ministerium, und zwar in der Abteilung "Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik". Die "Leihbeamtin" wurde weiterhin vom BVI bezahlt. Das Finanzministerium übernahm nur Kosten, die ihr Einsatz zusätzlich mit sich brachte: etwa 2000 Euro insgesamt. Die Lobbyarbeit hat sich gelohnt: Die ausländischen Hedgefonds haben sich in Deutschland rasant ausgebreitet, mittlerweile sind sie an rund 1000 deutschen Firmen beteiligt. Das hat vor allem einen Grund: Wenn Anleger ihre Anteile verkaufen, dann müssen sie in Deutschland keine Steuern zahlen - dank der Lobbyistin im Bundesfinanzministerium. Dadurch entgehen dem deutschen Staat Milliarden.

"Rund 70 Prozent der wirtschaftsrelevanten deutschen Gesetze haben ihren Ursprung in Brüssel"

Die BVI-Juristin ist nicht die einzige Vertreterin der Privatwirtschaft,

die vom eigenen Schreibtisch im Finanzministerium aus direkt an einem Gesetz mitwirkte. Auch je ein Mitarbeiter vom Bundesverband Öffentlicher Banken und von der Deutschen Börse AG arbeiteten fleißig an Gesetzen mit, die ihren eigenen Arbeitgeber direkt betreffen. Beide durften ausgerechnet am Kreditwesengesetz wie am Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz mitschreiben. Wie seine Kollegin vom Lobbyverband BVI wurden sie weiterhin von ihren Arbeitgebern bezahlt.

▶ Welche Rolle spielt bei bei der Einflussnahme von Seiten der Großindustrie die EU genau?

Kim Otto: Gesetze, die in Deutschland gelten, müssen zum überwiegenden Teil auch von der EU-Bürokratie abgenickt werden. Das ist auch der Lobby längst klargeworden. Als wir unsere Anfragen auf die EU-Kommission ausdehnten, wurde uns erst die wahre Dimension des Skandals klar. Richtlinien und Verordnungen bestimmen viele Politikbereiche in den EU-Mitgliedsstaaten. Denn sogar rund 70 Prozent der wirtschaftsrelevanten deutschen Gesetze haben ihren Ursprung in Richtlinien und Verordnungen der EU-Kommission in Brüssel. Deshalb ist Brüssel mit der EU-Komission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament zum Mekka der Lobbyisten geworden. Die Lobbywelt in Brüssel ist ziemlich undurchsichtig. Mit der Wichtigkeit der Entscheidungen auf europäischer Ebene wuchs auch die Anzahl der Lobbyisten. Wie viele es tatsächlich sind, weiß niemand genau. Die EU-Kommission

hat vor fünf Jahren eine Schätzung angestellt und kam auf rund 10000 Interessenvertreter in der belgischen Hauptstadt. Mittlerweile sollen es rund 15000 sein. Zum Vergleich: Im EU-Parlament sitzen 785 Abgeordnete. Auf jeden EU-Parlamentarier kommen also fast zwanzig Lobbyisten.

"Unkonventionelle Methoden"

Die EU-Kommission ist, entgegen dem öffentlichen Vorurteil, mit rund 20000 Kommissionsbeamten personell keineswegs gut besetzt und verfügt folglich auch nicht über die Kapazitäten, um Gesetzentwürfe kompetent auszuarbeiten. Sie ist auf Informationen von außen angewiesen. Viele Jahrzehnte lang war das Geschäfte des Lobbyisten in Brüssel dem seines Kollegen in Bonn ähnlich. Der Lobbyist alten Schlages pflegte einfach gute Kontakte zu Fachbeamten und politischen Akteuren, und schon war er im Bilde. Doch die Macht der EU wächst rasant - immer mehr Lebensbereiche der europäischen Bürger werden durch eine EU-Verordnung erfasst, das fängt bei der Babynahrung an und hört irgendwann bei gefährlichen Genüssen im Erwachsenenalter wie dem Rauchen auf. Zugleich werden die Verordnungen immer komplexer, technisch wie juristisch. Da blickt selbst der gepflegte Generalist alter Schule nicht mehr richtig durch. Sich die Sache mit den Verordnungen und Richtlinien nur von außen anzusehen, reicht nicht mehr. Deshalb scheuen Lobbyisten neuen Typs im Einzelfall nicht vor unkonventionellen Methoden zurück. Sie nehmen selbst

die Schreibtische der Beamten in der Kommission ein, und dafür müssen sie nicht einmal nachts einbrechen. Denn die personell mager ausgestattete EU-Kommission ist auch noch dankbar für jeden halbwegs gescheiten Kopf, der ihr auf die Sprünge hilft.

Um sich hinter die Glasfassade der EU-Bürokratie zu beamen, hat der Lobbyist zwei Möglichkeiten: entweder in der Funktion des "abgeordneten nationalen Sachverständigen" (ANS) oder als sogenannter "temporary administrator", eine Art Beamter auf Zeit. Diese arbeiten sogar an hoheitlichen Aufgaben wie etwa Fragen der Luftüberwachung mit. Und mögen diese Experten auch noch so gescheit sein - die Unabhängigkeit wichtiger Entscheidungen ist stets in Gefahr, wenn Partikularinteressen irgendeines Konzerns im Spiel sind.

Statt 100000 Chemikalien müssen 12000 angegeben werden

Hinter Bezeichnungen wie "nationaler Sachverständiger" und "zeitweiliger Beamter", die nach Kompetenz und so gar nicht nach Amtsschimmel klingen, verbergen sich knallharte Lobbyaktionen. So stießen wir im Fall der Chemikalienverordnung REACH sogar auf einen Herrn von der BASF, der zunächst als "zeitweiliger Beamter" für die EU-Kommission an REACH arbeitete, um dann im Bundeswirtschaftsministerium weiterzumachen, dort bezahlt von der BASF. Der Aufwand war verständlich: Schließlich hätte REACH in seiner Vorfassung bedeutet, dass die Chemieindustrie ab einer

bestimmten Jahresproduktion die sichere Verwendung von ca. 100000 chemischen Stoffen hätte nachweisen müssen, darunter mengenabhängig Chemikalien in allen Produkten von der Kleidung über Möbel bis zum Spielzeug. Doch der Lobby gelang es, den betroffenen Stoffkreis über die Jahre mächtig zu reduzieren und die Anforderungen an die verbliebenen Stoffe mit wenigen Ausnahmen herunterzuschrauben.

"Wirken der Inside-Lobby soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit vonstatten gehen."

So müssen bestimmte Mindestdaten nur noch für 12000 bis 16000 Stoffe beigebracht werden. Der gesunde Menschenverstand kapitulierte vor dem Gewinninteresse der Chemiebranche, das allzu gerne mit dem Gemeinwohl verwechselt wird. Wir haben mit unseren Rechercheergebnissen den EU-Verwaltungskommissar Sim Kallas aufgesucht, der auch für die Betrugsbekämpfung zuständig ist. Er ließ sich überzeugen, dass es so nicht geht und ließ aufgrund unserer Recherche alle Lobbyisten aus der EU-Kommission entfernen.

▶ Wurde nach dem Bekanntwerden dieser Vorkommnisse von Seiten der Politik und Justiz Schritte unternommen, um diese Praktiken zu unterbinden?

Kim Otto: Am 26. Juni 2008 verabschiedete die Bundesregierung schließlich strengere Regeln für den Einsatz von Leihbeamten in

den Ministerien. Danach sollen die Mitarbeiter von privaten Unternehmen nicht länger an der Formulierung von Gesetzentwürfen mitwirken und auch keine Leitungs- oder Kontrollfunktionen in den Ministerien mehr ausüben dürfen. Außerdem dürfen die Leihbeamten keine Funktionen übernehmen, die im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge stehen. Das Bundesinnenministerium wird nun zweimal im Jahr über den Einsatz von Leihbeamten berichten. Offengelegt und dokumentiert werden soll, wie viele Leihbeamte in den Ministerien eingesetzt werden und wie lange sie tätig sind, was sie genau tun, für wen sie arbeiten und was sie in dieser Zeit verdienen. Allerdings soll das Innenministerium lediglich den Haushaltsausschuss informieren. Und dieser Bericht ist vertraulich. Das Wirken der Inside-Lobby soll also weiterhin unter Ausschluss der Öffentlichkeit vonstatten gehen.

Es stellt sich die Frage, warum sich die Bundesregierung nicht dazu durchringen kann, die Beschäftigung von Leihbeamten in den Bundesministerien ganz zu beenden. Aus meiner Sicht führt auch selbst eine noch so lückenlose Transparenz in die Leere. Denn das entscheidende Argument gegen die Inside-Lobbyisten lässt sich auch durch die beste Verwaltungsvorschrift nicht aus der Welt schaffen: das in einem Ministerium angesammelte Insiderwissen und der entscheidende Zeitvorsprung, den die Inside-Lobbyisten hier gewinnen

▶ Die Regentschaft von Rot-Grün hat dem direkten Lobbyismus in der deutschen Politik die Wege geebnet. Hat sich seitdem daran etwas grundlegend geändert? Wie transparent ist die direkte politische "Mitarbeit" von Lobbyvertretern im Deutschen Bundestag geworden?

Kim Otto: Auch die nachfolgenden Regierungen hielten an der Verfilzung von Politik und Wirtschaft fest: Zwar saßen nicht mehr ganz so viele Lobbyisten direkt in den Ministerien, doch immer mehr Gesetzvorhaben wurden outgesourced. Allein im Jahr 2009 haben an 16 Gesetze Externe mitgewirkt. Ein Beispiel: Die Rechtsanwaltskanzlei Linklaters schrieb für den damaligen Wirtschaftsminister Gutenberg ein Gesetz zur Staatsübernahme von maroden Banken. Vorher hatte Linklaters vor allem Banken beraten: Etwa die Skandalbank HRE ausgerechnet bei der Übernahmen der Depfa, die Citigroup bei einer Milliarden-Kreditverbriefung, die HSH Nordbank, die Commerzbank und so weiter und so weiter. Kanzleien, die eigentlich die Wirtschaft beraten, welche von den Gesetzen betroffen sind, sind kaum die richtige Adresse, um die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen zu berücksichtigen und abzuwägen.

"Lobbyisten bekommen in Berlin immer mehr Einfluss"

Nur Beamte sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie sollen unabhängig zwischen den Interessen abwägen. Das ist ihr

Vertrauenskapital. Doch die Schwelle, die ein politischer Skandal heute überspringen muss, scheint, wie gesagt, höher geworden zu sein - doch das spricht für eine tiefer gelegte politische Kultur. Denn Lobbyisten bekommen in Berlin immer mehr Einfluss. Laut einer Umfrage unter Beamten sagen inzwischen rund 60 Prozent, es gebe einen "übermäßigen Einfluss" von Lobbyisten. Ins Bild passt nun, dass auch die jetzige Bundesregierung den beiden Wirtschaftsvertretern Weber und Hennenhöfer Schreibtische in Schlüsselpositionen in den Bundesministerien einräumt. Auch Parteispenden, welche offenbar zur Klientelpolitik führen, werden inzwischen nicht mehr als verwerflich angesehen. All das zeigt: Die Verfilzung von Politik und Wirtschaft bedroht längst die Demokratie. Damit haben die Politiker ein Legalitätsproblem. Eines, bei dem es um Geld, Interessen und Einflussmöglichkeiten der Wirtschaft geht. Für Lobbyismus gibt es hierzulande zuwenig strenge Regeln. Das fängt bei den Spenden an. Generell sollten Spenden von Unternehmen verboten werden so wie in Frankreich seit 1995. Auch fehlt in Deutschland ein Lobby-Register. Anders als etwa in den USA. Hier müssen alle Lobbyisten unter Strafandrohung offenlegen, für wen sie arbeiten und was sie dafür bekommen. Ebenfalls müssen hierzulande verbindliche Regelungen für ehemalige Regierungspolitiker, Spitzenbeamte und Wirtschaftsvertreter her.

"Die Verluste werden sozialisiert"

Die Forderung, mindestens drei Jahre zwischen Amt und Wirtschaftsjob vergehen zu lassen, ist bislang nur ein Appell. Sicher lassen sich Manipulationen auch so nicht vollständig ausschließen. Aber zumindest allzu dreiste Verquickungen von Wirtschaft und Politik sollten es schwerer haben, wenn die Öffentlichkeit weiß, wer sie zu manipulieren versucht. Die Politiker haben mehr zu gewinnen, als sie verlieren, wenn der erhebliche Einfluss der Wirtschaft der Vergangenheit angehört. Sie gewinnen wieder an Unabhängigkeit und am Ende stärken sie die Demokratie. Die Wähler würden es Ihnen danken.

▶ Können sie aktuelle Fälle von direkten Lobbyismus geben? Ist die "Bewältigung" der Finanzkrise ein Beispiel dafür?

Kim Otto: Natürlich: Das Ermächtigungsgesetz wurde zum Beispiel über Nacht von Bankvorständen entworfen und damit gehen die deutschen Steuerzahler mit fast 500 Milliarden Euro ins Risiko. Darin verzichtet die Bundesregierung sogar ausdrücklich auf das Recht, das ihr bei einer Beteiligung an einem Unternehmen grundsätzlich zusteht: Aufsichtsräte zu entsenden und damit eine ganz offene Kontrolle auszuüben. Zudem lässt das Gesetz neben einer Beteiligung an "notleidenden" Banken auch die risikoreichste Spielart zu: die Übernahme fauler Kredite. Hier werden ausschließlich die Verluste sozialisiert, macht der Bankkonzern vielleicht in einigen Jahren wieder Gewinn, guckt der Steuerzahler in die Röhre. Und nicht ein Volksvertreter im Bundestag wird

jemals wieder die Hand gegen die eine oder andere Ausgabe aus dem Paket erheben können. Die Handschrift einflussreicher Bankvorstände ist in dem Gesetz unverkennbar. Und den Bundestagsabgeordneten wurde suggeriert, sie müssten dieses folgenschwere Gesetz innerhalb von Stunden durchwinken, um die Volkswirtschaft zu retten. Lediglich die Linke und die Grünen verweigerten sich. Selbst das Parlament im Ursprungsland der Finanzkrise, das amerikanische Repräsentantenhaus, lehnte das dort von der Regierung vorgelegte Rettungspaket zunächst ab, sodass Zeit für Nachbesserungen entstand - klassischer Parlamentarismus. Doch von dem hat sich die Bundesrepublik mit ihrem Vorgehen bei dem 500-Milliarden-Paket wohl auf längere Sicht verabschiedet.

"Dummheit schützt nicht vor Komplizenschaft"

Interview mit Jürgen Roth über kriminelle Strukturen des Finanzkapitals (Juni 2010)

Jürgen Roth ist einer der profiliertesten investigativen Journalisten Deutschlands und widmet sich immer wieder der illegalen Kooperation zwischen Politikern, Wirtschaft und Kriminellen. In seinem neuesten Buch "Gangsterwirtschaft" gibt er einen profunden Überblick über die Entwicklung der Wirtschaftskriminalität in Deutschland seit dem Fall der Mauer und zeigt auf, dass hochgradige Verbrecher nicht nur als Geschäftspartner von der deutschen Finanz- und Wirtschaftselite gehätschelt und gepflegt werden, sondern auch für die neoliberale Umstellung der sozialwirtschaftlichen Parameter und die Finanzkrise verantwortlich zu machen sind.

▶ Herr Roth, in Ihrem Buch "Gangsterwirtschaft" berichten Sie über die Verstrickung der Wirtschaft, insbesondere des Finanzkapitals, mit kriminellen Strukturen in diesem Land. Ab wann können Sie solche Phänomene beobachten und was ist der Grund für ihre Erscheinung?

Jürgen Roth: Die Globalisierung der Wirtschaft und Finanzen, die Öffnung der Grenzen, die Verbreitung des Internet, die

Vermehrung der Steuerparadiese, die neoliberale Politik sowie die Praxis der Korruption haben die Verstrickung von Teilen der Wirtschaft und des Finanzkapitals mit kriminellen Strukturen ermöglicht. Das führte schließlich dazu, dass die in den letzten Jahren ideologisch angetriebene Kultur der Illegalität dann in der Organisierten Kriminalität und damit der Gangsterwirtschaft kulminierte. "Teile der Wirtschaft und der politischen Entscheidungsträger haben sich vom Grundverständnis einer demokratischen Gesellschaftsverfassung gelöst und folgen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, der Logik der Mafia", sagte Wolfgang Hetzer, Jurist und Chefanalytiker von OLAF, anlässlich der 12. Euro Finance Week am 16. November 2009 in Frankfurt am Main.

▶ Wie schätzen Sie diese Verstrickung im Vergleich zu Italien und Russland ein?

Jürgen Roth: Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Deutschland und Italien oder Russland. Insbesondere weil wir hier noch einen vergleichsweise funktionierenden Rechtsstaat haben und eine vergleichsweise unabhängige Presse. Das ändert nichts daran, dass sich die Verquickung von Teilen der politischen Elite und von vielen Unternehmen mit kriminellen Strukturen in Deutschland nicht viel anders darstellt als in Italien oder Russland. Sie sind hier weniger offensichtlich, weil weniger darüber berichtet wird, aus Unkenntnis der internationalen Zusammenhänge und aus purer Feigheit. Es ist ein Denkfehler zu glauben, dass wir hier in

Deutschland auf der Insel der Seligen leben. Wir sind, was die mafiösen Strukturen angeht, global vernetzt. Leider denken wir in dieser Beziehung allenfalls lokal, also begrenzt in jeder Beziehung.

▶ Woher stammen die kriminellen Wirtschaftsbosse?

Jürgen Roth: Das kommt auf die jeweiligen Staaten an. Schauen Sie in die russische Föderation. Da haben alle diese Wirtschaftsbosse ihr Kapital kriminell erworben - ohne Ausnahme. Und sie wurden und werden (von Ausnahmen abgesehen) durch den Staat geschützt. In Deutschland hingegen können sie bei vielen dieser Wirtschaftsbosse feststellen, dass ihnen jegliche sozialen und ethischen Grundsätze, die Basis der Demokratie, abhanden gekommen sind. Und das verbindet sie wieder aufs innigste mit denjenigen, die als kriminelle Wirtschaftsbosse definiert werden.

Ein Beispiel: Auf dem 18. Symposium der privaten European Business School in Oestrich/Winkel wurde, laut offizieller Pressemitteilung, als Stargast beziehungsweise ehrenamtlicher Referent unter anderem Altkanzler Gerhard Schröder angekündigt. Und noch ein Superunternehmer nahm an dem Symposium teil: Oleg Deripaska, Chairmann von Basic Element. Oleg Deripaska gehörte, ausweislich von Zeugenaussagen vor der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart, der kriminellen Organisation Ismailovskaja an. Das Urteil (5 KLS 201 Js6810/06) ist voll von Informationen über die Morde und Raubzüge der

Ismailovskaja. Da erübrigt sich jeder Kommentar.

Jährlich werden 1000 Milliarden Euro gewaschen

▶ Welche Ziele verfolgen die kriminellen Akteure in der Wirtschaft?

Jürgen Roth: Sie wollen wirtschaftliche Übermacht, ihr Ziel ist die Ausschaltung des freien Wettbewerbs - und nicht zu vergessen: ihr kriminell erwirtschaftetes Geld will ja gewaschen werden. Letztendlich ist ihr Ziel auch politische Einflussnahme, auf jeden Fall gesellschaftliche Integration. Letzteres ist ihnen in Europa überwiegend gelungen. Das Beispiel European Business School belegt das trefflich.

▶ Wie geschieht diese Durchdringung der Hochfinanz durch kriminelle Organisationen?

Jürgen Roth: Wenn Sie davon ausgehen, dass nach Schätzungen (konkrete Zahlen gibt es nicht) des IWF jährlich 1.000 Milliarden Euro durch kriminelle Strukturen weltweit gewaschen werden müssen, ist klar, dass ein Teil dieses Geldes in Aktien, Fonds etc. eingebracht und der andere Teil investiert wird. Und ich frage mich immer häufiger, ob man heute die Hochfinanz überhaupt noch von kriminellen Organisationen unterscheiden kann. Es ist eine Frage der Definition.

Politische und wirtschaftliche Eliten kooperieren offen mit

kriminellen Strukturen

▶ Welche Rolle spielen Politiker dabei?

Jürgen Roth: Natürlich eine zentrale Rolle. Ohne sie wäre das alles überhaupt nicht möglich. Professor Dr. jur. Karl-Joachim Schmelz - er war Richter am Landgericht Frankfurt, lehrte an der Fachhochschule Darmstadt und war als Bankrechtsexperte Berater des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags - sagte: "Die wirklich mächtigen Feinde des Rechtsstaats, die mitverantwortlich für die Krise sind, üben nicht in irgendwelchen Lagern in Pakistan. Sie sitzen auf den Stühlen in den Ministerien und Parlamenten." Aber das will niemand hören.

Zum einen kooperieren politische und wirtschaftliche Eliten ganz offen mit kriminellen Strukturen. Ich zeige das in meinem Buch anhand vieler Fälle, auch am Beispiel Opel. Hätte hier der Deal mit den russischen Investoren geklappt, wäre einer der Geschäftspartner Oleg Deripaska geworden, der der weltweit agierenden kriminellen Organisation Ismailovskaja angehört bzw. angehörte. Auch Gazprom wäre ein interessanter Fall, um diese unselige Kooperation aufzuzeigen. Hier fallen europaweit immer wieder die Stichworte Erpressung und Korruption. Merkwürdig, dass sich kein einziger deutscher Journalist intensiv mit Gazprom beschäftigt. Das machen hingegen osteuropäische und russische Journalisten.

▶ Welche Auswirkungen hat die Durchdringung der Marktwirtschaft mit kriminellen Elementen auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft?

Jürgen Roth: Sie zerstört die demokratische Zivilgesellschaft und jegliche Ansätze einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft. Der Sozialstaat wird massiv angegriffen. Aufschlussreich ist, dass die Protagonisten der freien Marktwirtschaft, die so gerne vom freien Wettbewerb sprechen, die gleichen sind, die ihn ausschalten. Es entstehen mit dieser Infiltration durch die global agierenden kriminellen Figuren neue marktbeherrschende Unternehmen, die andere legale Unternehmen vom Markt verdrängen. Auf dem europäischen Kommunikationsmarkt, dem Energiesektor und bei Dienstleistungsunternehmen ist das bereits zu beobachten. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Deutschland: soziale Verelendung und individuelle Entrechtung.

Sondertantiemen für deutsche Ex-Politiker

▶ Können Sie eine Abschätzung abgeben, wie weit deutsche Politiker in mafiöse Strukturen involviert sind? Sind sie dazu überhaupt in der Lage, eine Abschätzung abzugeben, oder müssen sie sofort eine Abmahnung fürchten?

Jürgen Roth: Da gäbe es viele, sehr viele zu nennen. Wer sitzt denn beispielsweise im Aufsichtsrat der Fraport-AG, einem

Unternehmen, das nachweislich mit einem bulgarischen Konzern kooperiert, der in den bulgarischen Medien als hochkarätige organisierte Kriminalität bezeichnet wird? Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist der hessische Finanzminister. Der jetzige EU-Kommissar Günther Oettinger mit seinen einstigen freundschaftlichen Beziehungen zu einem Drogengeldwäscher der Ndrangheta dürfte ja noch in Erinnerung sein. Noch heute verkehren im Restaurant des Mannes der Ndrangheta hohe Beamte der Staatskanzlei in Stuttgart und werden herzlich begrüßt (Küsschen rechts, Küsschen links). In Rheinland-Pfalz waren Regierungsmitglieder, trotz Warnungen des Landeskriminalamtes bereit, Geschäftsbeziehungen mit einem Investor einzugehen, dem Verbindungen zur mexikanischen Drogenmafia nachgesagt werden.

Und ein letztes Beispiel: In der Bank UBS in Zürich fielen im Frühjahr dieses Jahres ungewöhnlich hohe Geldtransaktionen auf, die auf Konten bei der UBS auf den Grand Cayman-Inseln eingerichtet wurden. Deshalb gab es ein Vorermittlungsverfahren bei der FINMA, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht in Bern. Ein Kontoinhaber der UBS-Cayman ist ein deutscher Ex-Politiker. Auf dessen Konto sollen weitaus mehr als 100 Millionen Euro deponiert worden sein. Überweisungsgrund: Sondertantiemen.

Auf jeden Fall gab es ein Vorermittlungsverfahren wegen Geldwäsche. Und es wäre tatsächlich Geldwäsche gewesen, wenn

dieser horrende Betrag zu den Zeiten überwiesen wurde, als er noch ein hohes politisches Amt in Berlin innehatte, also ein PEP war. Nach seinem Rücktritt diente er einigen weltweit agierenden Konzernen und dürfte mit seinem Herrschaftswissen sicher nicht sparsam umgegangen sein. Ein Konzern, für den er heute arbeitet, und von dem die Sondertantiemen stammen, ist bekannt für seine totale Intransparenz und seine Verbindungen zu bekannten Ex-Mafiosi.

Den Namen des Ex-Politikers wie des spendablen Konzerns würde ich schon gerne nennen, aber dann drohte in der Tat eine Klage. Denn die Zeugen von der FINMA in Bern würden nicht bereit sein, die entsprechenden Unterlagen herauszugeben. Sie müssten mit ihrer fristlosen Entlassung rechnen. Und beim BND, wo diese Erkenntnisse ebenfalls vorliegen dürften, wird man sich in Schweigen hüllen.

Kultur der Komplizenschaft mit kriminellen Strukturen

▶ Sie schreiben in ihrem Buch, dass der Finanzcrash "ein Kapitalverbrechen" sei, "für welches die Bürger noch jahrelang teuer bezahlen müssen". Sie sprechen diesbezüglich auch von "Staatskriminalität". Können Sie das für unsere Leser weiter ausführen? Wie würden Sie in diesem Zusammenhang die Tätigkeit von Ratingagenturen bewerten? Welchen Stellenwert besitzt hier die Hypo-Real-Estate-Katastrophe? Hat in diesem Zusammenhang

die einstmalige rot-grüne Bundesregierung besonders fatal agiert? Wird hier die Aufklärung politisch verhindert?

Jürgen Roth: Seltsamerweise wird der internationale Finanzcrash von den Medien und Politikern weitgehend entweder US-Bankern oder durchgeknallten europäischen und deutschen Finanzjongleuren in die Schuhe geschoben. Da macht man es sich ein wenig zu leicht - aber das ist ja auch bequemer.

Ausgangspunkt für diesen Finanzcrash ist jedoch das soziale und kulturelle Umfeld, das politische Klima der neoliberalen Ordnungspolitik und die damit seit Jahren verbundene herrschende Kultur der Komplizenschaft mit kriminellen Strukturen, mit Despoten und fragwürdigen Staatschefs. Das war sozusagen der Humus für den Finanzcrash und deren politische Protagonisten. Bis zum Finanzcrash hat sich doch niemand mit den Ratingagenturen und ihren höchst eigenwilligen und eigennützigen Wirtschaftsinteressen beschäftigt. Sie sind ein Krebsgeschwür, das anscheinend nicht mehr zu bekämpfen ist.

Bei allen Finanzcrashs in Deutschland, ob Hypo Real Estate oder Bayerische Landesbank, zeigte sich die Bereitschaft, reine Profitinteressen einer kleinen Clique dem Gemeinwohl überzuordnen. Und die zuständigen Politiker in der Bundesregierung haben alle mitgemacht. Dummheit und Unwissenheit schützt bekanntlich nicht vor Komplizenschaft. Was

die rot-grüne Bundesregierung angeht, so sind ihre Repräsentanten, insbesondere in der SPD (Schröder, Clement, Steinbrück etc.), die Hauptverantwortlichen für diesen Zustand. Aufklärung war politisch nicht gewollt - im Gegenteil.

▶ Nach allem was bislang bekannt ist, wurden von den Akteuren der Finanzkrise keine Gesetze gebrochen, sondern von Politikern Gesetze erlassen, welche die hochriskante und, wie sich herausstellte, fatale Spekulationspraxis erst ermöglichte. Diese Politiker haben bislang juristisch nichts zu befürchten. Wäre es hier nicht an der Zeit, über gesetzliche Maßnahmen wie der römischen Multation nachzudenken, welche Fälle grober Verantwortungslosigkeit mit der Einziehung des kompletten Vermögens des Verantwortlichen ahndete?

Jürgen Roth: Na ja. In den USA oder in Irland werden sie ja inzwischen strafrechtlich verfolgt. Nur in Deutschland genießen sie weiterhin den Schutz der politischen Elite in Berlin. Eigentlich müssten nicht nur die Banker etc. vor Gericht gestellt werden, sondern auch die Komplizen in der Politik. Leider gibt es dafür noch keinen Straftatbestand in Deutschland. In Italien übrigens wird die von ihnen beschriebene *Multation* ja bereits praktiziert. Aber dort sind auch die Gesetze andere als hier. Und Sie glauben doch nicht im Ernst, dass eine Staatsanwaltschaft, die bekanntlich politisch abhängig ist, hier entsprechende Verfahren gegen einflussreiche Politiker und Staatssekretäre eröffnen würde.

Über Abmahnungen wird offene Zensur praktiziert

▶ Welche Funktion haben Rechtsanwälte für Kriminelle, die sich auf das Abmahnen spezialisiert haben?

Jürgen Roth: Immer häufiger sind bestimmte Rechtsanwälte sogenannte Consiliere von Kriminellen. Sie stehen mit Rat und Tat den Top-Kriminellen zur Verfügung, sie sind gewissen- und skrupellos. Da werden ja auch gleich Tausende Euro als Erstberatung über den Tisch geschoben. Und es ist schon interessant zu verfolgen, welche Top-Mafiosi in Deutschland sich immer die gleichen Anwälte aussuchen. In Hannover ist bekannt, dass ein dortiger Rechtsanwalt, eng befreundet mit Ex-Kanzler Gerhard Schröder und dem WAZ-Chef Bodo Hombach, besonders herzige Beziehungen zum Chef der Hells Angels unterhält. Natürlich hält er seinen Freund von den Hells Angels für ein Unschuldslamm.

▶ Wie stark schätzen Sie generell die Beeinträchtigung journalistischer Arbeit durch diese Abmahnanwälte in Deutschland ein? Warum versuchen hier Journalisten nicht Einfluss zu nehmen auf eine Änderung der bislang fatalen Rechtsprechung?

Jürgen Roth: Sie praktizieren offene Zensur. Ich entschuldige mich in meinem Buch am Ende dafür, dass ich leider, aus Angst vor juristischen Repressalien, häufig keine konkreten Namen und Firmen nennen kann, was mich zutiefst ärgert. Das trifft übrigens

auch für dieses Interview zu. Ich könnte in die Luft gehen, habe aber keine Chancen, genau wie viele andere Kolleginnen und Kollegen.

Warum versuchen Journalisten hier nicht Einfluss zu nehmen? Das ist eine gute Frage. Teilweise sind ihre Chefs zu feige, teilweise will man sich nicht mit bestimmten Gerichten anlegen, weil vielleicht Abhängigkeitsverhältnisse bestehen und schließlich ist es eine Frage des Geldes. Es wird ja immer wieder mal bis zum BVG oder BGH geklagt - mit Erfolg übrigens. Aber das ist sündhaft teuer. Fazit: Der Rechtsstaat schützt seine kriminellen Feinde und lässt diejenigen Autoren, die über diese Kriminellen berichten, im Regen stehen.

▶ Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder adoptierte seinerzeit, als seine Umfragewerte nach unten gingen, ein Mädchen aus Russland, was zwar nach russischem, nicht aber deutschem Adoptivrecht möglich ist. Ist dieser Fall symptomatisch für eine neue Politikerkaste?

Jürgen Roth: Das zeigt doch nur, welch warmherziger und sozial denkender Politiker Gerhard Schröder war. Und er hat ja einen guten Freund damals gehabt - der von Schröder hoch verehrte Wladimir Putin, das Musterbeispiel für einen Demokraten im Verständnis von Gerhard Schröder. Wenn es einen Straftatbestand der ethischen Korruption gäbe, hier würde er zutreffen. Aber, wie

zu Beginn des Interviews gesagt, Ethik spielt bei der politischen Elite keine Rolle mehr.

Schleifung der Überkapazitäten

Interview mit Robert Kurz über die globale Wirtschaftskrise, die Krise der Staatsfinanzen und Gefahren von Deflation und Inflation (Juli 2010)

Der im Juli 2012 verstorbene Krisentheoretiker Robert Kurz hatte bereits mit seinem 1991 publizierten Buch "Der Kollaps der Modernisierung" den Kapitalismus als Wirtschaftssystem analysiert, welches aufgrund seiner eigenen Widersprüche, vornehmlich der Verdrängung menschlicher Arbeit durch Wissenschaft und Technik und den damit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Erzeugung von Profit, alles andere als die beste aller ökonomischen Welten darstellt. Anders als der überwiegende Teil der Globalisierungskritiker erklärt er aber die aktuelle globale Krise nicht mit den moralischen Verfehlungen einer korrupten Manager- und Politiker-Kaste, sondern deutet sie als Folge der Widerspruchsdynamik eines Systems, das in seinem krisenhaften Verlauf sämtlichen Lebensbereichen seine Funktionslogik aufherrscht.

▶ Herr Kurz, in den letzten drei Jahren hat die Wirtschaftskrise drei Transformationsstadien hervorgebracht: Von der Immobilienkrise zur Finanzkrise, von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise und von der Wirtschaftskrise zur Währungskrise. Inwiefern lassen sich diese drei sich verschärfenden Krisenphasen mit ihrem Konzept der

allgemeinen Wirtschaftskrise des Kapitalismus erklären?

Robert Kurz: Jene drei Transformationsstadien bilden nur die Oberfläche der Erscheinungen ab. Die Immobilienkrise war der Auslöser für eine seit langem schwelende Schulden- und Finanzkrise. Diese hat ihre Ursache nicht in sogenannten spekulativen Exzessen gegenüber einer an sich "gesunden" Normalwirtschaft, sondern umgekehrt: Die Schulden- und Finanzblasen waren eine Folge mangelnder realer Verwertung des Kapitals. Schon immer ist der Kreditüberbau kein äußerer Faktor, sondern integraler Bestandteil der kapitalistischen Warenproduktion und mit dieser verschränkt. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich dieses innere Verhältnis zu einer strukturellen Abhängigkeit der sogenannten Realwirtschaft von den Finanzmärkten gesteigert. Deshalb musste die Finanzkrise zu einem historischen Einbruch der Konjunktur führen.

Mexiko-, Asien-, Russland- und Dot-Com-Krise

Alle Momente jener drei Stadien waren schon in der dichten Abfolge von Krisen seit der ersten Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 enthalten. Zunächst schien es sich nur um eine Schuldenkrise der Peripherie zu handeln, die aber schon bald die kapitalistischen Zentren erreichte. Anfang der 1990er Jahre platzte die japanische Immobilienblase und der Nikkei-Index schrumpfte auf ein Viertel seines Höchststandes. Von der daraus folgenden Bankenkrise und

binnenkonjunkturellen Stagnation hat sich Japan bis heute nicht erholt. Mitte der 1990er Jahre brach die Verschuldung der asiatischen Tigerstaaten in Fremdwährung (Dollar) zusammen und führte zu einer Währungskrise mit einer scharfen Rezession. Ähnliche Erscheinungen waren bei den Finanzkrisen Russlands am Ende der Jelzin-Ära und Argentiniens um die Jahrhundertwende zu beobachten. 2001 platzte weltweit die Dotcom-Blase und die "neuen Märkte" mit ihrer astronomischen Börsenkapitalisierung von Internet-Klitschen verschwanden von der Bildfläche, was eine kurze globale Rezession nach sich zog.

"Größte Immobilienblase aller Zeiten"

Alle diese Krisen hatten eines gemeinsam: Sie waren weltregional oder sektoral beschränkt und schienen deshalb bewältigbar, vor allem durch eine Niedrig- oder Nullzinspolitik der Notenbanken, für die Japan das Muster geliefert hatte. Diese Geldschwemme der Notenbanken, insbesondere der US-amerikanischen Fed, brachte nicht nur die größte Immobilienblase aller Zeiten hervor, sondern nährte damit auch eine ungeahnte Defizitkonjunktur, die sich vor allem im pazifischen Defizitkreislauf zwischen den USA und China niederschlug und für einige Jahre die Weltwirtschaft mitnehmen konnte. Noch im Frühsommer 2008 wurde der Boom von den Wirtschaftsinstituten auf Jahrzehnte hinaus hochgerechnet, obwohl allen die "Ungleichgewichte" der pazifischen Export-Einbahnstraße bewusst waren. Aber das Problem wurde heruntergespielt und

nicht mehr ernst genommen angesichts der scheinbaren Faktizität eines "finanzgetriebenen Wachstums".

"Globale Kettenreaktion"

Der Bankrott von Lehman Brothers im Herbst 2008 brachte es an den Tag, dass die globalisierte Finanzblasen-Ökonomie in Wirklichkeit restlos ausgereizt war. Die davon ausgelöste globale Kettenreaktion erfasste nicht nur alle Zentren gleichzeitig, sondern auch die letzten Winkel des Weltsystems von Island bis Kasachstan. Der globalen Defizitkonjunktur ging der Sprit aus. Dieser Einbruch war mit einer zusätzlichen Geldschwemme der Notenbanken nicht mehr bewältigbar. Überall musste der Staatskredit in einer Dimension einspringen, die selbst die früheren Kriegswirtschaften übertraf. Die Rettungspakete für das Bankensystem haben die Bilanzen nicht saniert, sondern nur vorläufig über Wasser gehalten. Zusätzliche staatliche Konjunkturprogramme in derselben Größenordnung konnten den totalen Absturz zwar auffangen, aber das Problem wurde nur von den Finanzblasen auf die Staatsfinanzen verlagert.

"Allgemeine Krise der Staatsfinanzen"

Die Konsequenzen machten sich zuerst am drohenden Staatsbankrott Griechenlands und einer damit verbundenen Krise der europäischen Währungsunion geltend. Griechenland bildet das schwächste Kettenglied in der Euro-Zone und diese das schwächste

Kettenglied im Weltwährungssystem, weil der Euro auf völlig disparate nationale Produktivitätsniveaus mit unterschiedlicher Kapitalstärke als Kunstwährung aufgesetzt wurde und nur tauglich für die einseitigen Exportströme der Defizitkonjunktur war. Diese Währungskrise hat aber eine andere Qualität als die früheren; sie ist der Vorbote für eine allgemeine Krise der Staatsfinanzen, die nicht nur die zentralen EU-Staaten wie die BRD, Frankreich und Großbritannien erfassen wird, sondern auch die USA und China. Gegenwärtig möchte man sich damit trösten, dass die Rettungspakete das "Vertrauen" in das marode Finanzsystem wieder herstellen bzw. die Berge an faulen Krediten wieder in handelbare Papiere zurückverwandeln würden, während die immensen Konjunkturprogramme den "Anschub" für eine neue selbsttragende Weltkonjunktur abgeben sollen. Dieser Entwarnungsdiskurs, der an der Oberfläche der Erscheinungen klebt und sich von Quartal zu Quartal hangelt, hat aber die Rechnung ohne den Wirt der zugrunde liegenden kapitalistischen Systemgesetzlichkeit gemacht. Der seit 2008 ablaufende Krisenprozess bildet nicht nur die globale Kulmination der partiellen Krisenerscheinungen in den letzten drei Jahrzehnten, sondern er unterscheidet sich auch von allen früheren konjunkturellen oder strukturellen Krisen.

"Innerer Selbstwiderspruch der Kapitalverwertung"

Reif geworden ist damit ein säkularer innerer Selbstwiderspruch

der Kapitalverwertung, der sich in zwei Stufen darstellen lässt. Zunächst hat die von der Konkurrenz erzwungene Produktivkraftentwicklung dazu geführt, dass der Anteil des Sachkapitals (Maschinen usw.) im Zuge der Verwissenschaftlichung der Produktion gegenüber dem Anteil der Arbeitskraft immer größer wurde. Um auch nur eine einzige kapitalproduktive Arbeitskraft anwenden zu können, musste ein stets wachsendes Sachaggregat mobilisiert werden (steigende Kapitalintensität). Damit wuchsen die toten Vorauskosten für die Kapitalverwertung in einem Maße an, dass sie immer weniger aus den laufenden Gewinnen finanziert werden konnten (Maschinen übertragen nur früher produzierten Wert und schaffen keinen Neuwert). Die Folge war eine historische Expansion des Kreditsystems auf allen Ebenen (Unternehmen, Staat, private Haushalte). Um aktuellen Mehrwert produzieren zu können, musste in stetig wachsendem Ausmaß auf zukünftigen Mehrwert in Form des Kredits vorgegriffen werden. Dieser Widerspruch war aushaltbar, solange die Kredite aus laufender realer Mehrwertproduktion bedient werden konnten.

"Dritte industrielle Revolution"

Mit der dritten industriellen Revolution der Mikroelektronik seit Ende der 1970er Jahre erlosch jedoch dieser Kompensationsmechanismus; die realen Mehrwert produzierende Arbeitskraft wurde in neuer historischer Dimension sukzessive wegrationalisiert. Damit drohten die immer weiter in die Zukunft

vorgreifenden Kreditketten zu reißen und rissen auch tatsächlich an immer mehr Stellen. Es ist kein Zufall, dass der Einsatz der dritten industriellen Revolution mit dem Beginn jener Serie von Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen zusammenfällt, die heute ihre Kulmination erleben.

"Faul gewordener Kreditüberbau und Finanzblasen"

Die sogenannte neoliberale Revolution war kein subjektives politisches Projekt, sondern eine Flucht nach vorn angesichts des objektiven Problems mangelnder realer Mehrwertproduktion. Was jetzt blauäugig als historischer Fehler ausgegeben wird, nämlich die umfassende Deregulierung der Finanzmärkte, war in Wirklichkeit die einzig mögliche Art und Weise, den Kollaps des Weltsystems hinauszuschieben. Die Kapitalverwertung virtualisierte sich in Gestalt eines nicht mehr von realer Wertsubstanz einholbaren "fiktiven Kapitals"; die Verschuldungs-Ökonomie mutierte zu einer Finanzblasen-Ökonomie (Aktien und Immobilien) mit immer abenteuerlicheren Derivaten. Dieser Zusammenhang entwickelte sich über mehr als zwei Jahrzehnte zu einer in der kapitalistischen Geschichte beispiellosen defizitären Realwirtschaft. Die Defizitkonjunktur ist deshalb so zu nennen, weil die Scheinverwertung nicht wie bei früheren kurzzeitigen Blasenbildungen im Finanzhimmel verblieb, sondern als substanzlose Kaufkraft für Konsum der Mittelschichten (bei fallenden Reallöhnen) ebenso wie für Investitionen in die selber

nach kapitalistischen Kriterien irreal werdende Realwirtschaft eingespeist wurde und die globale Konjunktur befeuerte. Die Millionen von scheinbar realen Arbeitsplätzen in den einseitig ausgerichteten Exportindustrien sind eine optische Täuschung, weil der Absatz ihrer Produkte nicht auf realen Gewinnen und Löhnen beruht, sondern auf der Einspeisung aus dem faul gewordenen Kreditüberbau und aus den Finanzblasen.

"Verlagerung des Problems auf den Staatskredit"

Schon die Geldschwemme der Notenbanken, die den Bruch mit der monetaristischen Doktrin des Neoliberalismus (Begrenzung der Geldmenge) vollzog, war eine verzweifelte Notmaßnahme. Die jüngste Verlagerung des Problems auf den Staatskredit löst das Problem erst recht nicht, sondern schiebt es nur bis zum erwartbaren neuerlichen Einbruch hinaus. Nirgendwo sind neue reale Verwertungspotentiale in Sicht, für die staatliche Konjunkturprogramme einen "Anschub" bilden könnten. So erweist sich der innere Zusammenhang von Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise als historische innere Schranke des Kapitals auf der Höhe der von ihm selbst erzeugten Produktivkraftentwicklung und Verwissenschaftlichung der Reproduktion. Der erreichte Grad der negativen (auf Wert und Konkurrenz beruhenden) Vergesellschaftung lässt sich nicht mehr in die kapitalistischen Kategorien einbannen.

▶ Wie hoch sind nun ihrer Schätzung nach die Gefahren einer Inflation oder Deflation?

Robert Kurz: Inflation und Deflation sind nur zwei verschiedene Formen der Entwertung von Aggregatzuständen des Kapitals. Strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und Billiglohn im Weltmaßstab als Folge der dritten industriellen Revolution brachten bereits eine deflationäre Entwertung der Ware Arbeitskraft, also des nach Marx "variablen" (allein Neuwert produzierenden) Kapitalbestandteils. Die Kehrseite war die Finanzblasen-Ökonomie, der Aufbau von substanzlosen und damit fiktiven Ansprüchen bzw. Guthaben als Vermögensinflation (asset inflation). Weil die globale Verkettung dieser Vermögensinflation sich über viele Währungsräume erstreckte, konnte sie sich längere Zeit halten, ohne in eine große Entwertung des Geldmediums selbst umzuschlagen. Das war allerdings im Endstadium der letzten Defizitkonjunktur absehbar, als die Inflationsraten in vielen Schwellenländern, auch in China, auf 20 Prozent zusteuerten und in den USA für Ende 2008 eine Rate von 6 bis 10 Prozent erwartet wurde. Im Grunde hätte die Kreation von substanzloser Kaufkraft durch die Finanzblasen trotz ihrer komplexen globalen Vermittlungswege letzten Endes zu demselben inflationären Resultat geführt wie das klassische Anwerfen der Notenpresse.

"Vermögensinflation schlug nicht in Geldinflation um, sondern in Vermögensdeflation"

Dieses Szenario erledigte sich jedoch, als der Crash der Finanzmärkte auf einen Schlag Billionen von Dollars und Euros fiktiver Vermögenswerte verbrannte oder in Form von eigentlich wertlosen, aber mittels Staatsbürgschaften besicherten toxischen Papieren in den Banktresoren zurückließ, die bilanztechnisch ausgelagert wurden. Die Vermögensinflation schlug also nicht in eine Geldinflation um, sondern in eine Vermögensdeflation. Nachdem auf diese Weise der bisherige Mechanismus der Defizitkonjunktur abrupt zum Stehen gekommen war, hätte ein ebenso rapider Abbau der globalen Überkapazitäten in der Produktion (vor allem der Autoindustrie) folgen müssen, die nur aufgrund des Zustroms fiktiver Kaufkraft aus den Schulden- und Finanzblasen hatten aufgebaut werden können; also eine um sich greifende Entwertung von Sachkapital in den Fabriken (Produktionsmittel) und Warenkapital auf dem Markt (unverkäuflich werdende Waren), verbundenen mit einem weiteren Schub der Entwertung von Arbeitskraft (Massenentlassungen). Bis heute läuft zwar eine globale Pleitewelle, aber die Deflation von Sach- und Warenkapital konnte vorläufig abgebremst werden durch die kreditfinanzierten gigantischen Staatsprogramme. Sowohl im Finanzsektor als auch im Produktionssektor wurde also gegen die heiß geliebten Marktgesetze die berühmte "Marktbereinigung" verhindert, weil mangels neuer realer Verwertungspotentiale nach dieser "Bereinigung" nur noch eine ökonomische Wüste zurückbleiben würde.

Unternehmen werden durch künstliche Beatmung am Leben erhalten"

Die Schleifung der Überkapazitäten ist damit aber nur aufgeschoben; sie wird in absehbarer Zeit durch die Krise der Staatsfinanzen exekutiert. Alle Konjunkturprogramme und Beihilfen sind letztlich unproduktiver Staatskonsum, auch wenn damit vordergründig Unternehmen durch künstliche Beatmung am Leben erhalten werden. Der Staat müsste die Kredite für diesen Konsum aus der Abschöpfung (Besteuerung) der Gewinne und Löhne aus realer Mehrwertproduktion bedienen. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, denn das ganze Manöver ist ja nur nötig, weil letztere nicht mehr in ausreichendem Umfang stattfindet. Ultima ratio in solch auswegloser Situation ist eben das Anwerfen der Notenpresse, wie man es aus den Kriegswirtschaften kennt; jetzt aber zwecks künstlicher Lebensverlängerung der kapitalistischen Produktionsweise als solcher.

"Weichen gestellt für den Aufbau eines gewaltigen Inflationspotentials"

Die Notenbanken haben bereits etliche Sicherheitsventile gekappt, indem sie teilweise gegen ihre eigenen Vorschriften toxische Papiere von den Banken als "Sicherheiten" akzeptieren oder potentiell wertlose Staatsanleihen von Kandidaten für den Staatsbankrott aufkaufen (EZB). Einerseits sind so die Weichen

gestellt für den Aufbau eines gewaltigen Inflationspotentials, das heißt der Entwertung des kapitalistischen Selbstzweck-Mediums Geld, von dem alle Aggregatzustände des Kapitals ausgehen und in das sie wieder zurückverwandelt werden müssen. Da die Geldschwemme der staatlichen Rettungspakete und Konjunkturprogramme (im Unterschied zur Geldschwemme der Notenbanken für die transnationalen Finanzmärkte) direkt in die jeweiligen Währungsräume eingespeist wird, ist die Inkubationszeit für die Realisierung des inflationären Potentials viel kürzer als im Fall der transnationalen Finanzblasen-Ökonomie. Andererseits schreckt man eben deswegen davor zurück, die Notenpresse weiter anzuheizen. Die aktuelle relative Stabilisierung auf niedrigerem Niveau als in Zeiten der boomenden Defizitkonjunktur wird aber allein von den Staatsprogrammen getragen; angesichts der realen Verwertungslage müsste der Staat dauerhaft die Konjunktur subventionieren, und das ginge nur über die Notenpresse. Deshalb konterkarieren die Sparprogramme die Rettungsmaßnahmen.

Dieses Dilemma wird seine Verlaufsform nehmen. Das Hü und Hott von sich wechselseitig ausschließenden Maßnahmen kann nicht dazu führen, dass sich Deflation und Inflation einfach aufheben und in Wohlgefallen auflösen. Da es sich bei Inflation (in Bezug auf Geld als solches) und Deflation (in Bezug auf Arbeitskraft, Geldvermögen, Sachkapital und Warenkapital) nur um verschiedene Formen der Entwertung von Elementen der

kapitalistischen Reproduktion handelt, können sie im Prinzip auch gleichzeitig auftreten. Das wird umso mehr der Fall sein, wenn die Geld- und Wirtschaftspolitik von der Not getrieben zwischen gegensätzlichen Optionen hin- und herschwankt. Schon Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre gab es als erste Folge der mangelnden realen Verwertung eine Gleichzeitigkeit von deflationärer Stagnation und steigender Inflation (Stagflation). Das war ja gerade der Anlass für die neoliberale Revolution gewesen, die aber mittels jener deregulierten Finanzblasen-Ökonomie nur einen historischen Aufschub bewirkte. Jetzt kehrt das damalige Problem auf einer weitaus höheren Stufenleiter der inneren Widersprüche zurück. Möglich sind daher sowohl ein deflationärer oder inflationärer Schock, wenn eine der gegensätzlichen Optionen voll gefahren wird, als auch eine Periode der Stagflation mit wesentlich heftigeren Ausschlägen als vor 30 Jahren, wenn beide Optionen sich mit einander ausschließenden Maßnahmen in rascher Folge ablösen.

Zweite Welle der globalen Wirtschaftskrise innerhalb der nächsten Jahre

▶ Kritiker des Neoliberalismus werfen bei der griechischen Haushaltskrise den deutschen Politikern vor, die Zusammenhänge falsch darzustellen, über die Sparauflagen des IWF das Konzept des Wohlfahrtsstaates zu strangulieren und überhaupt widersinnige Lösungsansätze zu verfolgen. Können Sie diesen Kritikern

beipflichten oder geht Ihrer Meinung nach diese Beurteilung am Kern des Phänomens vorbei?

Robert Kurz: Eine bloße Kritik des Neoliberalismus (wie bei Attac und großen Teilen der Linken) ist verkürzt, weil sie gar nicht zu den inneren Zusammenhängen der Krise vordringt, sondern lediglich eine falsche Wirtschaftspolitik sehen möchte. Verbunden damit ist die Hoffnung auf eine keynesianische Kehrtwende, die zurück zu einem "guten" Kapitalismus mit Arbeitsplatz-Investitionen und wohlfahrtsstaatlichen Gratifikationen führen soll. Das ist Traumtänzerei, die in der Tat am Kern des Problems vorbeigeht, weil sowohl die neoliberale als auch die keynesianische Doktrin die kapitalistische Produktionsweise, deren Kategorien und Kriterien, gleichermaßen blind voraussetzen. Unter den qualitativ neuen Krisenbedingungen ist aber die herrschende Produktionsweise selber das Problem. Der Keynesianismus kehrt nur als Krisen- und Notstandsverwaltung zurück, das heißt als Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln. Dabei können sich die inneren Widersprüche nur verschärfen.

"Südeuropäische Länder wurden mit Hilfe des Euro niederkonkurriert"

Richtig ist allerdings, dass nicht nur die deutschen Politiker die Zusammenhänge falsch darstellen und widersinnige Lösungsansätze verfolgen; aber die eitle Hoffnung auf einen re-

regulierten keynesianischen Wohlfahrtsstaat ist selber ein widersinniger Lösungsansatz. Denn worin besteht der Widersinn? Neben dem großen pazifischen gab es auch einen kleineren europäischen Defizitkreislauf, für den eigentlich der Euro konzipiert war; und zwar im deutschen Interesse. Die immensen deutschen Exportüberschüsse gingen und gehen zu mehr als 40 Prozent in die EU und insbesondere in den Euro-Raum. Diesen Überschüssen stehen die Handels- und Leistungsbilanzdefizite der anderen EU-Länder, insbesondere der südeuropäischen, gegenüber. Sie wurden mit Hilfe des Euro niederkonkurriert, da es keinen Ausgleich durch Abwertung der nationalen Währungen mehr gab. Nachdem überall die relativ schwache Reanimation der Defizitkonjunktur durch die Verlagerung des Problems von der Finanzblasen-Ökonomie auf den Staatskredit getragen wird, bilden nunmehr die Staatsdefizite der benachbarten europäischen Länder die Kehrseite eines Großteils der deutschen Exportkonjunktur.

"Verkehrte Welt"

Die deutschen Eliten wollen diesen Zusammenhang nicht wahrhaben und die vermeintlichen Exportvorteile nicht preisgeben. Dazu gehört neben der Währungsunion die Tatsache, dass sich die BRD nicht erst seit Hartz IV den größten Billiglohnsektor in Europa leistet und die Reallöhne hierzulande unter Beihilfe der still haltenden Gewerkschaften stärker gesunken sind als anderswo. Die stetig steigenden Exportüberschüsse auf diesen Grundlagen

bewirkten eine relative Kapitalstärke der BRD. Jetzt aber sind die Geschäftsgrundlagen dieses Modells in Frage gestellt. Innerhalb der EU deutet sich ein Konflikt zwischen den Defizitländern und der BRD an. Auch im größeren Maßstab der transatlantischen Beziehungen haben sich die wirtschaftspolitischen Fronten verkehrt. Die USA als größtes Defizitland verlangen ebenso wie die Südeuropäer, dass die BRD jede Sparpolitik aufgibt und den Binnenkonsum ankurbelt, um die Ungleichgewichte abzubauen. Verkehrte Welt: Die ehemaligen Vorreiter des Neoliberalismus fordern nun eine diametral entgegengesetzte Wirtschaftspolitik und nehmen einen Part ein, den die deutschen Gewerkschaften sich nicht zutrauten. Das scheint den keynesianischen Hoffnungen entgegenzukommen, ist aber insofern widersinnig, als damit eben die inflationäre Option forciert würde. Wie das Direktorium des IWF liebäugeln die USA und Teile der EU mit einer vermeintlich "kontrollierten Inflation", um das Dilemma zu bearbeiten; aber angesichts der ökonomischen Lage würde die Kontrolle schnell verloren gehen.

"Fadenscheinig begründete Rücktritte hochrangiger politischer Funktionsträger"

Der innere Widerspruch der europäischen Währungsunion hat sich bereits in der Weise zugespitzt, als eine neuerliche gigantische Rettungsaktion für die griechischen Staatsfinanzen nötig wurde, der weitere folgen könnten (Spanien, Portugal, Italien, Irland und

Osteuropa). Das war keine edle Hilfe für Griechenland, sondern eine Stützungsaktion insbesondere für deutsche und französische Großbanken, die auf Hunderten Milliarden griechischer Staatsanleihen sitzen, deren Entwertung erneut eine Kernschmelze des Finanzsystems heraufbeschwören würde. Diese vorläufige Bilanzrettung hat denselben Charakter wie die Rettungspakete nach dem Platzen der Finanzblasen, jetzt auf der Ebene der Staatsfinanzen. Die Maßnahme bezieht sich allerdings nur auf das Problem der bereits verknusperten Staatsanleihen. Um die inflationäre Option zu vermeiden, wirft sich die BRD nun in die Pose des schwäbischen Hausvaters, der den unseriösen Griechen und anderen Defizitsündern die Leviten liest und sie zu halsbrecherischen Sparprogrammen zwingen will. Werden diese aber wirklich durchgeführt, müsste dies auch alsbald dem deutschen Exportwunder das Genick brechen. Das ist die andere Seite des Widersinns. Der deutsche Export-Chauvinismus steht auf tönernen Füßen, weil er eben auf den Defiziten der anderen beruht.

"Aussitzen der Probleme nach dem Muster Helmut Kohl nicht mehr möglich"

Diesem Dilemma ist nicht zu entkommen. Insgeheim ist das den Eliten natürlich bewusst. Die fadenscheinig begründeten Rücktritte hochrangiger politischer Funktionsträger, zuletzt des deutschen Bundespräsidenten Köhler, sind ein Indiz dafür, dass es hinter den

Kulissen des offiziellen Berufsoptimismus ziemlich heftig zur Sache geht. Das könnte sich in anderen Ländern wiederholen. Ein klassisches Aussitzen der Probleme nach dem Muster eines Helmut Kohl ist nicht mehr möglich. Deshalb jagen sich die gegensätzlichen Reparaturkonzepte, die immer noch den demoskopischen Wählerwillen im Auge haben müssen, solange es nicht zur Notstandsdiktatur kommt, und arten in eine allgemeine Prügelei aus. Die kapitalistische Produktionsweise kann nicht in Frage gestellt werden, und so ist man wie schon in der ersten Phase der Finanzkrise auf der Suche nach Schuldigen. Das Hauen und Stechen in der schwarzgelben Regierung ist nicht parteispezifisch, sondern würde sich angesichts der Problemlage in jeder beliebigen Koalition wiederholen. Kein Wunder, dass einige Kombattanten das Handtuch werfen.

▶ Können Sie eine Einschätzung abgeben, wie es die nächste Zeit weitergehen wird?

Robert Kurz: Da die geld- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in sich widersprüchlich sind, ist mit einer zweiten Welle der globalen Wirtschaftskrise innerhalb der nächsten Jahre zu rechnen. Diese könnte ihren Ausgangspunkt in der Zerreißprobe der europäischen Währungsunion nehmen. Der Form nach handelt es sich bei Fällen wie Griechenland um ein ähnliches Szenario, wie es Argentinien vor gut einem Jahrzehnt durchlaufen hat. Aber diese Krise war eben auf ein einzelnes Land beschränkt, das in der

Weltwirtschaft kaum ins Gewicht fällt. Ganz anders verhält es sich mit den drohenden Staatsbankrotten innerhalb der Euro-Zone, da diese die gesamte Währungsunion in den Abgrund reißen können. Ein Zusammenbruch des europäischen Defizitkreislaufs träfe die deutsche Exportkonjunktur ins Mark, und damit ginge die bisherige Kapitalstärke der BRD verloren. Das würde nicht nur bedeuten, dass die bislang aufgeschobenen Großbankrotte und Massenentlassungen sich auch hierzulande realisieren. Vielmehr kämen dann auch die ja ebenfalls hoch verschuldeten deutschen Staatsfinanzen in eine ähnliche Lage wie jetzt die griechischen, wenn nach dem Einbruch der einseitigen Exporte die Bonität auf den Finanzmärkten flöten geht. Eine solche Entwicklung wäre nicht nur ein Desaster für den gesamten europäischen Raum, sondern angesichts des Gewichts Europas in der Weltwirtschaft auch für die globale Konjunktur.

"USA fordern von China eine Aufwertung der Währung"

Nicht besser steht es allerdings mit dem großen pazifischen Defizitkreislauf zwischen China und den USA. Dort hofft man beiderseits, dass der jeweils andere die Voraussetzungen für eine weitere Stabilisierung schafft. Die staatlichen Konjunkturprogramme und Beihilfen in den USA haben zwar den Einbruch des Konsums teilweise aufgefangen, ohne dass das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht werden konnte; aber um den Preis, dass der außenfinanzierte Staatskredit an seine Grenzen

stößt und die Finanzierung der Militärmaschine bzw. der Kriegseinsätze als Garant der Weltmachtposition perspektivisch in Frage gestellt ist. Die USA fordern von China eine längst überfällige Aufwertung der Währung des Überschusslandes und wie gegenüber der BRD eine kreditfinanzierte Stärkung des Binnenkonsums, um das Ungleichgewicht der Warenströme abzubauen und den eigenen Export zu stärken, der den flauen Binnenkonsum ausgleichen soll. In den meisten industriellen Sektoren haben die USA aber gar nicht die nötigen Exportkapazitäten, deren Aufbau hohe Investitionskosten verursachen würde. Überdies müssten dann die entsprechenden Kapazitäten in China abgebaut werden, denn dort haben US-Konzerne aufgrund des Kostenvorteils ebenso wie europäische und japanische Konzerne massiv investiert, um den eigenen Markt und Fremdmärkte zu beliefern.

"Investitionsruinen"

Aber China seinerseits möchte seine Exportvorteile auf der Basis von Billiglohn und einer künstlich unterbewerteten Währung genauso wenig aufgeben wie die BRD die ihren, weil hier wie dort die gesamte Ökonomie auf einseitigen Export ausgerichtet ist. Ein Umschalten, das auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte angelegt wäre, würde aber schnell an Grenzen stoßen, weil die Ungleichgewichte und deren fragile Kreditfinanzierung ja gerade das Lebenselixier der Weltkonjunktur waren. Zwar hat China aus dem Fundus seiner

riesigen Devisenreserven das größte staatliche Konjunkturprogramm aller Länder und Zeiten aufgelegt und seine Banken zu massiver Kreditvergabe gezwungen. Gerade deshalb kann es keine ernsthafte Währungskorrektur zulassen, weil diese seine aufgehäuften Devisenreserven massiv entwerten würde. Die chinesischen Konjunkturprogramme stärken nur indirekt den Binnenkonsum und nicht im erforderlichen Ausmaß, um allein die Weltkonjunktur ziehen zu können wie bisher der außenfinanzierte US-Konsum. Der größte Teil der Programme fließt in zusätzliche Infrastrukturen und Produktionskapazitäten, die allesamt darauf ausgerichtet sind, dass die einseitige Exportmaschine bald wieder anspringt. Ist das nicht der Fall, dann sitzt China auf gewaltigen Investitionsruinen mit entsprechenden Konsequenzen für das Finanzsystem. Überdies kann China nicht ein solches Programm durchhalten und gleichzeitig im bisherigen Ausmaß US-Staatsanleihen kaufen.

"Das unverwüstliche positive Denken strebt seinem nächsten Waterloo entgegen"

Im pazifischen Raum wiederholt sich also im größeren Maßstab das europäische Dilemma. Beide Defizitkreisläufe gehen gegenwärtig nach dem Einbruch nur gebremst weiter und werden von den mühsam gepäppelten Binnenkonjunkturen auf Basis der Staatsprogramme flankiert. Laufen letztere aus, drohen sie zu kollabieren. Die zweite Welle der globalen Krise kann vom

pazifischen Raum ebenso wie vom europäischen ausgehen oder von beiden zugleich. Alle aktuellen Erfolgsmeldungen sind nur Momentaufnahmen, die schon auf Jahre hinaus hochgerechnet werden - genau wie auf dem Höhepunkt der globalen Defizitkonjunktur zwischen 2007 und dem Sommer 2008. Dabei sind die prozentualen Erfolgszahlen des Wachstums und der Exporte noch fragwürdiger als damals, weil sie von einem wesentlich tieferen Ausgangsniveau nach dem Absturz der Weltkonjunktur ausgehen. Das unverwüstliche positive Denken strebt seinem nächsten Waterloo entgegen. Fraglich ist nur, welche Inkubationszeit die neue Widerspruchslage diesmal benötigt, um sich zu entladen. Ein Trost kann das nur für das marktwirtschaftliche Kurzzeitgedächtnis sein, dessen Horizont nicht weiter als die Nase seiner Träger reicht.

Deutschland hat die größten Bad Banks der Welt

Interview mit Leo Müller über die Verantwortung von Politikern und Aufsichtsbehörden für das Finanzdesaster (August 2010)

In seinem Buch "Bankräuber. Wie kriminelle Manager und unfähige Politiker uns in den Ruin treiben" zeigt Leo Müller minutiös auf, dass die Bankenkrise nicht wie eine unabsehbare Naturgewalt über uns hereingebrochen ist: Bereits fünf Jahre vor der Lehman-Pleite, im Februar 2003, fanden Geheimgespräche zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und dem Spitzenpersonal der deutschen Bankenwelt statt, in welchen über eine bevorstehende Bankenkrise debattiert wurde. Denn schon damals schlummerten nur unzureichend gedeckte Kredite im Umfang von etwa 300 Milliarden Euro in ihren Giftschränken. Und bereits zu diesem Zeitpunkt wurde vonseiten der Banken die Forderung nach staatlich finanzierten Bad Banks gestellt.

Da diese Forderung in der deutschen Öffentlichkeit politisch nicht durchzusetzen war, einigte man sich auf die Einführung sogenannter Conduits: Zweckgesellschaften, die in Finanzoasen angesiedelt wurden und die - obwohl sie als Eigentum eines Treuhändlers oder Trusts gelten - jedoch nicht wie eine solche bilanziert werden. Mit diesem Taschenspielertrick wurden die faulen Kredite ausgelagert und die Regeln des deutschen

Bilanzrechts in puncto Eigenkapital umgangen, in welchem riskante Anlagen mit einem entsprechenden eigenen Finanzpuffer unterlegt werden müssen. Formal handeln diese Briefkastenfirmen vollkommen unabhängig von ihrer Stammbank, obgleich Letztere für diese haftbar zu machen sind.

Diese Zweckgesellschaften konzentrierten sich nun ausgerechnet auf den US-amerikanischen Immobilienmarkt. Als diese Spekulationsblase platzte, beschloss die schwarz-rote Bundesregierung, nachdem sie die Auswirkungen der Krise auf den deutschen Finanzmarkt verschleiert hatte, binnen Tagen eine Garantie für "systemrelevante" Banken in dreistelliger Milliardenhöhe zu geben. Gleichfalls wurden Bad Banks gegründet. Man hat also die Forderungen der Bankiers vom ersten Geheimtreffen 2003 mittlerweile ohne Aufschrei in der Öffentlichkeit erfüllt. Damit ist der Staat nun verschuldet wie nie zuvor. Dafür wird wieder einmal an anderer Stelle gespart: Bei den Armen.

▶ Herr Müller, wenn Sie die Entwicklung der Finanzkrise in Deutschland und die Reaktionen der Politiker Revue passieren lassen. Kann soviel Ignoranz und Inkompetenz Zufall sein?

Leo Müller: Es ist klar, dass es neben Marktversagen ganz offensichtlich auch Staatsversagen und politisches Versagen gab. Doch wir müssen feststellen, dass das politische Versagen nicht

einmal analysiert wurde. Anders als in anderen Ländern hat in Deutschland keine Regierungsinstitution, keine Aufsichtbehörde, kein Expertengremium die Fehler in der finanzpolitischen Steuerung der Krise untersucht.

"Voodoo-Aufsicht"

Bei den Recherchen an meinem Buch musste ich erleben, dass deutsche Finanzpolitiker vor und während der Krise sehr inkompetent agiert und zum Teil sogar damit kokettiert haben, dass sie von den internationalen Finanzmärkten nichts verstehen. Das hat sich bitter gerächt.

▶ Welche Rolle spielten hier die Finanzpolitiker?

Leo Müller: Bei der Kompetenz eines Finanzpolitikers geht es ja in erster Linie nicht um ideologische Fragen, sondern schlicht darum, wie viel er von Finanzmärkten und von der globalen Finanzindustrie versteht. Bei deutschen Finanzpolitikern hat man häufig den Eindruck, dass sie ihre Inkompetenz mit billigem Populismus überdecken. Und das kommt beim Publikum auch noch gut an.

Ich erinnere daran, dass Politiker wie Müntefering mit der Heuschreckendebatte noch vor der Krise auf Hedgefonds einschlugen, obwohl sie eigentlich Private-Equity-Gesellschaften, also Beteiligungsunternehmen, meinten. Sie wussten offenbar

nicht, um was es da eigentlich geht. Das setzt sich bis heute fort. In der Diskussion um die Regulierung wird in Deutschland hauptsächlich über Hedgefonds gesprochen, obwohl es in Deutschland so gut wie keine Hedgefonds gibt, und nicht die Hedgefonds die Krise verursacht haben, sondern Banken. Der Gipfel des politischen Unfugs aus Berlin ist das neue Leerverkaufsverbot, das unter Bundesfinanzminister Schäuble - ohne Abstimmung mit den Finanzaufsichtsbehörden anderer Länder - erlassen wurde.

"Parteipolitischer Jubeljournalismus"

Damit wird jetzt den Börsenteilnehmern Wetten auf fallende Kurse bestimmter Aktien verboten, wie zum Beispiel die Aktie der Finanzvertriebsfirma MLP. Niemand kann erklären, warum diese Vertriebsfirma für Lebensversicherungspolicen und Riester-Renten-Produkte systemrelevant sein soll. Weltweit haben Aufsichtsexperten darüber den Kopf geschüttelt. Das ist schlicht Humbug, eine Voodoo-Aufsicht.

▶ In der Süddeutschen Zeitung pries unlängst Heribert Prantl den ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück als äußerst kompetenten Politiker. Wie hat denn ihrer Einschätzung nach der frühere SPD-Finanzminister während der Finanzkrise agiert?

Leo Müller: Das ist doch nichts weiter als parteipolitischer Jubeljournalismus, faktenfrei und in der recherchefreien Zone

entstanden. Im Fall Steinbrück ist das politische Versagen doch nicht mehr zu übersehen. Bereits ein Jahr vor der Pleite der amerikanischen Lehman-Bank gab es Banken-Crashs in Deutschland, erst die Düssel-Hyp, dann der gravierende Fall der SachsenLB. Da redete Steinbrück immer noch davon, dass Deutschland von der Finanzkrise nicht betroffen sei.

Erinnern Sie sich doch nur daran, dass er wenige Tage, bevor er dann die Hypo Real Estate mit gewaltigen Summen retten musste, dem Deutschen Bundestag noch erklärte, die Krise sei ein Problem der Wall Street und die deutschen Banken seien nicht betroffen. Eine wichtige internationale Notenbank-Konferenz in Washington, an der die ersten Krisenphänomene frühzeitig analysiert wurden, hat er nicht besucht, weil es ihm eine Safari-Tour in Namibia wichtiger war.

"Landesbanken haben Citi-Bank gespielt"

Er hat die schlimmste Bankenkrise Deutschlands seit 1929 erst nach einem Jahr bemerkt, im September 2008, nachdem ein halbes Dutzend deutscher Großbanken bereits unrettbar verloren war. In seiner Amtszeit erlebten wir den schlimmsten Niedergang des deutschen Bankplatzes aller Zeiten - kann man da noch über den Mann jubeln? Mein Urteil: Grosse Klappe, Null Substanz.

▶ Nun haben die Landesbanken bei diesen hochriskanten Geschäften auf dem Hypothekenmarkt kräftig mitgemischt und

mussten anschließend vom Staat finanziell gerettet werden. Wie also spielen die Landesbanken in die Finanzkrise hinein?

Leo Müller: Es ist ein deutsches Sonderphänomen der Finanzkrise, dass hier die Landesbanken massiv auf dem Verbriefungsmarkt engagiert waren, sogar die amerikanischen Notenbanker wunderten sich über die Deutschen. Ein weiterer deutscher Sonderfall ist es, dass die Landesbanken hier noch Verbriefungen für für nicht werthaltige Papiere in Milliardenvolumen kauften, als auf den internationalen Märkten andere rasant ausstiegen. Und man kann drittens erkennen, dass die betroffenen Landesbanken, hier Citi-Bank, gespielt haben: Sie kauften Wertpapiere in Größenordnungen wie sonst nur die größten Finanzkonzerne der Welt, obwohl sie von ihrer Kapitalbasis dazu überhaupt nicht ausgestattet waren. Und weil ihr Eigenkapital ihnen diese Geschäfte gar nicht erlaubte, griffen sie zum Bilanztrick, diese Geschäfte außerhalb der Konzernbilanz über Briefkastenfirmen in Dublin oder auf Jersey abzuwickeln.

Nehmen Sie den Fall der Sachsen LB: Diese Landesbank hatte Eigenkapital von ungefähr einer Milliarde Euro und hat in der Größenordnung von mehr als 30 Milliarden Euro in Briefkastenfirmen außerhalb Deutschlands angelegt. Sie hat also ohne hinreichendes Eigenkapital auf diesen Märkten mitgemischt.

"Nicht Banker, sondern Politiker haben Entscheidungen

getroffen"

Das war ihr in Deutschland nicht erlaubt, und meines Erachtens auch nicht durch die Verlagerung des Geschäfts ins Ausland. Und das war ganz klar eine Verletzung der Bilanzregeln. Daher muss meines Erachtens hier geprüft werden, ob die Kreditvergabe- und Sorgfaltspflichten erfüllt wurden, ob die Bilanzierungspflichten eingehalten wurden und ob hier nicht sogar eine Veruntreuung der öffentlichen Gelder vorliegt.

▶ Was hat die hiesigen Banker denn dazu getrieben?

Leo Müller: Die Banker? Hier waren es die Politiker in den Aufsichts- und Verwaltungsräten der Landesbanken und der staatsnahen IKB, die diese strategischen Entscheidungen getroffen haben. Das war ihre Aufgabe und es war ihre Pflicht, dies zu kontrollieren. Sie haben bei den grundsätzlichen strategischen Entscheidungen mitgewirkt und wussten deswegen, dass diese Geschäfte außerhalb der Bilanz geführt worden sind. Das Resultat: Deutschland hat heute die größten Bad Banks der Welt. Allein das vom Steuerzahler gestützte Vehikel der WestLB ist weltweit ein trauriger Rekordfall, es wird noch übertroffen von der Finanz-Müllhalde der Hypo Real Estate. Unter 16 europäischen Banken, die mehr als ein Prozent ihrer Bilanzsumme bereinigen müssen, stehen sieben deutsche Institute auf den Spitzenplätzen.

"Aufsicht hat durchgehend versagt"

Und eines muss ich dazu noch bemerken: Global aufgestellte Finanzkonzerne wie die Citi-Bank oder die Credit Suisse können sehr schnell wieder hohe Gewinne realisieren, bald wieder zehn Milliarden Dollar pro Jahr und mehr erzielen. Aber die Landesbanken, auch die teilverstaatlichte Commerzbank, sind dazu nicht in der Lage. Das heißt, sie sind nicht fähig, die Schulden, die sie angehäuft haben, im normalen Geschäftsbetrieb abzutragen. Diese Schulden landen nun beim Steuerzahler.

▶ Welche Funktion haben die deutsche Bundesbank und die Bundesfinanzaufsicht, die Bafin, bei der Finanzkrise übernommen?

Leo Müller: Sowohl Bundesbank als auch Bafin haben bei der Aufsicht versagt. Die Aufsichtsbehörden hätten sich einschalten müssen, als sie gemerkt haben, dass zum Beispiel die Sachsen LB im Ausland in erheblichem Maße diese Geschäfte betreibt sie, hätten systematisch untersuchen müssen, was da passiert und welche Risiken auftreten können. Sie haben zum Beispiel vor, während und nach der Krise ihre Banken-Stresstests ohne realistische Krisenszenarien entworfen, sie haben zum Teil dabei mit ökonomischen Krisen-Annahmen operiert, die zum Zeitpunkt der Stresstests bereits eingetreten waren. Und bei der Überwachung der Eigenkapitalregeln hat die Aufsicht durchgehend versagt.

"Starke Elemente von Kriminalität"

▶ Stecken hinter solchem Handeln besondere Motive - oder war das einfach Inkompetenz?

Leo Müller: Schauen Sie zum Beispiel den folgenden Vorgang an und urteilen Sie selbst: Es gibt international seit vielen Jahren klare Maßnahmenpläne für den Umgang mit schwachen Banken. Die deutschen Aufsichtsbehörden haben die Pläne mitverfasst, aber sie haben ihre eigenen Pläne nicht beachtet. Klar ist jedenfalls, dass es den Aufsichtsbehörden nicht an Informationen fehlte. Bundesbank und Bafin werden über jeden Großkredit informiert, sie kennen die Kreditengagements der Institute viel besser als deren Aktionäre. Es gibt dort sogar ein Meldewesen mit kafkaesken Zügen.

Und in der internationalen Finanzpresse, aber auch in Fachgremien wurde seit 2006 sehr intensiv darüber diskutiert, dass auf dem amerikanischen Immobilienmarkt eine Spekulationsblase entstanden ist und irgendwann platzen wird. Sie waren also anhand ihrer Informationen in der Lage, sich auf den Crash systemisch wichtiger Institute vorzubereiten. Doch sie haben ihr Wissen nicht in Handeln umgesetzt.

▶ Können Sie beurteilen, inwiefern bei der Spekulationsblase eindeutig kriminelle Praktiken konstitutiv waren?

Leo Müller: In der wirtschaftshistorischen und bankenhistorischen Forschung weiß man, dass es Spekulationsblasen gibt, die alleine von übertriebenen Geschäftspraktiken geprägt sind, aber auch

solche, die sehr stark durch Kriminalität bestimmt werden. In dieser Finanzkrise kann man starke Elemente von Kriminalität erkennen. Die rasante Ausbreitung dieser Finanzkriminalität wurde schon lange vor dem Ausbruch der Bankenkrise durch die Strafverfolgungsbehörden in den USA am Markt der Hypothekenverkäufer festgestellt. Wir erleben weltweit alle Varianten von Vermögensdelikten, also Bestechung und Veruntreuung ebenso wie illegale Bereicherungen aller Art bis hin zu Kreditwucher. Diese Dinge müssten systematisch aufgearbeitet werden. Doch auch hier vermitteln Deutschlands Strafverfolger den Eindruck, dass sie große Mühen hat, diese Fragen aufzuklären.

▶ Hat die deutsche Justiz darauf angemessen reagiert?

Leo Müller: Die Juristen-Fachblätter sind voll von Appellen an die Strafverfolger, doch endlich zu handeln. Noch immer warten wir zum Beispiel auf das Ergebnis der Ermittlungen im Fall der SachsenLB. Wie in anderen Ländern muss sich die Justiz einschlägiges Wissen über solche Arten von Wirtschaftskriminalität erst erwerben. In anderen Ländern wurden zu diesem Zweck Fachleute rekrutiert - in Deutschland nicht.

Aber wir dürfen von der Justiz nicht zuviel erwarten. Viel schlimmer ist das Versäumnis, dass die Regierung keine Experten-Untersuchung veranlasst hat, die feststellt, was in dieser Finanzkrise passiert ist, wie es dazu gekommen ist, welche Fehler

Institutionen und Banken begangen haben. Solange man das nicht gründlich analysiert, hat man das Risiko, dass man sehr schnell wieder in die gleiche Situation gerät.

▶ Aber die Bundesregierung lässt sich heute doch als mutiger Regulierer von Finanzgeschäften in den Medien feiern....

Leo Müller: Schauen Sie genau hin. Ausschlaggebend ist bei der Bankenregulierung die Forderung einer starken Eigenkapitalbasis. Gerade in dieser Frage ist Deutschland aber international ein Bremser. Hier wird so getan, als könne man dies nur international umsetzen. Das ist falsch: Andere Länder wie die Schweiz sind hier viel weiter und haben bereits eigenständig neue Normen ins Auge gefasst, die Schweizer Banken zählen seitdem zu den bestkapitalisierten Instituten der Welt. Die Regierungen können das schnell national umsetzen. Dazu braucht man keine G20 und keine Europäische Union. Die Aufsichtsbehörden können strengere Eigenkapitalregeln anordnen. Stattdessen verkündet die Bundesregierung, dass sie Hedgefonds reguliert haben will. Das ist reine Augenwischerei. Deutschland hat kein Hedgefonds-, sondern ein Bankenproblem.

"In Deutschland wurde für die Rettung der Banken mehr Geld ausgegeben als in den USA"

Die bittere Wahrheit ist simpel: Die deutschen Problembanken benötigen sehr viel mehr Eigenkapital. Und weil dies zumeist

staatliche, staatsnahe oder verstaatlichte Institute sind, wird der Steuerzahler dieses Eigenkapital bereitstellen müssen. Deshalb klemmt es hier.

▶ Die Finanzkrise ist ja eine zeitlang von der damals schwarz-roten Bundesregierung schöngeredet worden. Doch dann wurde innerhalb kürzester Zeit ein Rettungsschirm für sogenannte systemrelevante Banken über mehrere Milliarden Euro gespannt, und das, ohne bei den sanierten Banken die Kontrolle zu übernehmen, geschweige denn das Regelwerk wesentlich zu ändern, ja ohne die Systemrelevanz und den Sanierungsbedarf der Geldhäuser überhaupt zu untersuchen. Entspricht das internationalen Gepflogenheiten?

Leo Müller: Solche Fehler sind in anderen Ländern auch passiert, aber in Deutschland wurde für die Rettung der Banken in absoluten Zahlen mehr Geld ausgegeben als in den USA. Das allein zeigt schon, dass hier nicht mit glücklicher Hand agiert worden ist.

▶ Wie viel Geld hat der Staat bislang für die Rettung "systemrelevanter" Banken ausgegeben?

Leo Müller: Die deutsche Regierung veröffentlicht diese Zahlen nicht. Publiziert werden nur die Zahlen vom Soffin-Rettungsfonds, die aber längst nicht alle Leistungen von Bund und Ländern erfassen. Andere Länder publizieren hingegen ehrlich: Zum Beispiel kommuniziert die Bank of England die Kosten mitsamt einer

Einschätzung über die Risiken, die in der Zukunft auf die Steuerzahler zukommen. Das wird in Deutschland verheimlicht.

▶ Ist solches politisches Verhalten überhaupt verfassungskonform?

Leo Müller: Ich bin kein Verfassungsrechtler. Es ist auf jeden Fall nicht bürgerkonform. Denn das ist eine Politik, die zulasten des Steuerzahlers geht, der am Ende dafür bluten muss.

▶ Was müssten Politiker tun, um die nächste Finanzkrise zu vermeiden?

Leo Müller: Erstens müssen sie dafür sorgen, dass ihr eigenes Verhalten, das der Regierungen und der Aufsichtsbehörden, von Experten und Fachleuten untersucht wird - eine systematische Fehleranalyse also. Zweitens müssen sie dann Schlussfolgerungen aus dieser Analyse ziehen und für künftige Fälle Maßnahmen ausarbeiten, damit das Gleiche nicht noch einmal passiert. Zwar gleicht keine Krise der vorhergehenden, aber man kann (nach einer gründlichen Analyse) sicherlich in einer kommenden Krise besser agieren, wenn man die vorhergehenden Fehler kennt. Drittens muss von den Banken verlangt werden, dass sie mehr Eigenkapital bereitstellen. Das ist der einfache und entscheidende Schritt, um Banken sicherer zu machen.

"Bewusst zu Lasten des Anlegers"

Interview mit Werner Rügemer über ein weitreichendes Urteil des Bundesgerichtshofs gegen die Deutsche Bank (März 2011)

Nach dem brisanten Urteilsspruch des Bundesgerichtshofes haftet nun die Deutsche Bank für ihre unzureichende Beratung eines mittelständischen Unternehmers. Ist damit auch ein Dammbruch für die Entschädigungsklagen ebenfalls betroffener Kommunen erzielt? Telepolis sprach darüber mit dem interventionistischen Philosophen Werner Rügemer.

▶ Herr Rügemer, am 22. März hat der Bundesgerichtshof der Schadenersatzklage eines Unternehmers gegen die Deutsche Bank wegen einer Zinswette recht gegeben. Wie schätzen Sie das Urteil ein und wie wurde es begründet? Hat dies möglicherweise Folgen für andere Parteien, die im Laufe der Finanzkrise Geld verloren haben?

Werner Rügemer: Der Bundesgerichtshof (BGH) hat entschieden, dass die Deutsche Bank dem Unternehmer Willi Blatz (Ille Papier Service GmbH, Altenstadt/Hessen) Schadenersatz zahlen muss – es geht um immerhin 541.074 Euro. Die Bank hat ihre Pflichten bei der Beratung über den Abschluss eines von ihr angebotenen Zinssatz-Swap-Vertrages (CMS Spread Ladder Swap-Vertrag)

verletzt. Das ist ein vernünftiges, gutes Urteil, zu dem sich der für das Bankrecht zuständige 11. Zivilsenat des BGH endlich durchgerungen hat – ein Urteil, das sich nun zahlreiche private und öffentliche Kunden der Deutschen Bank, aber auch anderer Banken zunutze machen sollten. Dem bisher mehr oder weniger legalisierten Betrugsverhalten der Banken gegenüber Kunden ist damit eigentlich ein Riegel vorgeschoben, zumindest ein rechtlicher. Das Urteil müsste zahlreiche Konsequenzen haben.

Um das Verhalten der Bank und das Urteil zu verstehen, kurz zur Sache. Es handelt sich um ein sogenanntes "strukturiertes Finanzprodukt", das so oder ähnlich in vielen Variationen nach der Deregulierung des Finanzsektors üblich geworden war. Es ging also nicht um Kauf oder Verkauf von Aktien, auch nicht um eine reale Investition. Nach zwei Beratungsgesprächen schlossen die Bank und der Unternehmer im Februar 2005 den Vertrag.

Danach verpflichtete sich die Deutsche Bank, bezogen auf einen Ausgangsbetrag von 2 Millionen Euro, während 5 Jahren halbjährlich einen Zins von 3 % auszuzahlen; der Unternehmer verpflichtete sich seinerseits, im selben Zeitraum einen im ersten Jahr auf 1,5 % festgelegten Zins zu zahlen, der aber danach von der sich entwickelnden Differenz (Spread) zwischen zwei- und zehnjährigen Swaps abhängig sein sollte. Die Deutsche Bank sagte zwar, dass es ein "theoretisches" Risiko gebe, sodass der Zinssatz, den der Unternehmer dann zu zahlen habe, höher werden könne

als die 3 Prozent, die die Bank auf jeden Fall zahlen würde. Insofern war "theoretisch" klar, dass der Unternehmer einen Verlust erleiden konnte. Der trat auch sehr schnell ein, sodass sich der Unternehmer bereits im Januar 2007 mithilfe von 566.850 Euro aus dem Vertrag herauskaufen musste, um nicht einen noch höheren Verlust zu erleiden. Diesen Betrag bekam er nun durch das Urteil als Schadenersatz zugesprochen.

Zahlreiche Kommunen haben Zinswetten abgeschlossen

Der BGH verzichtete ebenso wie die Vorgerichte auf die ohnehin schwierige Aufgabe, die genauen Inhalte der beiden Beratungsgespräche zu ermitteln. Eines steht aber fest, was auch die Bank nicht bestritt: Sie hatte, ohne den Geschäftspartner zu informieren, heimlich den Wert des Vertrags von 2 Millionen gegenüber anderen Geschäftspartnern auf 4 Prozent der 2 Millionen herabgesetzt, also auf 80.000 Euro: in der Bankersprache heißt das "einstrukturierter negativer Marktwert". Deshalb konnte die Bank den Vertrag gewinnbringend an weitere Kunden verkaufen.

Das Gericht urteilte auch, dass selbst die Anwesenheit – wie im streitigen Fall – einer Diplom-Volkswirtin, hier die Prokuristin des Unternehmers – beim Beratungsgespräch nicht bedeuten muss, dass der Kunde "den gleichen Wissens- und Kenntnisstand hat wie die ihn beratende Bank". Denn "bei einem so hochkomplex

strukturierten und riskanten Produkt" bestehen "hohe Anforderungen" an die Bank; sie müsse "in verständlicher und nicht verharmlosender Art" informieren, dass das Geschäft "ruinös sein kann".

Der BGH urteilte ergänzend, dass die Bank sich bei solchen Geschäften in einem "schwerwiegenden Interessenkonflikt" befindet, den sie einseitig zu ihren Gunsten löst. Bei solchen Zinswetten ergibt sich nämlich der Gewinn der einen Seite spiegelbildlich aus dem Verlust der anderen Seite. Die Bank hat ihr "reines Gewinnerzielungsinteresse" einseitig über ihr Beratungsinteresse gestellt und "die Risikostruktur des Anlagegeschäfts bewusst zu Lasten des Anlegers gestaltet". Sie hat sich bei zahlreichen Gerichtsverfahren, die von Kommunen angestrengt wurden, immer damit herauszureden versucht, sie sei ja nicht als Berater aufgetreten, sondern als Geschäftspartner. Dieser Argumentation ist nunmehr der Boden entzogen.

▶ Nun planen die Landesrechnungshöfe, die Standards bei Swap-Geschäften für Kommunen zu erhöhen. Aus welchem Grund?

Werner Rügemer: Zahlreiche Kommunen haben wie hunderte Unternehmer während des vergangenen Jahrzehnts genau solche Zinswetten mit der Deutschen Bank, mit J.P. Morgan usw. gemacht und sind dabei reihenweise auf die Nase gefallen. Da hätten die Landesrechnungshöfe schon länger Handlungsbedarf gehabt, aber

auch die sogenannte Kommunalaufsicht (Bezirksregierungen, Regierungspräsidien) hätte einschreiten müssen, sowie die Finanzminister der Bundesländer, aber auch jeder verantwortliche Politiker, der sich um die Finanzen der Kommunen (angeblich) Sorgen macht.

▶ Wie und seit wann sind die Kommunen überhaupt auf die Idee gekommen, sich ihren Haushalt durch riskante Swap-Geschäfte und Zins-Wetten zu finanzieren? In welcher Höhe hat dies nach der Finanzkrise zu Verlusten geführt? Welche Kommunen sind davon besonders betroffen? Wer hat von diesen Geschäften profitiert?

Werner Rügemer: Schon in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, unter den von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierungen aus CDU, CSU und FDP – dieselbe Zusammensetzung wie gegenwärtig – haben die Kommunen, geführt von denselben Parteien, sich auf solche "strukturierten Finanzprodukte" eingelassen, in der Hoffnung, damit die "leeren öffentlichen Kassen" zu füllen. Auch Verantwortliche aus SPD und Grünen haben da bald freudig mitgemacht und kamen sich sehr clever vor. "Finanztechnische Innovationen" hieß das.

Ich erinnere daran, dass Dutzende von Kommunen seit 1994 sich auf das strukturierte Finanzprodukt "Cross Border Leasing" eingelassen haben. Auch hier war die Deutsche Bank – neben Daimler Financial Services und der WestLB, der BayernLB, der

SachsenLB und der Landesbank Baden-Württemberg – der Hauptverkäufer in Deutschland. Die Kommunen haben über den Arrangeur Deutsche Bank ihre Kanalisationen, Straßenbahnen, Messehallen, Müllöfen und andere Infrastruktur für 100 bzw. 30 Jahre an US-Banken verkauft und zurückgemietet. Sie bekamen am ersten Tag zur Belohnung einige Millionen cash ausbezahlt, mussten bzw. müssen auch heute noch für das reibungslose Karussellgeschäft zwischen mehreren Banken garantieren, das im Hintergrund abläuft. Das ist alles noch nicht ausgestanden.

Haushaltsentlastung durch Wettgewinne

Übrigens hat auch der Bund solche fiktiven und zugleich gefährlichen Geschäfte gemacht, etwa mit der Deutschen Flugsicherung, mit der Infrastruktur der Deutschen Telekom und der Deutschen Post AG. Auch dabei entstanden vor allem nach dem Bankrott der beteiligten Banken in der "Finanzkrise" ab 2008 Verluste für die öffentliche Hand.

Als das Konstrukt Cross Border Leasing 2004 vom US-Kongress gestoppt wurde, haben die Deutsche Bank und Konsorten den Kommunen das nächste Finanzprodukt verkauft, die Zinswetten, die auch den Unternehmern wie Blatz verkauft wurden. Die Wetten sollten zur "Zinsoptimierung" und damit zur Haushaltsentlastung dienen. Schätzungsweise zweihundert Kommunen haben zugegriffen. Wir wissen es nicht genau, weil bisher nur ein Teil der

"Verantwortlichen" das öffentlich eingesteht. Bisherige Verluste liegen z.B. bei 57 Millionen (Pforzheim) und 50 Millionen (Hagen). Wieviel das zusammengerechnet ergibt, ist öffentlich nicht bekannt.

Zunächst haben nur wenige Städte den Mut gehabt, Klage gegen die Deutsche Bank wegen Schadenersatz einzureichen. (Und z.B. die Ratsmehrheit aus CDU, SPD und FDP in Mülheim an der Ruhr weigert sich trotz eines Millionenverlustes immer noch, die Bank zu verklagen.) Die ersten Urteile untergeordneter Gerichte gingen zugunsten der Bank aus, weil auch deutsche Richter erstmal vor der Deutschen Bank stramm stehen bzw. ihr glauben, sie sei ein kundenfreundlicher, seriöser Geschäftspartner. In den höheren Instanzen sieht es schon besser aus. So hat z.B. das Oberlandesgericht Stuttgart die Deutsche Bank 2010 wegen Falschberatung zu Schadenersatz verurteilt. Das sind allerdings alles noch keine rechtsgültigen Urteile, weil die Bank immer in Revision gegangen ist. Hoffentlich trägt das BGH-Urteil auch hier zu Klarheit und rechtsstaatlichen Urteilen bei.

"In den Regierungen saßen gewählte Rechtsbrecher"

Ein aufschlussreicher Fall ist die Stadt Pforzheim. Nachdem sie 2004 durch eine Zinswette mit der Deutschen Bank hohe Verluste hatte, ging sie mit J.P. Morgan ein Nachfolgegeschäft ein, das den Verlust ausgleichen sollte; der wurde aber noch größer. Jetzt will

die Stadt J.P. Morgan verklagen, nachdem die frühere Oberbürgermeisterin und Wiederholungstäterin von der FDP zurücktreten musste und gegen sie von der Staatsanwaltschaft wegen Untreue ermittelt wird.

Übrigens steht die Deutsche Bank zusammen mit J.P Morgan, der UBS und der Depfa (die der Hypo Real Estate gehört) in Mailand ebenfalls wegen schweren Betrugs mit Zinswetten vor Gericht. In Italien waren 525 Kommunen, Regional- und Provinzverwaltungen auf das unehrliche Versprechen der "Zinsoptimierung" hereingefallen. Auch in US-amerikanischen Kommunen gibt es das große Erwachen.

▶ Waren die Kommunen überhaupt rechtlich in der Lage, solche Spekulationsgeschäfte zu tätigen? Immerhin existiert für die Kommunen ein Spekulationsverbot...

Werner Rügemer: Solche Spekulationsgeschäfte sind der öffentlichen Hand generell verboten. Aber an Gesetze und Vorschriften haben sich die neoliberal orientierten Parteien wie CDU, CSU, FDP, dann auch SPD und Grüne nicht unbedingt gehalten. Es gehörte zum guten Ton, den Banken alles zu erlauben. Das gesamte Kontrollsystem, über das unsere Demokratie eigentlich verfügt – kommunale Rechnungsprüfungsämter, Kommunalaufsicht, Landesrechnungshöfe, Bundesrechnungshof – wurden gezielt ausgeschaltet. In den Regierungen saßen gewählte

Rechtsbrecher.

Sie haben sich übrigens im Prinzip nicht geändert. Die staatliche Rettung bankrotter Banken geschah ebenfalls gegen geltendes Recht. Banker gelten den jetzigen Regierungen als prinzipiell schuldlos, schuldunfähig und zugleich – unabhängig von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns – als "systemrelevant". Auch deshalb ist das BGH-Urteil von großer Bedeutung. Ich fordere alle betroffenen Kämmerer, Bürgermeister und Ratsfraktionen in den Kommunen auf, gegen die Deutsche Bank und andere Banken offensiv vor Gericht zu gehen.

▶ Auch die Grünen wollen die Standards für solche Geschäfte für Kommunen verschärfen. Sind Ihrer Ansicht nach solche Maßnahmen ausreichend?

Werner Rügemer: Nein. Solche Konstrukte, solche "strukturierten Finanzprodukte" müssen verboten werden, jedenfalls, wenn sie von den Banken an Kunden verkauft werden. Solche Geschäfte sind für die Kunden gefährlich und im Durchschnitt immer ein Verlust, und solche Geschäfte sind volkswirtschaftlich völlig sinnlos und destruktiv. Banken können das meinetwegen untereinander gerne machen, aber dann sollen und dürfen sie nicht, wie in der "Finanzkrise", dann treuherzig, gnaden- und gewissenlos beim Staat und beim Steuerzahler erpresserisch angeschlichen kommen und Kompensation für ihre selbstproduzierten Verluste fordern.

"Keine zwangsläufige Dominanz des Westens"

Interview mit Hartmut Krauss über die Erosion der bürgerlichen Gesellschaft und die neue Weltordnung (April 2012)

Im Zuge der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre wirft die bürgerliche Gesellschaft zunehmend jene Leitprinzipien als ideologischen Ballast von Bord, denen sie einmal ihren historischen Aufstieg mit zu verdanken hatte. Damit wird sie mehr und mehr an andere Gesellschaftssysteme anschlussfähig, die noch nicht das Entwicklungsstadium der Aufklärung durchlaufen haben. Jenseits des Atomkonflikts mit dem iranischen Gottesstaat (beziehungsweise an den Kalten Krieg gemahnender Propaganda gegen den Iran) hat sich längst ein pragmatischer Umgang mit den autoritär regierten islamischen Staaten durchgesetzt, der wiederum Rückwirkungen auf die Gemeinwesen im Westen hat.

▶ Hat Ihrer Einschätzung nach in den letzten Jahren eine Verschiebung des politischen Bezugssystems stattgefunden und wenn ja, worin liegen die tieferen Gründe für diese Veränderung? Spielt die krisenhafte Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft eine Rolle?

Hartmut Krauss: In der jüngeren Zeit gab es drei

"Meteoriteneinschläge" in die globale politische Landschaft: 1.) Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und das Ende des Kalten Krieges; 2.) der 11. September 2001 und das Ende des naiven Multikulturalismus und 3.) das Aufbrechen der langfristig wirkenden Finanz- und Schuldenkrise und das Ende des neoliberalen Triumphkapitalismus.

Zunächst war es recht einfach, den Zusammenbruch des realen Sozialismus als Ende der Geschichte beziehungsweise historischen Endsieg des westlichen Kapitalismus zu missdeuten und zu suggerieren, unter den Trümmern der stalinistisch deformierten Ostblockgesellschaften läge die gesamte kritisch-emanzipatorische Theorie und Praxis seit der Französischen Revolution begraben. Doch angesichts dieses reaktionären Unsinns konnte man sich getrost auf die "Genossin Realität" verlassen, die schon alsbald die objektive Krisengesetzmäßigkeit der kapitalistischen Systementwicklung nachhaltig ans Licht bringen würde. Der Versuch, die strukturelle Überakkumulation durch die Aufblähung eines verselbständigten Finanzmarktes zu kompensieren, musste scheitern und ist gescheitert, wie heute jeder sehen kann.

Hinzu kommt die systematische Verschlechterung der individuellen Lebensperspektiven großer Teile der Lohnabhängigen infolge der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Entsprechend haben sich prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse als Output neoliberaler

Mehrwertproduktion massenhaft ausgedehnt. Mit Hilfe der Hartz IV-Reformen sollte zudem flankierend der zugespitzte Widerspruch zwischen dem neoliberal umgestalteten Wirtschaftsystem einerseits und dem nunmehr dysfunktional gewordenen fordistischen Sozialsystem anderseits überwunden werden, um den "Standort Deutschland" fit für den globalen Wettbewerb zu machen. SPD und Grüne erwiesen sich als politische Erfüllungsgehilfen der neoliberalen Umgestaltung, während die Linkspartei einen hausbackenen Umverteilungspopulismus vertritt, der die bestehenden profitlogisch dominierten Produktions- und Eigentumsstrukturen unangetastet lässt und sich damit begnügt, ein größeres Stück vom (wie auch immer) erzeugten Gewinnwachstum sowie die Wiederherstellung der fordistischen Sozialnormen einzufordern. Mit umfassender marxistischer Kritik an den herrschenden Verhältnissen hat diese sozialpopulistische Klientelpartei nichts mehr zu tun.

Hinzu kommt, dass sie die Zusammensetzung ihrer Hauptklientel - neben den ostdeutschen SED-Renterinnen und Rentner ist das die statistische Armutspopulation - gar nicht zu kennen scheint. Ein Großteil der Bezieher von Arbeitslosengeld II, auf deren Gesamtheit sich die sozialpopulistische Anrufung der Linkspartei immer wieder bezieht, sind keine einheimisch-deutschen Opfer großkapitalistischer Rationalisierung, profitmotivierter Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland oder - mit Blick auf

Ostdeutschland -gezielter Deindustrialisierung. Vielmehr handelt es sich hierbei um bildungsschwache und unqualifizierte Zuwanderer mit einem vormodernen, religiös-autoritären Sozialisationshintergrund. Diese Gruppe hat zum einen nichts mit "linker" Weltanschauung und Politik zu tun. Zum anderen ist für sie der Sozialtransferbezug subjektiv in vielen Fällen kein Makel, sondern ein positiv besetztes Differenzphänomen im Vergleich zum Herkunftsland: So waren von den 2,9 Millionen einkommensschwachen Migranten, die zwischen 1996 und 2006 hinzukamen, rund zwei Drittel Paare mit Kindern. Diese Kinder stellten 82 Prozent der seit 1996 hinzugekommenen Kinder in einkommensschwachen Haushalten. Lag die Erwerbstätigenquote bei den Einheimischen/Deutschen 2006 um circa 5 Prozent-Punkte über der des Jahres 1982, so war sie bei den Migranten insgesamt und bei den Türken um 12 beziehungsweise 15 Prozent-Punkte zurückgegangen: "Nur 45% aller Türken im erwerbsfähigen Alter sind derzeit abhängig oder selbständig erwerbstätig". Für viele der islamischen Migranten ist also Bezug von Transfereinkommen subjektiv keine Schande (die Ehre wird anderweitig verteidigt), sondern vielmehr der Brautpreis. oder für radikale Muslime gar die vorgezogene Schutzsteuer der Ungläubigen.

"Multipolare Konfliktstruktur"

▶ Welche Rolle spielen die Anschläge vom 11. September 2001 bei dieser Entwicklung?

Hartmut Krauss: Der 11. September 2001 brachte für die Masse der westlichen Bevölkerungen schockartig die Tatsache ins Bewusstsein, dass das Ende des Kalten Krieges eben nicht zu einer neuen, liberal-kapitalistisch hegemonierten Weltordnung geführt hatte, sondern zu einer multipolaren weltpolitischen Konfliktstruktur fernab vom Gleichgewicht "guter" supranationaler Regulierung. Statt des ewigen Friedens handelte man sich den Dauerkrieg mit dem islamischen Djihadismus ein, dessen militante Verfechter eine säkular-demokratische Lebensordnung als ihren Todfeind ansehen. Ebenso hatte die Globalisierung keinesfalls eine zwangsläufige Dominanz des Westens oder gar ein amerikanisches Empire zur Folge, sondern ist auf eigentümlich-widersprüchliche Weise mit einem globalpolitischen Bedeutungs- und Einflussverlust des Westens verbunden. Die Hilflosigkeit der NATO gegenüber dem russischen Einmarsch in Georgien, die verfehlte Krisenbewältigungspolitik in Afghanistan und Pakistan oder das Zurückweichen der westlichen Staaten gegenüber der Zensur von Religionskritik in Menschenrechtsfragen seitens islamischer Akteure (Beispiel: Karikaturenstreit) sind hier nur drei unterschiedliche Beispiele.

▶ Welche Eigenschaften sind diese neue Weltordnung eigen?

Hartmut Krauss: Generell wurde deutlich, dass die neue Welt(un)ordnung durch den Aufstieg nichtwestlicher Herrschaftskulturen gekennzeichnet ist, die folgende allgemeine

Wesensstruktur aufweisen: Verflechtung von Profitökonomie, technologischer und bürokratischer Modernität mit prämodernen, autokratisch-hierarchischen, religiös legitimierten Herrschaftsbeziehungen bei gleichzeitigem Fehlen von Grundkonstituenten der kulturellen Moderne wie individuell-emanzipatorische Grund- und Menschenrechte, Trennung von Religion, Staat/Politik und Privatsphäre, demokratische Zivilgesellschaft, Kultur der Aufklärung beziehungsweise säkular-humanistische Bedeutungssysteme etcetera.

"Herrschaftssynthese zwischen westlichem Kapitalismus und islamischer Herrschaftskultur"

▶ Wie reagieren die Herrschenden im Westen auf diese Entwicklung und welche Rückwirkung hat diese Machtverschiebung auf die hiesigen Ökonomien?

Hartmut Krauss: Große Teile der westlich-spätkapitalistische Herrschaftselite haben sich längst mit diesen globalen, demographisch unterfütterten Strukturveränderungen abgefunden und strategische Allianzen mit menschenrechtsfeindlichen Regimes in bevölkerungsexpansiven und potentiell absatzstarken Ländern geschlossen, so dass sich zunehmend eine Herrschaftssynthese gerade auch zwischen westlichem Kapitalismus und islamischer Herrschaftskultur abzeichnet.

Auf der einen Seite werden Waffen (Panzer nach Saudi-Arabien)

oder Sicherheits- und Überwachungstechnik zur Unterdrückung von Oppositionellen (in den Iran) geliefert. Auf der anderen Seite bezieht man nicht nur Öl aus islamischen Ländern, sondern auch Anlagekapital als wesentlicher Bestandteil der Interessenverflechtung. War zuvor bereits das Emirat Kuwait der größte Anteilseigner des Stuttgarter Autokonzerns Daimler, so wurde es im März 2009 in dieser Position von dem Emirat Abu Dhabi als neuer Großaktionär abgelöst. Zunehmend treten arabische Akteure auf den Plan, die sich in marode Unternehmen einkaufen. So zum Beispiel die arabische Fluggesellschaft Etihad, die für 73 Millionen Euro einen Teil der angeschlagenen Air Berlin übernommen hat.

Von dieser expansiven Investitionskraft des islamischen Anlagekapitals geht nun wiederum zum einen ein starker ökonomischer Anpassungsdruck aus, der sich zum Beispiel im Aufkommen von Islamic Banking und Halal-Märkten in Europa manifestiert.

Zum anderen stellen islamische Kapitalgeber natürlich auch Bedingungen und Forderungen, die über den unmittelbaren Geschäftsbereich hinausgehen und sich später dann vielleicht in Moscheebauprojekten, flächendeckendem Islamunterricht und der medialen Unterdrückung von Islamkritik niederschlagen können. Wenn zum Beispiel ein "Experte für gute Beziehungen" wie der Ex-Bundespräsident Wulff ausruft: "Der Islam gehört zu Deutschland",

dann sollte man das als Ermahnung zum vorauseilendem Gehorsam richtig zu deuten wissen.

▶ Welche Folgen haben nun diese Veränderungen auf die politische Landschaft?

Hartmut Krauss: Angesichts der gravierenden Veränderungen, die ich zuvor umrissen habe, stehen wir vor der Notwendigkeit einer dringend erforderlichen Renovierung des kapitalismuskritischen Denkansatzes: Indem das Kapital sich zunehmend globalisiert hat, ist es postmodern geworden. Das bedeutet zum einen, dass es die klassische politische und normative Kultur der bürgerlich-revolutionären Gründerzeit, also das Erbe der Aufklärung und das universalistische Konzept der Menschenrechte, zunehmend als dysfunktional gewordenen Ballast über Bord wirft.

Zum anderen bedeutet diese Postmodernisierung des Kapitals, dass es sich nichtwestlichen Herrschaftskulturen gegenüber öffnet und mit diesen strategische Allianzen auf ökonomischem, militärischem und politischem etcetera Gebiet eingeht. Dazu gehört natürlich auch ein ausgeprägter soziokultureller Verharmlosungsdiskurs bezüglich des antiemanzipatorischen Charakters dieser neuen Bündnispartner. So verhält sich die spätkapitalistische Elite also zunehmend nihilistisch gegenüber den Grundinhalten der eigenen, westlich gewachsenen, antifeudalen und antimittelalterlichen Leitkultur und bürdet den einheimischen

Bevölkerungen die sozialen Folgekosten dieser neuen globalen Herrschaftsstrategie in Gestalt von Zuwanderungsghettos, Parallelgesellschaften, Sozialdemontage, höheren Abgabelasten, Alimentierung menschenrechtsfeindlicher Sozialmilieus etcetera auf.

"Vollendung der Säkularisierung"

▶ Sind Sie der Ansicht, bei Beurteilung dieser Entwicklung hilft das herkömmliche Rechts-Links-Schema nicht weiter?

Hartmut Krauss: So ist es. Dabei nutzt sogar die postmoderne Elite das überkommene Rechts-Links-Schema, um Verwirrung zu stiften und praktisch-kritische Widerstandsimpulse zu ersticken. Wer sich der neuen kapitalistischen Verbündungsstrategie mit nichtwestlich-despotischen Herrschaftsträgern und deren religiösen Leitkulturen widersetzt und den wachsenden Migrationsimport zusätzlicher reaktionärer Denk- und Verhaltensweisen kritisiert, wird als "rassistisch", "fremdenfeindlich", "rechtslastig", "islamophob" etcetera gebrandmarkt. Wer demgegenüber als willfähriger Handlanger und Schönredner eingewanderter Repressionskulturen und deren totalitären Ideologien fungiert, gilt - in moralischer Ausbeutung einer noch nachwirkenden naiv-unkritischen Internationalismusideologie - als "fortschrittlich", "aufgeschlossen" beziehungsweise als "toleranter Gutmensch".

Die zukünftige Entwicklung wird nicht zuletzt davon abhängen, ob und wie nachhaltig dieses absurde Gehäuse der politischen Unvernunft durch klarsichtige Akteure aufgebrochen wird und sich dann vielleicht eine neue, wirklich linke gesamtgesellschaftkritische Fortschrittsbewegung formiert: gegen kapitalistischen Marktfetischismus und Privatisierungswahn, für die Durchsetzung von gesellschaftlichen Schlüsselsektoren, die dem Diktat der Profitdominanz entzogen werden (zum Beispiel Gesundheitswesen, Energiewirtschaft, Bundesbahn); gegen ultrareaktionäre Religion, für die Vollendung der Säkularisierung und für die Zurückdrängung islamischer Herrschaftskultur in Europa und in Deutschland. Kurzum: Für die Verteidigung der kulturellen Moderne gegen ausufernde Markt- und Gottesreligion!

▶ Wie sehen Sie die Linke in Deutschland angesichts dieser Prozesse aufgestellt?

Hartmut Krauss: Das überwiegende Spektrum, das heute unter dem Etikett "links" firmiert und von den Medien und der Rechten fälschlicherweise so angerufen wird, hat mit der klassischen Bedeutung von links nicht mehr viel zu tun. Ursprünglich bezeichnet dieses Attribut das subjektive Streben nach der Überwindung und Veränderung der vorgefundenen Herrschaftsverhältnisse im Interesse der individuellen und kollektiven Emanzipation beziehungsweise die Befreiung aus beherrschten, ausgebeuteten, unterdrückten, chancenungleichen

etcetera Lebenspositionen vermittels der Generierung und Aneignung neuer und kritischer geistig-moralischer Leitkonzepte und praktisch-kritischer Tätigkeitsformen. Am treffendsten und tragfähigsten hat Karl Marx den linken Impetus auf den Begriff gebracht: "Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."

Die Macht der Rating-Agenturen

Interview mit Werner Rügemer (Mai 2012)

Anhand von drei Buchstaben heben oder senken die drei mächtigsten Rating-Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch ihre Daumen über Unternehmen, Banken bis hin zu ganzen Staatswesen und beeinflussen damit weltweit maßgeblich das Wirtschaftsgeschehen. Darüber aber, warum diese Rating-Agenturen überhaupt soviel Macht besitzen, wird in der Öffentlichkeit wenig debattiert. Auch sind bislang die Informationen über die Akteure, die hinter den Rating-Agenturen stehen, äußerst dürftig. Ein Gespräch mit dem Privatisierungsexperten Werner Rügemer über sein neues Buch Rating-Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart.

▶ Herr Rügemer, bei der Finanzkrise 2007 haben die drei wichtigsten Rating-Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch nicht unbedingt ein glückliches Händchen bewiesen. Warum haben sie heute noch das Sagen?

Werner Rügemer: Herr Jellen, wenn man von den Interessen der Agenturen und ihrer Eigentümer ausgeht, hatten sie durchaus ein glückliches Händchen. Sie haben im Vorfeld als Mitverursacher der Finanzkrise sehr viel verdient und Krisen selbst sind für sie auch sehr lukrativ. Sie haben auch heute noch das Sagen, weil sie wie die

Banken, Hedgefonds, Wirtschaftsprüfer und Versicherungen zum Kern der Finanzindustrie gehören, die ja ebenfalls nach der Krise immer noch das Sagen haben, ja sogar noch mächtiger geworden sind.

▶ Können Sie eine Einschätzung abgeben, wie viele der weltweiten Kapitalströme die Rating-Agenturen mit ihren Bewertungen auch heute noch kontrollieren?

Werner Rügemer: Das kann ich nicht abschätzen, denn ein großer und wachsender Teil der Kapitalströme findet heute in *dark pools* des Schattenbanksystems *(shadow banking)* statt. Hier wird nicht reguliert. Da erfassen weder nationale noch internationale Finanzinstitutionen die Zahlen.

▶ Haften Rating-Agenturen im Falle eine Falschprognose?

Werner Rügemer: Nein, sie haften grundsätzlich nicht. Jedem einzelnen Rating einer Agentur ist eine Klausel beigegeben, dass die Agentur nicht für Folgen haftet, die aufgrund der Verwendung von Ratings zustande kommen, sei es direkt oder indirekt. Alle Agenturen bezeichnen jedes ihrer Ratings als "freie Meinungsäußerung". Ich zitiere als Beispiel Fitch: "Ratings sind keine Fakten und können deshalb nicht als richtig oder unrichtig bezeichnet werden. Ratings stellen keinen finanziellen oder rechtlichen Rat dar, keine Wirtschaftsprüfung, keine Bewertung, keine Schätzung und keine Versicherungsempfehlung. Ein Rating

stellt keine Zustimmung der Agentur dar, ihren Namen als den eines Experten zu verwenden."

"Regierungen und Justiz spielen mit"

Das Üble ist zudem, dass bisher auch Regierungen und Justiz mitspielen und bisher niemals die Agenturen bei den zahl- und folgenreichen Falschbewertungen zur Verantwortung gezogen haben. Vor US-Gerichten haben schon hunderte von geschädigten Anlegern, auch Pensionsfonds wie Calpers (Pensionsfonds der kalifornischen Staats- und Gemeindeangestellten) gegen die Agenturen wegen falscher Ratings und auf Schadenersatz geklagt - aber die Gerichte haben alle Klagen abgewiesen; die Agenturen berufen sich bisher erfolgreich auf den ersten Zusatz zur US-Verfassung (First Amendment von 1791), wonach ihnen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zustehe; der Verfassungszusatz regelt bekanntlich die Freiheit der Meinung, der Religion und der Presse.

▶ Welche Funktion hatten ursprünglich die Rating-Agenturen und wie hat sich diese im Lauf der Zeit geändert?

Werner Rügemer: Im 19. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts waren die Agenturen kleine Verlage, Familienbetriebe, die Informationen über Aktiengesellschaften gesammelt haben. Da wurden in den USA zahlreiche Aktiengesellschaften gegründet, um Eisenbahnen, dann

Textil- und Stahlfirmen zu errichten. Und es wollten viele US-Bürger ihr Geld anlegen, mitverdienen, mitspekulieren. Die Agenturen verkauften ihnen für ein paar Cent Informationen über die Gesellschaften, in Form von Handbüchern, Zeitschriften, Informationsblättern. Damit konnten die Anleger abschätzen, welche Aktiengesellschaft seriös ist, denn damals gab es auch so manche Betrüger auf diesem Gebiet. Die Anleger und Spekulanten zahlten also für die Information.

"Aktiengesellschaften bezahlen selbst für das Rating ihrer Aktien"

Mitte der Siebziger Jahre, also etwa mit dem Beginn der "Globalisierung", änderten die Agenturen den Bezahlmodus: Jetzt zahlten die Aktiengesellschaften, zum Beispiel wenn sie neue Aktien an die Börse bringen wollten, selbst für das Rating der Aktien. Ebenso zahlten die Banken, wenn sie ein neues Wertpapier auf den Markt bringen wollten, für dessen Rating. Das war eine Wendung des Bezahlmodus um 180 Grad. Das ist wie wenn bei einem Fußballspiel die eine Mannschaft ihren eigenen Schiedsrichter mitbringt, den sie selbst bezahlt. Das wurde von der US-Finanzaufsicht *Security Exchange Commission* (SEC) genehmigt. Anschließend wurde dieses System global verbindlich gemacht, zuerst über den Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Entwicklungsländer, dann über die *Bank for International Settlements* (BIS, Basel, die Zentralbank der Zentralbanken) für die

"entwickelten" Staaten wie die der Europäischen Union.

Die Rating-Agenturen werden von Banken, Versicherungen und Unternehmen finanziert, die für sich und ihre Wertpapiere Ratings bei den Agenturen bestellen. Auch öffentliche Unternehmen und Städte müssen sich heute vielfach ein Rating kaufen, wenn sie einen Kredit bekommen wollen. Ein Rating kostet je nach Umfang und Komplexität zwischen 50.000 und einer Million Euro. Sie sind also weder neutral noch unabhängig. Sie sind der verlängerte Arm der heute mächtigsten Akteure der Finanzindustrie. Und sie sind nicht nur deshalb mächtig, sondern weil sie gleichzeitig hoheitliche Aufgaben im Namen des Staates wahrnehmen. Die Agenturen sind Teil der gegenwärtigen Kapitalmacht.

▶ Wie weit wurde der Werdegang der Agenturen von Gesetzen und anderen staatlichen Maßnahmen unterstützt?

Werner Rügemer: Die Regierungen und Parlamente der Kapitaldemokratien haben schrittweise die Ratings in vielen Bereichen des Finanz- und Wirtschaftssystems gesetzlich verbindlich gemacht. Bei Krediten, die die Banken vergeben, richtet sich die Höhe des Eigenkapitals nach den Ratings der Kreditnehmer. Nach den Ratings richten sich die Kreditkonditionen: Je besser die Note, desto niedriger der Zins. Pensions- und Investmentfonds erhielten gesetzliche Auflagen, welche Wertpapiere sie je nach der Höhe des Ratings kaufen oder nicht

kaufen dürfen.

Die Ratings in Verbindung mit dem Oligopol der drei großen Agenturen gingen in die Regelwerke zum Beispiel der Europäischen Zentralbank und der deutschen Finanzaufsicht Bafin ein, in Deutschland etwa noch in das Versicherungsaufsichts- und Kreditwesengesetz (VAG und KWG), in den Mindestanforderungen für das Risikomanagement und in der Solvabilitätsverordnung (SolvV).

▶ Wem gehören die Agenturen?

Werner Rügemer: Mit dieser Frage kommen wir zum Kern der Sache. Deshalb wird diese Frage in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten nie gestellt, hier wird verbissen geschwiegen. Das ist ein untrügliches Zeichen, dass es hier um einen zentralen Sachverhalt geht. Die beiden größten Agenturen Standard & Poor's und Moody's gehören einer Reihe von Hedgefonds: Capital Group, Blackrock, Vanguard, State Street, T. Rowe Price. Sie sind die Haupteigentümer der Agenturen, übrigens in dieser selben Reihenfolge bei beiden Agenturen. Dann folgen noch Banken wie die Bank of New York, Versicherungen wie die Allianz sowie weitere Hedgefonds und Investmentgesellschaften.

"Rating-Agenturen gehören zum Kern der heutigen Kapitalmacht"

Eine Ausnahme macht Moody's: hier hat der bekannteste US-Spekulant, Warren Buffett, über seine Berkshire Hathaway Holding traditionell einen ständig wechselnden Anteil. Die kleinste Agentur, Fitch, gehört zu 60 Prozent dem US-Medienkonzern Hearst und zu 40 Prozent der französischen Finanzholding Fimalac, in der sich einige US-freundliche französische Unternehmen versammeln wie die Supermarktkette Casino, Renault, L' Oréal und die Bank Rothschild. Hearst wie Fimalac sind Familienkonzerne, die kaum Informationen herausgeben; wir dürfen aber annehmen, dass sie ebenfalls enge Beziehungen zu Hedgefonds haben, das ist heute in diesen Kreisen Standard.

Hedgefonds, die nicht staatlich beaufsichtigt werden, sind heute die eigentlich Mächtigen in der Finanzindustrie. Um beim Miteigentümer von Standard & Poor's und Moody's, Blackrock zu bleiben: Dieser Hedgefond ist gleichzeitig der größte Aktionär der Deutschen Bank, er ist Miteigentümer aller 30 deutschen DAX-Konzerne und natürlich Miteigentümer der wichtigsten US-Unternehmen undsoweiter. Große Banken wie die Deutsche Bank, United Bank of Switzerland (UBS) und Goldman Sachs, den heute die kritische Aufmerksamkeit gilt, sind in Wirklichkeit nur noch zweite Liga; oder man könnte sie auch als Vorfeldunternehmen der Hedgefonds bezeichnen. So gehören die Rating-Agenturen zum Kern der heutigen Kapitalmacht.

▶ Wie treffsicher sind überhaupt die Ratings der Agenturen?

Werner Rügemer: Sie sind in der Regel sehr treffsicher, wenn man von den Interessen der Eigentümer der Agenturen und der Finanzindustrie ausgeht. Diese Interessen bestehen darin, dass die Kreditnehmer, beispielsweise Staaten, sich möglichst umfangreich und langfristig verschulden. Denn für die Kreditgeber gibt es kein besseres Geschäft. Das ist besonders in den sogenannten Krisen der Fall, wenn die Zinsen, von den Ratings "beflügelt", immer höher steigen. Ähnliches gilt für die Wertpapiere, die von den Finanzakteuren ans Publikum oder an andere Finanzakteure verkauft werden: je höher das Rating, desto teurer lassen sich die Wertpapiere verkaufen.

"Staaten sollen sich möglichst umfangreich und langfristig verschulden"

Das war bekanntlich der Fall bei den Millionen Hypothekenkrediten in den USA: Die Banken haben diese Kredite gebündelt, zu einem handelbaren Wertpapier gemacht, haben sich von den Rating-Agenturen für hohes Honorar ein Gefälligkeitsrating gekauft und haben dann damit große Gewinne eingefahren. Und die Agenturen haben damit ebenfalls viel Geld verdient. In dieser Hinsicht sind die Ratings ziemlich treffsicher.

▶ Wie arbeiten Rating-Agenturen und welche Maßstäbe legen sie zugrunde?

Werner Rügemer: Die Agenturen haben einen einzigen

wesentlichen Maßstab: Wie kann der Kreditgeber die größte Sicherheit haben, um den Kredit vollständig und pünktlich zurückgezahlt zu bekommen, wie riskant der Kredit auch sei. Die Interessen des Kreditgebers sind das einzige Kriterium. Das unabhängig davon, ob es bei der Kreditvergabe seriös zuging oder nicht; ob beispielsweise der Kreditgeber die Bonität, also die Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers gründlich geprüft hat oder nicht. Ob beispielsweise Korruption im Spiel war oder nicht: Denken Sie beispielsweise an die Kredite, die deutsche und französische Banken der griechischen Regierungen für den Kauf von U-Booten, Panzern und Kampfjets gegeben haben.

"Interessen des Kreditgebers sind das einzige Kriterium"

Die Interessen des Kreditgebers werden bekanntlich durchgesetzt, koste es was es wolle, ob also beispielsweise ein Unternehmen, ein Staat, ein Konsument in den ökonomischen Ruin getrieben wird, ob eine Volkswirtschaft ruiniert wird, ob Arbeitslosigkeit und Armut entstehen. Die Agenturen, ihre Eigentümer und Auftraggeber halten sich, wenn es darauf ankommt, weder an nationale Verfassungen, an demokratische Prozeduren, an soziale und Arbeits- und Menschenrechte. Ich verwende wie andere Autoren dafür den Begriff "Debtocracy":

Nach den Kriterien der Agenturen wird die Kreditrückzahlung notfalls auch mit Enteignung (Enteignung von sozialen Ansprüchen,

z.B. von Renten und Einkommen; Privatisierung...) und autoritären, antidemokratischen Mitteln durchgesetzt. Zu den Vorschlägen der Agenturen etwa bei der Rückzahlung von Staatskrediten gehört beispielsweise nie die Reduzierung von Waffenkäufen, nie die höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und von hohen Einkommen und Vermögen. Die Agenturen schlagen auch nie vor, das Zustandekommen von Krediten zu untersuchen, ob also auch dem Kreditgeber eine Schuld zukommt; bekanntlich gibt es viele Formen illegitimer Schulden.

▶ Werden die Rating-Agenturen ihrerseits überprüft?

Werner Rügemer: Nein. Die großen Agenturen erhalten zwar ihre Lizenz von der US-Börsenaufsicht SEC; aber es ist der SEC ausdrücklich verboten, den Agenturen inhaltliche Vorschriften für die Erstellung von Ratings zu machen. Das ist übrigens dasselbe Verfahren wie bei den Wirtschaftsprüfern: Auch die den Weltmarkt der Wirtschaftsprüfung beherrschenden vier US-Unternehmen Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young, KPMG und Deloitte erhalten ihre Lizenz von der SEC. Aber auch die Wirtschaftsprüfer wie die Rating-Agenturen dürfen ihre Verfahren in Selbstverwaltung entwickeln. Auch die Europäische Union hat diesen Umgang übernommen.

"EU hat das US-Vorgehen millimetergenau nachgemacht"

Eine "Überprüfung" der Agenturen findet nur in Nebenaspekten

statt: haben sie ausreichend Kapital, haben sie Personal mit guten Universitätsabschlüssen. Eigentlich soll auch die "finanzielle Unabhängigkeit" überprüft werden. Aber die SEC hat weder den Bezahlmodus infrage gestellt, der eine ständige Interessenkollision bedeutet, noch hat sie jemals danach gefragt, wem die Agenturen eigentlich gehören. Und die Europäische Union und auch die neugebildeten Instanzen der Finanzaufsicht in der EU haben das US-Vorgehen millimetergenau nachgemacht.

▶ Werden die Bewertungen als politisches Druckmittel eingesetzt?

Werner Rügemer: Sie sind ein Druckmittel der Kreditgeber und Wertpapierverkäufer, die gegenwärtigen Regierungen und Parlamentsmehrheiten der "westlichen Wertegemeinschaft" geben diesen Druck ungebremst und unreflektiert weiter.

▶ Welche Folgen hat die Tätigkeit der Agenturen für Gesellschaft und Politik?

Werner Rügemer: Sie führt zu einer ständigen Aushöhlung des Rechtsempfindens und der Demokratie. Sie verstärkt die Abhängigkeit der betreffenden Politiker und politischen Parteien von der Finanzindustrie. Wie ich schon sagte und wie wir schon bei früheren Krisen wie der "Asienkrise" erfahren mussten und wie es jetzt sich in der EU abspielt: Die Tätigkeit der Agenturen führt zur Entdemokratisierung und zu vielfältigen Formen der Enteignung.

"Für die Rückzahlung der Schulden wird die Demokratie ausgehöhlt"

Durch eine fragwürdige Gesetzgebung wurden die Rating-Agenturen von politischer Seite in eine Machtposition erhoben, welche sie als Teile des Finanzkapitals prompt gegen die Staaten ausnützen. Gleichzeitig wird nicht nur in Deutschland über die "Schuldenbremse" mit Nachdruck daran gearbeitet, die Handlungsmacht des Staates noch einmal drastisch zugunsten jener Akteure zu reduzieren, welche für die Finanzkrise verantwortlich sind und auch weiter von ihr profitieren.

▶ Welche Rolle spielen die Agenturen bei der Euro-Krise?

Werner Rügemer: Diese Krise haben sie mitverursacht wie andere Finanz- und Wirtschaftskrisen auch. Ein Beispiel: In den Jahren 1999 bis 2001 half die US-Investmentbank durch diverse Tricks der griechischen Zentralbank, die hohen griechischen Staatsschulden auf das Maß herunterzudrücken, das den Maastricht-Kriterien entsprach und deshalb Griechenland in die Eurozone aufgenommen werden konnte. Dabei wurden beispielsweise die Gebühren des Flughafens Athen der nächsten 30 Jahre verkauft - so kam kurzfristig Geld in die Staatskasse. Dass damit aber langfristig eine Einnahmequelle trockengelegt wurde, interessierte damals weder die EU noch die griechische Regierung noch die Kreditgeber.

Denn auf dieser getricksten Grundlage gaben die Agenturen

Griechenland in den Folgejahren gute Noten und die Kredite von Deutscher Bank, Société Générale und Goldman Sachs flossen nach Griechenland. Auch die traditionelle Steuerflucht der griechischen Eliten ließ man weiterlaufen. Gleichzeitig ließ man die weit über dem EU-Durchschnitt liegenden Rüstungskäufe der korrupten griechischen Regierungen nicht nur zu, sondern förderte sie. Dass das nach wenigen Jahren zu einer erneuten hohen Verschuldung führen musste, war jedem klar.

Erst im letzten Moment schalteten die Agenturen um und vergaben ab 2010 plötzlich schlechte Noten. Die Zinsen stiegen, die Kreditgeber freuten sich. Die von den Agenturen routinemäßig auch vorgeschlagenen "Spar"maßnahmen eröffnen den Finanzakteuren und Konzernen neue Geschäftsfelder: Aufkauf öffentlicher Unternehmen zum Schnäppchenpreis und ähnliches.

▶ Warum wurde überhaupt das US-Ratingsystem auch für die EU und Deutschland eingeführt?

Werner Rügemer: Das ist eben die vielberedete "Globalisierung": US-Interessen und US-Strukturen wurden weltweit etabliert. Auch daran wird auch deutlich, wie die wirklichen Machtverhältnisse heute beschaffen sind. Das gilt eben nicht nur für den militärischen Bereich.

▶ Sie schreiben in Ihrem Buch, dass die Arbeitsweise der Agenturen auf eine "kriminogene Situation" hindeute. Was

bedeutet das?

Werner Rügemer: "Kriminogene Situation" bedeutet: Die Umstände erleichtern, fördern kriminelles Handeln, laden sogar dazu ein. Der Staat duldet, schützt das sogar. Das heißt, dass man nicht unbedingt kriminell werden *muss*, dass es aber eines starken Charakters und eines eigenen, gefestigten demokratischen Wertgefüges bedarf, um *nicht* kriminell zu werden. Die Bezahlung der Agenturen durch die Verkäufer der Kredite und Finanzprodukte habe ich schon genannt.

"Insider-Beziehungen und Verfilzung"

Die Agenturen verkaufen nicht nur Ratings, sondern gleichzeitig auch viele weitere Dienstleistungen wie Design von strukturierten Finanzprodukten, Kredit- und Risikoanalysen, Marktrecherchen, Finanzsoftware und Training an dieselben Kunden. Das fördert die Insider-Beziehungen und die Verfilzung. Dazu kommt das "Shopping and Hopping": Wenn zum Beispiel Goldman Sachs bei der einen Agentur nicht schnell ein gutes Rating bekommt, geht die Bank eben zur nächsten, die sich darauf einlässt, weil sie im scharfen Konkurrenzkampf mit den anderen Agenturen jeden neuen Auftrag gern übernimmt und ihn im Interesse des Kunden so ausführt, dass der nicht zur übernächsten Agentur weiterläuft.

Des weiteren haben nicht nur die Eigentümer der Agenturen, sondern auch sie selbst, ihre juristischen Sitze in den wichtigsten

Finanzoasen wie Delaware und Cayman Islands. Hier können wichtige Transaktionen versteckt werden. Transparenz und Amtshilfe für andere Staaten und für Kunden gibt es nicht. Zu den kriminogenen Bedingungen gehört auch die staatlich geförderte, vollständige Haftungsfreistellung. Schließlich trägt auch die staatliche Beauftragung in Verbindung mit der Nicht-Aufsicht ein kriminogenes Element in sich: Die Agenturen können sich ihre Bewertungskriterien selbst stricken. Ich nenne das wie andere Autoren auch "regulatory capture": staatliche Komplizenschaft; die Aufsicht deckt die Tätigkeit des Beaufsichtigten.

▶ Sie beschreiben in Ihrem Buch die "Debtocracy": Können Sie uns das kurz darlegen?

Werner Rügemer: Die Tätigkeit der Agenturen führt in Abstimmung mit den Finanzakteuren zu einer Situation, in der sich die Vorherrschaft der Finanzakteure über Staat und Wirtschaft am Ende zuspitzt, mit dem Ergebnis: Unter den einseitigen Verpflichtungen für die Rückzahlung der Schulden wird die Demokratie ausgehöhlt, weil die Zustimmung der Bevölkerungen und auch oft der gewählten Volksvertreter nicht zu bekommen ist. Deshalb haben beispielsweise die EU, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds in Griechenland und Italien ohne demokratische Wahlen Ministerpräsidenten eingesetzt und Regierungskoalitionen zusammengeschoben.

▶ Ist eine Reform der Rating-Agenturen in Sicht?

Werner Rügemer: Nein. Es wird zwar in den USA seit dem von den Agenturen vor einem Jahrzehnt mitverursachten Bankrott des damaligen Starunternehmens Enron über Reformen nachgedacht. Aber dabei ist nichts herausgekommen außer dass die Börsenaufsicht SEC sechs zusätzlichen Agenturen eine Lizenz gegeben hat; das hat aber nichts verändert, die drei großen Agenturen haben ihren Anteil am Rating-Weltmarkt seit der letzten Finanzkrise 2007 sogar von 95 auf 97 Prozent gesteigert.

Auch in der EU laboriert seit einem Jahrzehnt an Reformen. Das europäische Parlament hat 2011 beschlossen, dass eine Europäische Agentur gegründet werden soll. Es soll aber eine Agentur sein, die von einer privaten Stiftung finanziert wird. Und das Parlament hat keine Vorgaben für andere Kriterien als die bisherigen gemacht.

▶ Sind die chinesische Rating-Agentur Dagong und Wikirating Auswege aus dem Dilemma?

Werner Rügemer: Wikirating ist kein Ausweg. Es ermöglicht zwar die Beteiligung von Bürgern, die ihre Bewertungen abgeben können. Aber auch Wikirating geht einseitig von den Interessen der Kreditgeber aus. Da ist die chinesische Agentur Dagong schon ein anderes Kaliber. Sie wurde 1994 auf Initiative der chinesischen Zentralbank gegründet. Der Chef Guan Jiazhong ist Kommunist

und überzeugter Marktwirtschaftler. Er weist auf grundsätzliche Fehler der führenden westlichen Agenturen hin: Sie sind, wie auch das Beispiel des wichtigsten kapitalistischen Staates USA zeigt, gar nicht an der Rückzahlung der gegenwärtig 15 Billionen Altschulden interessiert; sie wollen im Interesse ihrer Eigentümer lediglich, dass die USA weitere Kredite aufnehmen und weiter Zinsen für die alten und auch die neuen Schulden zahlen. Deshalb besage ein gutes derartiges Rating gar nichts über die tatsächliche Rückzahlungsfähigkeit.

Dagong orientiert sich dagegen, jedenfalls in der Theorie, an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Er rät den US-Akteuren: "Sie sollten an die langfristigen Interessen ihres Landes denken. Es ist sehr teuer, Weltpolizist zu sein und gleichzeitig mehrere Kriege zu führen. Wenn diese hegemoniale Strategie verändert wird, werden sich auch die Ausgaben reduzieren. Am Ende wird das einfache Volk in Amerika den Nutzen davon haben. Wenn man ständig Geld borgen muss, um seine Hegemonie zu finanzieren, ist das langfristig nicht tragbar."

"Alle Zentralbanken sind dabei, sich in Bad Banks zu verwandeln"

Interview mit Ernst Lohoff und Norbert Trenkle über die Wirtschafts- und Finanzkrise (August 2012)

Schwarze Wolken am Horizont: Während in Europa die Ökonomien wie Domino-Steinchen umzufallen drohen und das Ende des Euro in Sicht ist, scheinen die politischen Maßnahmen trotz ihrer absurden Dimensionen (Deutschland hat sich zum Beispiel momentan zu einer Gesamthaftung von 644 Milliarden Euro verpfichtet) dagegen von immer kürzerer Wirksamkeit zu sein.

Jede Lösung des Problems scheint sich unter der Hand in ein noch größeres Problem zu verwandeln und die Wirtschafts-, Schulden- und Finanzkrise weiter zu verschärfen und zu vertiefen. Diese Krise, mit der Aussicht auf das Platzen der letzten verbliebenen Finanzblase, nämlich die der Staatskredite mitsamt der drohenden Inflation, könnte möglicherweise die Zeit nach dem Schwarzen Freitag im Jahr 1929 wie einen gemütlichen Spaziergang an einem sonnigen Ostersonntag aussehen lassen. Ein Gespräch mit Ernst Lohoff und Norbert Trenkle, die mit ihrem Buch Die große Entwertung in unserer Zeit die historische Schranke der bürgerlichen Ökonomie verorten.

▶ Was begreift man mit Marx an der gegenwärtigen Krise besser

als mit anderen Theoretikern?

Ernst Lohoff: Dazu muss man sich zunächst einmal die gegenwärtige Krisendebatte vor Augen führen, die sich durch eine merkwürdige Diskrepanz auszeichnet. Einerseits wird konstatiert, es handle sich um eine Krise von "historischer Dimension" und alle paar Wochen findet ein neues Gipfeltreffen statt, an dessen Ende die wichtigsten Regierungschefs verkünden, sie hätten die Weltökonomie gerade vor dem Untergang gerettet. Andererseits jedoch sind die Erklärungen, die für diese dramatische Entwicklung angeboten werden äußerst dürftig. Die offizielle Krisendebatte bewegt sich auf dem Niveau des Hobbyklempners, der hier und dort ein paar Rohre flickt, während gerade der Keller voll Wasser läuft. Es werden allerlei finanztechnologische Maßnahmen diskutiert, aber eigentlich weiß niemand so recht, was dabei herauskommt, weil theoretisch fundierte Analysen des laufenden Krisenprozesses fehlen.

Die reflektierten Vertreter der Volkswirtschaftslehre räumen den Bankrott ihrer Disziplin inzwischen offen ein. Beispielsweise meinte der Harvard-Professor und ehemalige Chefvolkswirt des IWF, Kenneth Rogoff, gegenüber dem Handelsblatt kürzlich, die sehr eleganten ökonomischen Modelle, die die akademische Welt seit Jahrzehnten dominierten, seien in der Praxis "sehr, sehr erfolglos gewesen. Als der große Schock kam, erwiesen sie sich als wertlos" .

▶ Worauf ist dieses Totalversagen zurückzuführen?

Ernst Lohoff: Wir denken, dass es schon an der erkenntnisleitenden Fragestellung liegt. Die Grundfrage unserer Krisenepoche liegt eigentlich auf der Hand. Warum muss eine Gesellschaft, deren stoffliche Produktivität geradezu explodiert, die also Güterreichtum ohne Ende herstellen kann, feststellen, dass sie angeblich "über ihre Verhältnisse gelebt hat"? Die Antwort auf diese Frage finden wir bei Marx - vorausgesetzt wir lesen ihn kritisch und gegen die Interpretationsraster des traditionellen Marxismus und der sogenannten "Marx-Renaissance" der wir gerade beiwohnen.

Stofflicher Reichtum versus abstrakter Reichtum

Das Marxsche "Kapital" beginnt *nicht* mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern mit der "Elementarform" der kapitalistischen Gesellschaft: der Ware. Marx zeigt, dass in der Ware bereits der Grundwiderspruch angelegt ist, aus dem sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus im Allgemeinen und die aktuelle Krisenentwicklung im Besonderen erklären lässt. Es ist der Widerspruch zwischen zwei unterschiedlichen Reichtumsformen: dem stofflichen Reichtum, wie er sich in der Güterproduktion ausdrückt, und dem abstrakten Reichtum, wie er sich in der Kategorie des Werts darstellt und im Geld handhabbar wird. Unter den Bedingungen der modernen Warenproduktion, also in der

kapitalistischen Gesellschaft, wird stofflicher Reichtum immer nur produziert, soweit sich dieser auch als Wert darstellen lässt, soweit er also zur Kapitalverwertung beiträgt. Die Güterproduktion ist hier also immer nur Mittel zu einem ihr äußerlichen Zweck, dem Selbstzweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Wo dieser Zweck nicht erfüllt werden kann, weil die Kapitalverwertung ins Stocken gerät, stockt auch die Produktion stofflichen Reichtums; es werden sogar Güter vernichtet, weil sie nicht verkäuflich sind, obwohl massenhaft Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Zum Beispiel müssen dann Menschen in Zelten wohnen, während ihre Häuser leer stehen, bloß weil sie ihre Kredite nicht mehr abbezahlen können.

▶ Was kennzeichnet die Wirtschaftskrisen in der bürgerlichen Gesellschaft im Vergleich zu anderen Epochen?

Norbert Trenkle: Prinzipiell lässt sich sagen, dass Krisen im Kapitalismus nicht aus Mangel, sondern aus Überfluss und inmitten des Überflusses entstehen. Das ist eine Grundverrücktheit, die die VWL nicht erklären kann, weil sie die abstrakte Reichtumsproduktion naturalisiert. Die Warenproduktion erscheint ihr als quasi-natürliche Form des menschlichen Wirtschaftens. Daher hat sie kein Auge für den inneren Widerspruch zwischen stofflicher und abstrakter Reichtumsproduktion und ist blind für die tieferen Ursachen des laufenden Krisenprozesses.

▶ Um welche Art Wirtschaftskrise handelt es sich bei der

gegenwärtigen eigentlich?

Ernst Lohoff: Marx unterscheidet zwischen allgemeinen und besonderen Krisen und konstatiert: "Alle Widersprüche der bürgerlichen Produktion kommen in den allgemeinen Weltmarktkrisen kollektiv zum Eklat, in den besonderen Krisen nur zerstreut, isoliert einseitig." . Keine Krise in der Geschichte des Kapitalismus hat sich den Begriff der allgemeinen Krise dermaßen redlich verdient, wie die gegenwärtige, die seit dem Herbst 2008 manifest geworden ist. Es handelt sich dabei um ganzes System von Teilkrisen, die sich gegenseitig bedingen, überlagern und aufeinander aufbauen.

"Strukturelle Krise der realen Wertproduktion"

Vor allem zwei Hauptschichten muss man analytisch auseinander halten. Zunächst einmal gibt es eine strukturelle Krise der realen Wertproduktion. Die wirkt untergründig schon seit den 1970er Jahren, wurde nie überwunden und lässt sich auch gar nicht überwinden, denn sie resultiert daraus, dass die Produktivität mittlerweile zu hoch ist, um den Prozess der Kapitalverwertung in Gang zu halten. Kapital muss sich vermehren, denn sonst hört es auf Kapital zu sein, und dazu muss eine beständig wachsende Zahl von Arbeitskräften in der Produktion von Waren vernutzt werden. Gleichzeitig wird aber durch die Konkurrenz ein unaufhaltsamer Produktivitätswettlauf angestachelt, der im Kern darauf

hinausläuft, permanent Arbeitskraft durch Sachkapital zu ersetzen. Das ist der innere Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der sich letztlich gegen diese selbst richten muss. Wenn nämlich die Produktivität so hoch ist, dass massenhaft Arbeitskraft überflüssig gemacht wird, werden die Grundlagen der Kapitalverwertung in Frage gestellt. Genau das macht den Kern der grundlegenden Strukturkrise aus, in die das kapitalistische Weltsystem seit dem Ende des Nachkriegsbooms hineingeraten ist.

▶ Und was ist die andere wesentliche Komponente der Krise?

Norbert Trenkle: Diese eben beschriebene Krise ist jahrzehntelang durch die Aufblähung der Finanzmärkte überspielt worden. Die gesamtgesellschaftliche Kapitalakkumulation kam nach den Krisen der 1970er Jahre wieder auf Touren und die Weltwirtschaft fand zurück auf die Wachstumsspur. Dieses Wachstum wurde aber nicht mehr von tatsächlicher Wertproduktion durch Arbeitskraftvernutzung getragen, sondern durch die explosionsartige finanzindustrielle Vermehrung von Kapital. Indem die Finanzindustrie immer mehr Eigentumstitel (Schulden, Aktien, Derivate) in Umlauf brachte, gelang ihr das Kunststück zukünftigen Wert, also Wert, der noch gar nicht produziert ist und vielleicht nie produziert werden wird, in abstrakten Reichtum zu verwandeln.

Diese Kapitalvermehrung durch Wertantizipation, die längst astronomische Ausmaße angenommen hat, ist aber selber in die

Krise geraten. Die permanente Vermehrung von Eigentumstiteln, ohne die der Kapitalismus nicht mehr lebensfähig ist, läuft zwar nach wie vor, ja sogar beschleunigt weiter, aber nur weil dieses Geschäft jetzt von den Staaten und vor allem den Zentralbanken betrieben wird. Die Staaten treiben ihre Verschuldung in die Höhe und die Zentralbanken gewähren den Privatbanken exzessiv Kredit zu faktischen Nullzinsen, während sie gleichzeitig Staatspapiere aufkaufen, die sonst keiner mehr kauft. Doch auch hier werden langsam die Grenzen erreicht, wie etwa die Eurokrise zeigt.

▶ Wie hat sich im Zuge der Finanzkrise die Rolle der Zentralbanken verändert?

Ernst Lohoff: Beim Stichwort "fiktives Kapital" denkt jeder zunächst einmal vor allem an das in den Händen privatwirtschaftlicher Akteure sich bildende fiktive Kapital, an die Ansprüche von Geschäftsbanken gegenüber ihren Kreditnehmern, an Aktien und Staatspapiere, die sich in der Hand von Versicherungen, Rentenfonds oder Privatanlegern befinden. In dem Maß wie die Währungen vom Gold entkoppelt wurden, ist aber noch einen weiterer Akteur für die finanzindustrielle Geldkapitalbildung wichtig geworden nämlich die Zentralbank. Geldpolitik bedeutet nichts anderes, als dass die Währungshüter darauf Einfluss nehmen, in welchen Umfang fiktives Geldkapital entsteht. Das kann indirekt geschehen, etwa durch die Festlegung von Mindestreserven, die die Geschäftsbanken nicht verleihen

dürfen.

"Zentralbanken übernehmen die Risiken"

Viel wichtiger ist aber etwas anderes: Die Zentralbanken treten selber als Marktteilnehmer auf den Geld- und Kapitalmärkten auf und häufen fiktives Kapital an. Die sogenannte "Geldschöpfung" besteht darin, dass die Zentralbanken den Geschäftsbanken Kredite gewähren, also Zahlungsversprechen ankaufen. Senken die Notbanken die Zinsen für diese Kredite, dann befeuert das die Bildung von fiktivem Kapital. Die Erhöhung der Leitzinsen wirkt dagegen drosselnd. Diese Zinspolitik hat bei der der Überwindung der bisherigen Kriseneinbrüche in der Ära des fiktiven Kapitals eine zentrale Rolle gespielt. Auch in der schweren Krise der "New Economy" zu Anfang des Jahrtausends gelang es, die privatwirtschaftliche Akkumulation von fiktivem Kapital durch drastische Leitzinssenkungen wieder auf Touren zu bringen.

Gefüttert durch billige Kredite entstand die Immobilienblase, die auch die schwächelnde Realwirtschaft wieder anfeuerte. In der jetzigen Krise sieht das jedoch anders aus. Um den Kollaps des Finanzsystems zu verhindern müssen die Notenbanken zusätzlich zu einer Nullzinspolitik, die den Rohstoff für neue Blasen liefern soll, auch sukzessive immer mehr Altlasten übernehmen und im großen Stil Kredite gewähren, wo sonst niemand mehr Kredite gewährt. Beim akuten Krisenschub im Herbst 2008 beschränkte

sich das noch darauf, den zusammengebrochenen Interbankenmarkt zu ersetzen. Normalerweise leihen sich die internationalen Banken gegenseitig ganz kurzfristig Geld, für das sie gerade aktuell selber keine Verwendung haben. Nach der Pleite von Lehmann Brothers aber war das gegenseitige Misstrauen dermaßen groß, dass diese Form des Geldflusses versiegte und die Privatbanken nur noch bei den Zentralbanken Kredit bekamen.

Gravierender noch als diese kurzfristige Rettungsaktion ist, dass die Zentralbanken mittlerweile im großen Stil Staatsanleihen aufkaufen müssen, um zu verhindern, dass der Markt für diese Papiere zusammenbricht und die Staaten reihenweise bankrottieren. Aber auch die Bankenkrise schwelt weiter. Auch hier übernehmen die Zentralbanken die Risiken, indem sie die notleidenden Geschäftsbanken mit langfristigen Krediten versorgen, die im Falle einer Pleite selbstverständlich abgeschrieben werden müssen. Ob die US-amerikanische Fed oder die EZB, alle Zentralbanken sind dabei sich in Bad Banks zu verwandeln. Sie pumpen wie wild Geldkapital ins Bankensystem, während sich gleichzeitig die Qualität ihrer Währungsreserven rapide verschlechtert, denn diese bestehen zu einem immer größeren Teil aus unverkäuflichen Schrott-Papieren. Zwar haben diese Notaufkäufe von Zahlungsversprechen in den letzten vier Jahren den Kollaps des Finanzsystems verhindert, doch ist damit der Entwertungsbedarf nur in die Zukunft verschoben und dabei

zugleich vergesellschaftet worden.

▶ Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit einer Inflation ein?

Norbert Trenkle: Die Geldwertstabilität wird von zwei Seiten gefährdet: Auf der einen Seite speisen die Zentralbanken immer mehr Geldkapital in das Bankensystem ein. Solange dieses Geldkapital bei den Banken und deren Kunden wieder als Kapital Verwendung findet, also dem Ankauf von Eigentumstiteln dient oder produktiv investiert wird, bleibt das ohne große Folgen für die Geldwertstabilität. Das ändert sich indes, wenn es in die Gütermärkte fließt und dort als bloßes zusätzliches Geld den gehandelten Waren gegenübersteht. Sobald das in größeren Umfang geschieht, weil profitable Kapitalanlagen fehlen, muss sich die Aufblähung des Finanzüberbaus in eine Entwertung des Geldmediums, also in Inflation, übersetzen. Gleichzeitig wird es, wie schon angedeutet, früher oder später zu einer offenen Entwertung der Währungsreserven kommen. Einer aufgeblähten Geldmenge stehen dann abgeschriebene Forderungen gegenüber.

"Die Frage ist nicht, ob es zu inflationären Prozessen kommt, sondern wann"

Die Frage ist vor diesen Hintergrund also nicht, ob es zu inflationären Prozessen kommt, sondern wann diese einsetzen und wie die genaue Verlaufsform aussieht. Bis dato beschränkt sich die Teuerung, zumindest hierzulande, auf Edelmetalle und Immobilien,

die als Ausweich-Geldanlage in der Welt der Sachgüter dienen. Im alltäglichen Verkehr macht sich das jetzt schon in Gestalt steigender Mieten bemerkbar. Dabei wird es aber kaum bleiben.

In gewisser Weise bedeutet das übrigens eine Rückkehr zu dem Zustand, in dem sich die Weltwirtschaft vor dem großen Take off des fiktiven Kapitals befand. Die 1970er Jahre waren in den kapitalistischen Kernländern von einem Phänomen gekennzeichnet, das die Ökonomen Stagflation tauften. Schwachen Wachstumsziffern standen jährliche Inflationsraten von um die 10 Prozent gegenüber. Allerdings haben sich gegenüber den damaligen Verhältnissen die Dimensionen gehörig verschoben. Aus der Wachstumsschwäche dürfte eine manifeste Depression und aus der Inflation eine Hyperinflation werden. Die Krisenverschiebung hat ihren Preis.

Die Wirtschaftskrise und das "fiktive Kapital"

Während Theoretiker sowohl des Neo-Liberalismus als auch Keynesianismus die Krise vorrangig als Verwertungsproblem der Angebots- beziehungsweise der Nachfrageseite deuten, hat nach den Ausführungen von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle die bürgerliche Ökonomie mit dem Eintritt in das IT-Zeitalter, in dem durch die steigende Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Technologie exponentiell mehr Menschen aus der Lohnarbeit herausgedrängt als eingesaugt werden, bei Beibehaltung der Arbeit

als grundlegende Quelle des Profits, einen Herzinfarkt erlitten und kann nur noch durch die Zufuhr von spekulativ angelegten Kapital, dem sogenannten "fiktiven Kapital" kompensiert werden. Die Anzahl der auf den Finanzmärkten gehandelten Eigentumstiteln wie Derivaten, Futures, Options etcetera, deren Wert sich erst noch in der Zukunft realisieren muss, die aber vorab schon als Kapital gehandelt werden, hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen und übersteigt den realwirtschaftlich produzierten Wert um ein Vielfaches.

Diese Verlagerung der Akkumulation von der Produktion in die Sphäre der Spekulation beseitigt aber das Verwertungs-Problem nicht, sondern bringt es nur auf eine tiefgreifendere Ebene - mit umso schwerwiegenderen Konsequenzen. Bricht der Glaube an die Realisierung der zukünftigen Werte weg, weil absehbar ist, dass sich die realwirtschaftliche Basis auf die sich die Eigentumstitel beziehen erodiert, bricht nach Ansicht der Autoren von Die große Entwertung das gesamte kettenbriefartig strukturierte System zusammen.

▶ Was sind die Ursachen für die gegenwärtige Krise?

Norbert Trenkle: Bei den Ursachen muss man die beiden Hauptschichten der Krise unterscheiden. Die basale Krise der Wertverwertung ist, wie gesagt, der beschleunigten Produktivitätsentwicklung geschuldet, die immer mehr Arbeitskraft

überflüssig macht. Dabei spielt die dritte industrielle Revolution eine entscheidende Rolle. Zwar gab es auch in früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung gewaltige Rationalisierungsschübe, so etwa als in den 1920er und 30er Jahren die fordistischen Produktionsmethoden eingeführt wurden. Aber gleichzeitig wurden damit auch neue Sektoren für die industrielle Massenproduktion erschlossen, die massenhaft zusätzliche Arbeitskraft benötigten. Diese Expansion der Warenproduktion auf neue Felder kompensierte die Rationalisierungseffekte, so dass letztlich sogar mehr Arbeitskraft vernutzt wurde als zuvor.

Mit der dritten industriellen Revolution funktioniert dieser Kompensationsmechanismus jedoch nicht mehr. Denn die Umstrukturierung der Produktionsprozesse auf Grundlage der IuK-Technologien bedeutet eine Verlagerung der gesellschaftlichen Produktivkraft auf die Ebene des Wissens, genauer gesagt, hin zur Anwendung des Wissens auf die Produktion. Damit aber sind die Grundlagen der Kapitalverwertung in Frage gestellt, denn es kommt zu einer absoluten Verdrängung von Arbeitskraft quer durch alle Sektoren der Wertproduktion, die nicht mehr durch die Erschließung neuer Branchen wettgemacht werden kann.

▶ Was ist nun das "fiktive Kapital" und welche Rolle spielt es in der aktuellen Krise?

Ernst Lohoff: Das "fiktiven Kapital" ist für das Verständnis der

zweiten Schicht der Krise zentral. Marx führte diesen Begriff in Abgrenzung zum Begriff des "fungierenden Kapitals" ein. Er zeigte, dass das Kapital im Laufe seiner Entwicklung nicht nur die Produktion von Kartoffeln, Stahl, Textilien undsoweiter in Warenproduktion verwandelt, sondern dass das Geldkapital selber ebenfalls zur handelbaren Ware wird.

"Anspruch auf zukünftigen Wert"

Dabei geschieht etwas höchst Merkwürdiges. Aufgrund des Verkaufs gewinnt das Ausgangskapital plötzlich eine doppelte Existenz. Einerseits befindet sich das Ausgangskapital beim Kreditnehmer beziehungsweise beim Aktien ausgebenden Unternehmen, gleichzeitig hat aber der Kreditgeber beziehungsweise der Aktionär ein Spiegelbild des Ausgangskapitals in Händen, nämlich einen Eigentumstitel (Anleihe, Aktie etcetera), der einen monetären Anspruch darstellt. Diese Verdoppelung ist keineswegs eine bloße Fiktion, wie der Begriff des "fiktiven Kapitals" nahe legen könnte. Sie existiert nicht nur in den Köpfen, sondern gewinnt in Gestalt des Wertpapiers eine objektive gesellschaftliche Existenz, solange der verbriefte Anspruch als einlösbar erscheint. Es handelt sich um einen Anspruch auf zukünftigen Wert und dieser stellt zunächst genauso kapitalistischen Reichtum dar wie der vom fungierenden Kapital der Arbeitskraft abgepresste Wert.

Zu Marxens Zeiten stellte diese Art der Kapitalvermehrung durch Vorabkapitalisierung künftigen Werts eine für die längerfristige Entwicklung der Kapitalakkumulation irrelevante Marginalie dar. Seit dreißig Jahren aber ist sie zur eigentlichen Quelle kapitalistischen Reichtums geworden. Um die kapitalistische Produktion am Laufen zu halten, obwohl durch die Produktivitätsentwicklung immer mehr Arbeitskraft überflüssig gemacht wird, wurden immer größere Portionen an zukünftigem, fiktivem Wert in die Gegenwart gepumpt. Damit konnte die strukturelle Krise der Verwertung zunächst einmal aufgeschoben werden.

▶ Und was ist der Haken bei der Sache?

Ernst Lohoff: Dummerweise kann ein auf Vorwegnahme künftiger Wertproduktion beruhendes System nur als Kettenbriefsystem funktionieren. Und als solches kommt es von zwei Seiten in die Klemme: auf der einen Seite wachsen die Altlasten schon verbrauchter kapitalistischer Zukunft umso schneller in den Himmel, je länger diese verrückteste Form des Kapitalismus schon vor sich hinprozessiert. Die Schulden der Vergangenheit können nicht folgenlos verschwinden. Sie müssen entweder refinanziert werden oder es wird gesellschaftliches Kapital durch die Annullierung des fiktiven Kapitals vernichtet.

"Schulden der Vergangenheit können nicht folgenlos

verschwinden"

Zum anderen kann die wachsende Flut immer neuer Eigentumstitel nur dann Absatz finden, wenn es irgendwie plausibel erscheint, dass sich die Zahlungsversprechen und Gewinnaussichten der Kreditnehmer und sonstiger Eigentumstitelverkäufer auch realisieren lassen. Ist das nicht mehr gewährleistet, platzt die Blase und es erscheint dann so, als handele es sich um eine "Finanzkrise". In Wahrheit aber versagt nur der Mechanismus, der es jahrzehnzelang erlaubt hat, die Strukturkrise der Verwertung aufzuschieben. Wenn man das versteht, weiß man, dass die aktuelle Krise weitaus dramatischer ist, als sie wahrgenommen wird. Es handelt sich um eine Systemkrise im strengen Sinne des Wortes, um eine Krise, die das System der kapitalistischen Reichtumsproduktion ernsthaft in Frage stellt.

▶ Welche Folgen wird die Sparpolitik zeitigen, die gegenwärtig als Lösung der Krise von der wirtschaftlichen und politischen Klasse betrieben wird?

Norbert Trenkle: Was die Sparpolitik angeht, muss man zwei Dinge auseinander halten. Sparpolitik in dem Sinne der offiziellen Zwecksetzung, nämlich als Weg hin zur Haushaltskonsolidierung, ist eine Fata Morgana. Die Neuverschuldung wird schon allein deshalb weitergehen müssen, weil den Staaten gar keine andere Wahl bleibt, als immer wieder zig Milliarden in das Banken- und

Finanzsystem zu pumpen, um dessen Zusammenbruch so lange wie irgend möglich aufzuschieben, weil sonst katastrophale Folgen drohen. Diese Milliarden können jedoch unmöglich aus der realen Wertschöpfung stammen, sondern lassen sich nur durch den erneuten Vorgriff auf zukünftigen Wert aufbringen.

"Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung sind verheerend"

Also müssen die Staaten alles daran setzen, ihre Kreditwürdigkeit zu wahren und so zu tun, als wären sie zu einer längerfristigen Haushaltskonsolidierung in der Lage. Und genau das demonstrieren sie durch eine knallharte Sparpolitik gegenüber all jenen gesellschaftlichen Bereichen, die vom Standpunkt des fiktiven Kapitals als reiner Ballast gelten: die Sozialsysteme, die öffentlichen Dienste, der Bildungssektor etcetera. Die offizielle Sprachregelung ist in dieser Hinsicht eigentlich sehr offenherzig, wenn sie zwischen "systemrelevanten" und "nicht-systemrelevanten" Sektoren unterscheidet. Dass die Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung und die stoffliche Reichtumsproduktion verheerend sind, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Es genügt ein Blick nach Griechenland und Spanien, wo gerade vorexekutiert wird, was früher oder später auch in den Ländern droht, die bisher noch nicht ganz so stark von den Krisenfolgen betroffen sind.

▶ Wozu diese Verelendungspolitik?

Norbert Trenkle: Diese wird nicht etwa deswegen betrieben, um

die Gesellschaft "nachhaltig" zu gestalten und "unseren Kindern" keine übermäßigen Schulden zu hinterlassen, wie es im moralinsauren, pathetisch-verlogenen Politikerjargon heißt, sondern nur um die Akkumulation des fiktiven Kapitals noch eine Zeitlang fortzusetzen. Der Preis dafür wird allerdings immer höher. Denn jetzt geht es nicht mehr nur darum, die Maschine der abstrakten Reichtumsproduktion, die aufgrund der hohen Produktivität ins Stocken geraten ist, durch das Ansaugen von zukünftigem Wert in Schwung zu halten. Vielmehr muss in erster Linie verhindert werden, dass das aufgetürmte Gebirge uneinlösbarer Zahlungsversprechen zusammenbricht. Deshalb fließt der Großteil des neu geschöpften fiktiven Kapitals wieder direkt in den Finanzsektor zurück und immer weniger davon kommt im realwirtschaftlichen Kreislauf an.

"Aufgetürmte Gebirge uneinlösbarer Zahlungsversprechen"

Damit gelangt die demonstrative Sparpolitik allerdings an einen Punkt, wo sie kontraproduktiv selbst noch für den bornierten Zweck der Akkumulation von fiktivem Kapital wird. Wo sie nämlich ins Extrem getrieben wird, wie derzeit in Griechenland und Spanien, führt das direkt in die wirtschaftliche Depression - und davon ist dann auch das Banken- und Finanzsystem betroffen. Langsam dämmert das auch den Hardlinern unter den deutschen und europäischen Sparkommissaren. Deshalb und natürlich auch wegen der massiven Proteste werden jetzt neue Wachstums- und

Konjunkturprogramme diskutiert. Ob diese jedoch noch rechtzeitig umgesetzt werden, bevor die Lawine abgeht, ist unklar. Zu hoffen ist es, denn immerhin könnte damit der Verarmungsschub erst einmal abgebremst werden.

Freilich wäre damit bestenfalls ein gewisser zeitlicher Aufschub erreicht. Denn solche Programme hängen ja genauso am Tropf des fiktiven Kapitals und deshalb ist es auch konsequent, dass ihre Fürsprecher, wie der neue französische Präsident Hollande, keinesfalls die Sparpolitik als solche in Frage stellen, sondern sie nur etwas anders gestalten wollen. Auch sie rennen der Illusion eines ausgeglichenen Haushalts hinterher und sind letztlich bereit, der Bevölkerung für diese Fiktion alle möglichen Opfer abzuverlangen. Von einer möglichen rot-grünen Bundesregierung im kommenden Jahr sind in dieser Hinsicht jedenfalls jede Menge Grausamkeiten zu erwarten.

▶ Sie schreiben in Ihrem Buch, dass "früher oder später ein Punkt erreicht sein muss, an dem das erreichte Niveau der Produktivkräfte mit der kapitalistischen Reichtumsform unvereinbar wird." - Gibt es aber nicht in jeder Krise beziehungsweise danach Tendenzen, die der Krise entgegenwirken?

Ernst Lohoff: Die Marxsche Krisentheorie verbindet zwei Elemente miteinander. Zum einen vertritt Marx die These, das Kapital steuere aufgrund der Produktivkraftentwicklung auf eine unüberwindbare

historische Schranke zu. Auf der anderen Seite hat er auch den Verlauf der periodischen Krisen untersucht, die immer wieder den Fortgang der Kapitalakkumulation unterbrechen. Diese beiden Elemente sind in seiner Krisentheorie insofern miteinander verklammert, als in den periodischen Krisen das Grundproblem des Kapitalismus, die Unterordnung der stofflichen Reichtumsproduktion unter den armseligen Zweck der Wertverwertung, immer schon aufscheint.

"Buddhistisches Krisenverständnis"

Gerade in der linken Diskussion herrscht noch viel mehr als in anderen Segmenten der Gesellschaft eine ausgeprägte Tendenz die gegenwärtige Krise klein zu reden. Dementsprechend wird das Problem der periodischen Krisen isoliert betrachtet und die Möglichkeit einer historischen Schranke einfach durchgestrichen. Das Ergebnis ist eine Art buddhistisches Krisenverständnis, demzufolge Krisen nichts weiter sind als reine "Selbstreinigungskrisen". Sie kommen und gehen ewig und stärken letztlich das Kapital nur. Bei Marx selbst klingt das auch, wo er nur von den periodischen Krisen spricht völlig anders: "Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen, der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen." Das Übergreifende ist für ihn die beständige Verschärfung und Akkumulation neuer Widersprüche.

Unsere Argumentation im Buch knüpft unmittelbar an der Marxschen Vorstellung einer historischen Schranke an und verortet diese in der dritten industriellen Revolution. Dass die Kapitalvernichtung in der Krise die Profitabilität des überlebenden Kapitals wiederherstellen und damit zum Ausgangspunkt eines neuerlichen Akkumulationsschubs werden kann, bezieht sich nicht auf das Problem der historischen Schranke, sondern ausschließlich auf die periodischen Krisen. Vorausgesetzt ist dabei, dass nach der Bereinigung von Überkapazitäten eine neuer Schub selbsttragender Kapitalverwertung einsetzen kann. Aber genau das ist unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution grundsätzlich ausgeschlossen.

"Der Neoliberalismus wurde zum Paten der Finanzindustrie"

In der Epoche des Keynesianismus hat sich der Staat mit seinen direkten und indirekten Eingriffen als aktiver Förderer des Wirtschaftslebens etabliert. Jedoch wurde der grundlegende Widerspruch zwischen dem stofflichen Output und seiner abstrakten und krisenhaften Verwertung in der bürgerlichen Ökonomie nicht angetastet. Somit blieb das Grunddilemma, dass eine Steigerung der Produktivität bei gleichbleibender oder stagnierender Akkumulationsquote mit dem tendenziellen Abbau von Arbeitsplätzen einhergeht und die Basis der Realakkumulation zunehmend erodiert wird, bestehen.

Als die Rezepte des Keynesianismus Ende der 70er Jahre nicht mehr auf die Privatinvestitionen positiv wirkten, wurde dieser durch den Neoliberalismus abgelöst, der das brachliegende Anlagekapital in die spekulative Sphäre der Finanzindustrie lenkte. Dies hatte die wachsenden Abhängigkeit der Realwirtschaft von Impulsen der Finanzmärkten zufolge, die sich ihrerseits zunehmend negativ auf ihre ökonomische Basis auswirkten, was periodisch wiederum eine zunehmende Aufblähung von ungedeckten Finanztiteln zur Folge hatte. Nach dem Platzen der New Economy- und der Immobilien-Blase wird nun allmählich mit der Erosion der Staatsfinanzen das Ausmaß der Krise offenbar.

▶ Sie koppeln den jeweiligen Siegeszug des Keynesianismus beziehungsweise Neo-Liberalismus an verschiedene Phasen der wirtschaftlichen Verwertungsdynamik im Kapitalismus. Können Sie das erläutern?

Norbert Trenkle: Der relative Erfolg des Keynesianismus im Nachkriegsboom war an bestimmte strukturelle Voraussetzungen gebunden, die außerhalb seines Zugriffs lagen, die er also nicht selbst erzeugt hatte und erzeugen konnte. Solange die industrielle Massenarbeit expandierte und den Motor eines selbstragenden Booms der Kapitalverwertung ausmachte, war die keynesianische Regulations- und Umverteilungspolitik durchaus funktional. Der Ausbau der Sozialsysteme und der Anstieg der Reallöhne trugen nicht nur zur sozialen Befriedung bei, sondern stabilisierten auch

den Wirtschaftsaufschwung, weil sie den Massenkonsum stärkten. Mindestens genauso wichtig war der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, ohne den die flächendeckende Industrialisierung und die Durchökonomisierung der Gesellschaft nicht funktioniert hätte: Autos konnten ohne eine dichtes Straßennetz nicht fahren, die Elektrifizierung der Haushalte erforderte eine ausreichende Stromversorgung und für die Ausbildung von Fachkräften war ein gutes, breitgefächertes Schul- und Hochschulwesen notwendig.

Dem Staat fiel also eine zentrale Rolle zu und das nährte die Vorstellung, er sei auch in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung langfristig in Gang zu halten, zu steuern und zu stabilisieren. Aber als der fordistische Nachkriegsboom zu Ende ging, erwies sich das als Illusion. Denn in dem Maße wie die Kapitalverwertung ins Stocken kam, weil aufgrund der rapide steigenden Produktivität immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt wurden, versiegte nicht nur die Quelle für die Finanzierung der staatlichen Aktivitäten. Gravierender noch war, dass es trotz massiver kreditfinanzierter Konjunktur- und Wachstumsprogramme nicht gelang, einen neuen Schub selbsttragender Kapitalverwertung in Gang zu setzen.

Aus unserer Sicht ist das auch keinesfalls verwunderlich. Denn der Staat kann zwar bis zu einem gewissen Grad in die Marktmechanismen eingreifen, aber er hat keinen Zugriff auf den Basisprozess, der von dem inneren kapitalistischen Selbstwiderspruch angetrieben wird. Anders gesagt: der

flächendeckenden Rationalisierung im Gefolge der dritten industriellen Revolution, die letztlich die Grundlagen der Kapitalverwertung untergräbt, stand der Keynesianismus hilflos gegenüber. Alle Versuche, die Realwirtschaft aus der Stagflation herauszuführen, scheiterten kläglich.

Das war der tiefere Grund für den Siegeszug des Neoliberalismus. Der hatte zwar auch kein Konzept um die Kapitalverwertung wieder auf Touren zu bringen, aber er bereitete den Boden für die Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik hin zur "Finanzindustrie" und damit für den Krisenaufschub der nächsten drei Jahrzehnte. Entscheidend dafür war einerseits die konsequente Liberalisierung der Finanzmärkte und andererseits die Aufblähung der Staatsverschuldung durch die Reagan-Regierung, die eine Art gigantischer Anschubfinanzierung für die Akkumulation des fiktiven Kapitals leistet. Die Zerschlagung der fordistischen Strukturen durch Entmachtung der Gewerkschaften etcetera tat ihr Übriges dazu, während gleichzeitig die Privatisierung des öffentlichen Sektors neue Felder für Finanzanlagen eröffnete, zum Beispiel durch die Umwandlung der staatlichen Rentensysteme in private Lebensversicherungen.

▶ Welche Rolle spielt dabei die IT-Revolution?

Norbert Trenkle: So wie der Keynesianismus die Expansion der industriellen Massenproduktion sekundierte, wurde der

Neoliberalismus zum Paten der "Finanzindustrie". Zur Ironie der Geschichte gehört, dass er damit zugleich der dritten industriellen Revolution erst richtig zum Durchbruch verhalf. Auf sich gestellt, hätte diese an ihrer eigenen Produktivität ersticken müssen. Aber die Akkumulation fiktiven Kapitals verschaffte die nötigen Spielräume für eine breitflächige Installation der IuK-Technologien. Die gewaltigen Rationalisierungseffekte, die eine massenhafte Verdrängung lebendiger Arbeitskraft aus den Kernsektoren der Verwertung zur Folge hatten, konnten vorübergehend durch das Ansaugen künftigen Werts überspielt werden. Das Ergebnis ist allerdings, eine fortschreitende Untergrabung der Wertproduktion, die in ihren Dimensionen erst jetzt, in der Krise des fiktiven Kapitals, richtig spürbar wird.

▶ Sie vergleichen in Ihrem Buch die Volkswirtschaftslehre mit einer "Zeichenschule, die den Radiergummi als einziges Instrument für das Portraitieren vorschreibt." Was meinen Sie damit?

Ernst Lohoff: Das führt uns zur Anfangsfrage im ersten Teil des Interviews zurück. Die Volkswirtschaftslehre, egal welcher Schule, kann die Krise schon deshalb nicht verstehen, weil sie den grundlegenden Unterschied zwischen den beiden Reichtumsformen, stofflicher Reichtum und abstrakter Reichtum, auslöscht. In den Eingangskapitalen der VWL-Bücher heißt es immer, der Zweck des Wirtschaftens sei die Bedürfnisbefriedigung und die optimale Versorgung der Menschen mit Gütern, und dies

könne unter den Bedingungen entwickelter Arbeitsteilung nur die Marktwirtschaft leisten.

Dabei wird die Marktwirtschaft so beschrieben, als funktionierte sie nach dem Prinzip des einfachen Warentauschs, so wie auf einem idealisierten dörflichen Marktplatz, wo Schuhe gegen Schweinhälften und Eier gegen Wollknäuel getaucht werden. So wird systematisch ausgeblendet, was eigentlich völlig offensichtlich ist, dass nämlich unter kapitalistischen Bedingungen immer nur produziert wird, um aus Geld mehr Geld zu machen, dass also der *Zweck* der Produktion die Vermehrung des abstrakten Reichtums ist und die Waren bloß ein *Mittel* sind um diesen selbstbezüglichen Prozess in Gang zu halten. Mit anderen Worten: schon auf der Ebene der Grundannahmen setzt die VWL den Radiergummi an und löscht das Spezifikum der kapitalistischen Produktionsweise. Es kann daher nicht verwundern, dass sie unfähig ist, die Ursachen der Krise zu erkennen.

▶ Sie machen an der personifizierten Kritik an Spekulanten und Banker antisemitische und rassistische Mechanismen aus. Warum das? Nach 2008, wurde doch die Kritik an Bankern - anders als in den 20er Jahren, als zum Beispiel bei den Karikaturen mit antisemitischen Bildern gearbeitet wurde- nicht mit judenfeindlichen Klischees unterlegt. - Oder habe ich ein Wahrnehmungsdefizit?

Norbert Trenkle: Zunächst einmal grenzen wir uns ganz grundsätzlich von jeder personifizierenden Kritik ab, die derzeit in allen möglichen Formen ins Kraut schießt. Die Krise des fiktiven Kapitals ist auch eine Krise des Euros. Und wie wird die verarbeitet? Schuld sollen die "faulen Griechen" sein, die angeblich "unser gutes Geld" verprasst haben. Diese Personifizierung verstellt nicht nur den Blick für die Verrücktheit, dass eine Gesellschaft inmitten des Überflusses verarmt, nur weil aller Reichtum durch das Nadelöhr der Warenproduktion gezwängt werden muss. Schlimmer noch ist, dass die Wut über die Misere auf bestimmte konstruierte Kollektivsubjekte projiziert wird, die damit faktisch zum Abschuss freigegeben werden.

"Kollektivsubjekte werden zum Abschuss freigegeben"

Auch die Schuldzuweisung an die Banker und die Spekulanten ist für sich genommen erst einmal "nur" eine solche Personifizierung. Aber in ihr schwingt noch etwas anderes mit, das häufig unbewusst bleibt. Diese Personifizierung ist nämlich weitgehend deckungsgleich mit einem Grundmuster des Antisemitismus, der einen Gegensatz von "schaffendem" und "raffendem" Kapital konstruiert und das letztere mit "den Juden" identifiziert. Dieses Grundmuster finden wir heute wieder in der weitverbreiteten Vorstellung, die Realwirtschaft sei von irgendwelchen gierigen Spekulanten zerstört worden und es komme daher darauf an, diese in die Schranken zu weisen.

Das heißt nicht, dass jeder, der gegen die Banker und Spekulanten wettert, schon Antisemit ist, aber dieses projektive Muster der Krisenverarbeitung, ist voll kompatibel mit dem antisemitischen Wahn. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass die Bildersprache immer wieder in diese Richtung abgleitet, so etwa im berüchtigten Ausdruck "Heuschrecke", den Franz Müntefering hoffähig gemacht hat und sich dabei auch noch als Kapitalismuskritiker hinstellte. Die Formulierung "wie die Heuschrecken fallen sie über uns her" entstammt dem Nazi-Propagandafilm Jud Süß, und wer diese gierigen Tiere sein sollen, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Auch andere Bilder wiederholen sich, so etwa die beliebte Darstellung des Finanzkapitals als Krake, welche die Welt umschlingt, die sich in fast der gleichen Form in der antisemitische Propaganda der Nazis wiederfindet. Hier ist also höchste Vorsicht geboten. Zwar ist in Deutschland der Übergang zur offenen antisemitischen Agitation noch weitgehend tabuisiert, aber es machen sich Tendenzen bemerkbar, die sehr gefährlich sind.

▶ Welche politische und gesellschaftliche Praxis folgt konkret aus Ihrem theoretischen Modell?

Norbert Trenkle: Nun zunächst einmal folgt daraus eine ganz grundsätzliche Ablehnung jeder Sparpolitik. Es ist einfach völliger Irrwitz, dass angesichts des ungeheuer hohen Produktivitätsniveaus behauptet wird, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müssten nun den Gürtel enger schnallen.

Das Gegenteil ist doch der Fall. Würden die Möglichkeiten ausgeschöpft, die in den modernen Produktivkraftpotentialen enthalten sind, könnten längst alle Menschen auf der Welt gut leben und müssten nur einen Bruchteil ihrer Lebenszeit für die Produktion der materiellen Güter aufwenden.

"Zwänge der abstrakten Reichtumsproduktion"

Das geschieht nur deshalb nicht, weil die Gesellschaft sich wie selbstverständlich den Zwängen der abstrakten Reichtumsproduktion unterwirft, weil sie also daran festhält, dass stofflicher Reichtum nur anerkannt wird, soweit er "Wert", darstellt. Dabei handelt es sich aber nicht einfach nur um eine Art verpasster Gelegenheit, eine nicht wahrgenommene Möglichkeit. Vielmehr bedeutet das Festhalten an der Logik der Wertproduktion auf dem erreichten Stand der Produktivität schlicht eine Katastrophe, denn es führt dazu, dass massenhaft Menschen als "überflüssig" ausgeschlossen und auf dem Altar des Systemimperativs geopfert werden, den Fluss fiktiven Kapitals aus der Zukunft in die Gegenwart aufrechtzuerhalten.

Lösen wir uns aber von der scheinbaren Selbstverständlichkeit, dass Güter nur als Waren produziert werden können, eröffnen sich ganz neue Perspektiven. Dann nämlich können wir fragen, wie und in welcher Form die vorhandenen Potentiale sinnvoll und zum allgemeinen Wohlergehen genutzt werden können ohne über

"Finanzierbarkeit", "Marktfähigkeit" und "Rentabilität" nachdenken zu müssen. Stattdessen wäre der Standpunkt des stofflichen Reichtums und der konkreten Bedürfnisse geltend zu machen. In der Praxis der sozialen Protestbewegungen geschieht das durchaus schon, so beispielsweise, wenn Zwangsräumungen von Wohnungen verhindert werden, weil es überhaupt nicht einzusehen ist, dass jemand auf der Straße oder im Zelt leben soll, nur weil er seine Raten oder seine Miete nicht mehr zahlen kann; oder wenn Menschen einfach Nein sagen zur Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen im Kultur- oder Sozialbereich. Das sind Ansätze, die in die richtige Richtung weisen. Wenn sich diese mit einer radikalen Kritik der abstrakten Reichtumsform verbinden, würden sich ganz neue Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation eröffnen.